Präsident Dr. Strenitz: Nunmehr bitte ich die Frau Abgeordnete Wicher ans Rednerpult.

Abg. Wicher (13.55 Uhr): Herr Präsident, Frau Landeshauptmann, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Meine Kollegin, Eva Karisch, hat über die wichtigsten Dinge, die allgemein zu beanstanden sind, bereits referiert. Ich würde noch gerne auf die Wortmeldung vom Kollegen Ussar eingehen. Erstens einmal danke ich ihm, daß er unseren Antrag so vehement unterstützt, möchte ihm aber sagen, daß alle Vorkehrungen, die Behinderten zugute kommen, automatisch allen Menschen zugute kommen. Sowohl breitere Türen, Barrierefreiheit, alles, was wir von den Behindertenorganisationen her fordern, finde ich, ist nicht nur behindertengerecht, sondern das ist einfach menschengerecht, weil es für alle wesentlich komfortabler und wesentlich leichter zu benutzen ist. Ich glaube, orientieren Sie sich einfach an Forderungen, die zum Beispiel Rollstuhlfahrer stellen. Sie decken weitgehend eine große Gruppe von Menschen ab: Mütter mit Kindern, ältere Menschen, die schon schwer zu Fuß sind – was auch immer. Man muß Behindertengerechtigkeit überhaupt nicht davon trennen, was allen Menschen zugute kommt und worüber auch alle froh sind. Ich darf jetzt noch einige allgemeine Dinge ergänzen, und zwar dahin gehend, daß ich der Meinung bin, daß es in der Steiermark eine Zumutung für die 230.000 Pendler, die wir haben, ist, in abgewrackten Waggonen einen großen Teil ihrer Freizeit verbringen zu müssen. Die Waggonen sind im Winter ungeheizt, und das ganze Jahr über müssen sie einfach zum Teil unhygienische Zustände vorfinden. Ich denke, das sollten und dürfen wir uns hier in der Steiermark nicht gefallen lassen. 230.000 Menschen, die pendeln müssen, die ohnehin wenig Freizeit haben, die einen großen Teil im Zug verbringen müssen, denen das zuzumuten, das ist einfach unverantwortlich. (Beifall bei der ÖVP.)

Noch etwas möchte ich anführen: Am vergangenen Freitag fand eine Debatte statt, die von der Akademie Graz im ORF-Zentrum durchgeführt wurde, daß wir in der Steiermark im Hinblick auf das Jahr 2003, wo wir Kulturhauptstadt sind, es heißt jetzt nicht mehr Kulturhauptstadt, sondern Kulturhauptstadt, und das habe ich dort gelernt, der Bundesbahn nicht nur ein bißchen, sondern vehement auf die Zehen treten müssen. Ich glaube nicht, daß das für irgendwelche Besucher, die unser Kultur- und Kunstangebot nutzen wollen, zumutbar ist und in solchen Intervallen mit so einem Wagenpark nach Graz zu kommen, abgesehen davon, daß wir eine Anbindung an den Flughafen brauchen würden, weil die Verbindung vom Flughafen in die Stadt ist mehr als beklagenswert. Ich denke, schon dahin gehend wäre es wichtig, die Bahn attraktiv zu gestalten, damit wirklich viele Besucher die Eisenbahn benutzen. Ich meine, da wir umweltbewußt auch denken, sollten wir sagen, die Bahn ist noch das umweltfreundlichste Verkehrsmittel. Jetzt würde ich noch gerne auf die speziellen Punkte, die Behinderte betrifft, eingehen. Der Bahnhof Graz, und ich kann das mit großem Stolz sagen, ist jetzt behindertengerecht und behindertenfreundlich ausgestattet. Ich würde das jetzt immer unter dem Oberbegriff sehen, daß er

konsumentenfreundlich gestaltet wurde. Darf ich nach der Kritik, die ich an der Bundesbahn geübt habe, sagen, daß man in die Pläne zur Umgestaltung des Bahnhofes Graz schon im Vorfeld Behindertenorganisationen eingebunden hat, die ihre Erfahrungen und ihr Wissen einbringen konnten. Das Ergebnis war dann auch, daß der Umbau des Bahnhofes Graz einen Preis errungen hat. Ich darf Ihnen jetzt aus meiner Sicht, da ich sehr häufig die Bahn benütze, schildern, wie eine Bahnfahrt vor sich geht. Die Bahnhofshalle ist barrierefrei zu benutzen. Es gibt einen Lift zur Unterführung, man durchquert die Unterführung, und es gibt einen Lift zum Bahnsteig. Und da lassen dann Schilder sehr herzlich grüßen. Man steht am Bahnsteig und steht vor einem Waggon, wo der Einstieg zum Waggon nicht in derselben Ebene wie der Bahnsteig ist. Es kommt dann – und ich schildere Ihnen das wirklich authentisch – ein meistens sehr hilfreicher Herr mit einer Hebebühne – und diese Hebebühnen sind auch im Behindertenführer der Bundesbahn angeführt – als Einstiegshilfen für Rollstuhlfahrer. Da ich am Bahnhof zwar nicht amtsbekannt, aber wirklich schon bahnhofsbekannt bin, weil ich sehr häufig fahre, bietet man ihn mir nur in den seltensten Fällen an, außer es sind Bundesbahnmitarbeiter, die mich noch nicht kennen. Weil ich immer den Zug sozusagen dahin gehend betrachte, ob er auch einen Waggon mit sich führt, der über eine breitere Türe verfügt, weil es unmöglich ist, in die normalen Waggonen mittels Rollstuhls hineinzukommen. Sollte der Fall eintreten, daß die Türe etwas breiter ist, dann endet diese Fahrt spätestens vor der Schwingtüre, die in den Waggon selbst führt. Also gibt es die einzige Möglichkeit, daß mich jemand der Bahnmitarbeiter in den Waggon hebt. Ich denke, da müßte man fast ein Höchstgewicht für behinderte Reisende einführen, weil es ist sicherlich unzumutbar für Mitarbeiter, jemanden, der schwerer ist als 50 Kilo, sozusagen freihändig in den Waggon hineinzuhoben. Ich habe dieses Gewicht, das allein ist nicht der Grund, daß ich versuche, mein Gewicht zu halten. Aber trotz allem denke ich, ist es unzumutbar für Bahnmitarbeiter, schwerere Personen hineinzuhoben. Ich frage mich, warum man noch nicht, solange man noch nicht entsprechende Waggonen oder ausreichend entsprechende Waggonen hat, auf die Tragesessel übergeht, die es bei den Fluglinien gibt. Das wäre eine Möglichkeit.

Ich darf nur noch schnell, weil meine Zeit schon abläuft, schildern, wie es dann weitergeht. Es ist immer wahnsinnig spannend, wenn Sie mit der Bahn öfters fahren, wissen Sie, daß es Schwingtüren gibt. Dann kommt die große Frage, wird mir diesmal die Schwingtüre dann mal auf den Hinterkopf fliegen, wenn mich der hilfreiche Herr durch die Türe trägt. Dann bin ich im Waggon, sitze auf meinem Platz und warte dann, je nachdem, bis zum Ankunftsbahnhof, wie es dann weitergeht, weil dann ist die Prozedur wieder verkehrt herum. Das ist so meine Kritik, die ich anzubringen habe. Ich denke, man sollte von seiten der Bundesbahn solche Waggonen auch auf der Strecke Graz–Wien, Graz–Salzburg, Graz–Innsbruck führen. Auf der Westbahn gibt es die Familienwaggonen, die breitere Türen haben, sich selbstöffnende Türen haben, wo die Gänge breiter sind, wo es ein WC gibt, wo Mütter mit Kindern zum Beispiel auch Windeln wechseln können. Also es gibt diese Dinge, es gibt sie nur nicht auf der

Strecke von Graz und nach Graz. Und ich denke, das ist etwas, was wir als Steirer keineswegs hinnehmen dürfen. Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit! (Beifall bei der ÖVP, SPÖ und FPÖ. - 14.05 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Der nächste und vorläufig letzte Redner in dieser Liste ist Kollege Präsident Vesko. Er hat das Wort.

Präsident Abg. Dipl.-Ing. Vesko (14.05 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident! Frau Landeshauptmann! Meine Damen und Herren!

Ich glaube, zu den Ausführungen von Frau Kollegin Wicher, was die Einrichtung der Bahn in bezug auf Behinderte betrifft, ist nichts hinzuzufügen. Es zeigt sich immer wieder, daß zwar Gesetze beschlossen werden, die Dinge fordern, die Dinge, die notwendig sind, einzurichten, aber in der Umsetzung hapert es halt sehr. Und gerade bei der ÖBB stellen wir fest, daß es in der Umsetzung in vielen Bereichen hapert. Frau Kollegin Dr. Karisch hat das Problem der Logistik schon angesprochen. Wenn immer wir glauben, daß wir den Zugverkehr oder den Sprung von der Straße zur Schiene attraktivieren wollen, ist es mit Geld verbunden. Dem ist nicht so. Es gäbe eine Fülle von Maßnahmen, die die ÖBB ohne zusätzliche Kosten umsetzen könnte, indem sie einfach ihr logistisches Angebot verbessert, indem sie sich sehr sorgfältig mit den Möglichkeiten auseinandersetzt, wie man a) von der Transportseite ein Gut von A nach B schickt oder wie man Personen, die in einem Anschluß an zusätzliche Verkehrsmittel, auch so hinbringt, daß sie noch den Anschluß rechtzeitig schaffen, und so weiter. Wir haben eine Fülle von Beispielen, ich habe meine Heimatgemeinde Aussee erwähnt, wo der Zug, der ja auch ein touristisches Vehikel ist. Es gibt viele Gäste, die dem Slogan folgen: „Laß das Auto zu Hause, komm mit der Bahn!“ Man fährt dann mit der Bahn am Bahnhof vor, kommt fahrplanmäßig an, aber der Autobus, der ihn dann dorthin bringen soll, ist fünf Minuten vorher, fahrplanmäßig abgefahren. Das heißt also, dort feiert Schilda fröhliche Urständ. Und da liegt auch die Beschwerde der Bevölkerung, und da liegt das Unbehagen, das wir haben, daß man einfach nicht bereit ist, diese Dinge sinnvoll in Angriff zu nehmen. Es wird zwar festgestellt, ob irgendein Zug, den man kurz vor Mitternacht in Wien besteigt, dann so in Hamburg ankommt, daß man dort noch das Frühstück einnehmen kann, aber bei uns im Lande werden diese Dinge sträflich vernachlässigt. Touristisch ist für uns die Bahn von großer Bedeutung. Sie ist aber auch für die Pendler von großer Bedeutung, sie ist auch für die Schüler von großer Bedeutung, weil gerade im ländlichen Raum die Kinder oft darauf angewiesen sind, die Bahn in Anspruch zu nehmen, um rechtzeitig zu ihrem Schulort zu kommen. Auch dort erleben wir die tollsten Dinge. Nicht deswegen, weil besondere Witterungsbedingungen oder sonstige Umstände zu Verspätungen führen, sondern weil im Fahrplan schon gewisse Hürden eingebaut sind, die spielend leicht zumindest mit einigem guten Willen zu überwinden wären. Wenn wir uns anschauen das internationale Angebot und feststellen, daß ich in Frankfurt am Bahnhof meinen Koffer einchecken kann und ihn dann an jedem x-beliebigen Urlaubsort, selbst wenn ich zwischendurch

noch geflogen bin und dann wieder ein anderes Verkehrsvehikel benützt habe, in meinem Hotel vorfinde. An solche Dinge wage ich gar nicht zu denken, weil sie bei uns sicherlich nicht stattfinden können, weil alle Voraussetzungen zwar vorhanden wären, aber die wesentliche Voraussetzung, der Wille, diese Dinge umzusetzen, einfach nicht vorhanden ist. Diese Dinge sind aber für uns wichtig, wollen wir erreichen, daß unsere touristischen Einrichtungen, sei es im Thermenland, sei es in der obersteirischen Region, sei es in anderen Bereichen der Steiermark, wo wir keinen Flughafen haben, genutzt werden. Ich denke an das obere Ennstal, die nach Salzburg fliegen und von dort herein, das ist eine Prozedur, und dann das Gepäck herauszubekommen, von dort zum Bahnhof zu kommen, und, und, und, das ist anderswo längst geregelt, dieser logistische Vollzug findet längst statt. Nur bei uns geht es einfach nicht. Ich glaube, daß wir gut beraten sind, wenn wir uns hier vehement ins Zeug legen und sagen, wir können nicht darauf warten, daß neue Strecken gebaut werden. So schnell geht das nicht. Wir drängen aber darauf, daß in jenen Bereichen, wo wir durchaus in der Lage sind, unser Angebot zu attraktivieren, auch die Mithilfe der Mitarbeiter der Österreichischen Bundesbahnen brauchen, auch wenn sie privatisiert sind, weil schlußendlich sind es die Kunden, die dafür sorgen, daß dieses Unternehmen dann auch florieren kann. Und was wir im Zusammenhang mit Güterterminal und anderen Dingen erlebt haben, wissen Sie ja zur Genüge, brauchen wir heute hier nicht wiederholen. Eines muß man aber wiederholen: Die Bereitschaft der ÖBB, in vielen Bereichen attraktiver zu werden, sich nach den Gegebenheiten zu richten, die vor Ort vorherrschen, zu ersuchen, bei Mißständen Abhilfe zu schaffen, diese Bereitschaft muß man ganz stark vermissen, und wir sind aufgefordert, und es ist auch die Bitte, die ich an Herrn Landesrat Ressel habe als zuständigen Verkehrslandesrat, auch sich hiefür ganz vehement einzusetzen, nicht nur im Verkehrsverbund, sondern auch in allen anderen Bereichen, weil es einfach eine Notwendigkeit ist, diese Dinge umzusetzen. Sie sind ein Dienst am Kunden, und nur ein zufriedener Kunde bleibt ein Kunde der ÖBB, und nur ein gutes Angebot sorgt dafür, daß es neue Kunden für die ÖBB gibt, und es müßte auch im Interesse des Managements liegen.

Zum zweiten Punkt, die Radwege, glaube ich, haben wir in der Steiermark den richtigen Weg eingeschlagen. Es findet sowohl auf kommunaler Ebene als auch in den Bezirken, in den Regionen ein ungeheurer Boom auf dem Radwegesektor statt. Es ist auch richtig so, der Radtourismus ist ein nicht unbedeutender Faktor, und die Programme, die hier in den Regionen erarbeitet wurden, sind attraktiv und finden bereits ihre Anhänger und ihre Kundschaft und führen somit zu einer Angebotsverbesserung und zu einer besseren Auslastung der touristischen Betriebe. Wir dürfen aber nicht aufhören damit. Wir haben einen Alpenradweg, wir haben einen Murradweg. Viele Leute, die früher den Donauradweg gefahren sind, fahren heute den Murradweg oder andere in der Steiermark, weil immer wieder dasselbe zu fahren auch monoton ist. Wir haben aber damit auch die Aufgabe übernommen, dafür zu sorgen, daß entlang dieser touristischen Schienen auch das entsprechende Angebot vorhanden ist. Und da sind die lokalen Bereiche aufgerufen, nicht

nur, was die Gastronomie und die Beherbergungsbetriebe betrifft, sondern auch, was die Landwirtschaft betrifft, weil durchaus hier in diesem Bereich Möglichkeiten für landwirtschaftliche Betriebe entlang der Strecke gegeben sind, ihre Produkte am Hof, am Haus anzubieten. Und da können wir vielleicht ein Stückchen von dem wahrhaben, wovon wir früher viel gesprochen haben, aber heute leider nur mehr träumen können, vom Feinkostladen Österreich. Wenn es ein Feinkostladen Steiermark wird oder wir dann spezifisch, je nach Region, die vielfältigen, guten Dinge, die wir anzubieten haben, dann auch noch mit dem nötigen Charme und mit der nötigen Freundlichkeit präsentieren, dann kann das durchaus auch der landwirtschaftlichen Bevölkerung Möglichkeiten zum zusätzlichen Verdienst oder zur Abdeckung von uns allfälligen erwartenden Verdienstentgängen bringen. Diese Dinge müssen wir im Auge behalten. Es ist dafür Sorge zu tragen, daß es in den Regionen stattfindet, daß es draußen stattfindet, daß es hier Initiativen gibt. Dann kann ich mir vorstellen, daß unser Radangebot in der Steiermark und auch weit darüber hinaus durchaus attraktiv und bekannt wird und dazu führt, daß mehr Gäste in unser Land kommen, steirische Qualität, steirische Güte und steirische gestandene Leute sehen und besuchen, sich hier wohl fühlen und auch wiederkommen und wir somit einen zusätzlichen Effekt für die Verbesserung dieser touristischen Infrastruktur schaffen. Insofern ist also Verkehr und Tourismus eine sehr enge Bindung, und wir haben alles zu unternehmen und dafür zu sorgen, daß die beiden Zahnräder ineinandergreifen, damit die Maschine auch dementsprechend funktioniert. (Beifall bei der FPÖ und SPÖ. - 14.13 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor. Ich darf die Damen und Herren nunmehr bitten, die Abstimmungen vorzunehmen.

Zunächst stimmen wir über den Tagesordnungspunkt 8 ab, begleitende Planung von Radwegen. Wer diesem Punkt zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Ich darf die einstimmige Annahme des Antrages feststellen.

Punkt 9 der Tagesordnung, Verbesserungen für Benutzer der Österreichischen Bundesbahnen. Bei Zustimmung bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Ich darf die einstimmige Annahme des Antrages feststellen.

Punkt 10 der Tagesordnung, Auflassung der L 550, Kobenzner Straße, vom Kilometer 0,520 bis Kilometer 1,330 in einer Länge von 810 Meter. Bei Zustimmung bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme des Antrages fest.

Punkt 11 der Tagesordnung, Auflassung der L 537, Zeltweger Straße, vom Kilometer 0,000 bis Kilometer 3,878 in einer Länge von 3878 Meter. Bei Zustimmung bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme des Antrages fest.

Entschließungsantrag der Grünen, betreffend die Beibehaltung der „Grünen Bank“ und der „Kilometerbank“. Wer diesem Entschließungsantrag zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Ich darf auch hier die einstimmige Annahme des Antrages feststellen.

12. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1071/1, betreffend den Verkauf des Grundstückes 504/2 der EZ. 584, KG. Innere Stadt, im Ausmaß von 131 Quadratmeter mit zwei darauf befindlichen Garagen an Helmüt Pichler, 8010 Graz, Ruckerlberggasse 4, zum Preis von 828.600 Schilling.

Berichterstatte ist der Herr Abgeordnete Herrmann. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Herrmann (14.15 Uhr): Sehr geehrte Damen und Herren!

Ich bringe die Vorlage der Steiermärkischen Landesregierung, betreffend den Verkauf des Grundstückes 504/2 der EZ. 584, KG. Innere Stadt, im Ausmaß von 131 Quadratmeter mit zwei darauf befindlichen Garagen an Helmüt Pichler, 8010 Graz, Ruckerlberggasse 4, zum Preis von 828.600 Schilling. Die Steiermärkische Landesregierung stellt zufolge ihres Beschlusses vom 18. Jänner 1999 den Antrag, der Landtag wolle beschließen: Der Verkauf des Grundstückes 504/2 der EZ. 584, KG. Innere Stadt, im Ausmaß von 131 Quadratmeter mit zwei darauf befindlichen Garagen an Helmüt Pichler, 8010 Graz, Ruckerlberggasse 4, zum Preis von 828.600 Schilling wird genehmigt. (14.16 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Ich danke dem Herrn Berichterstatte für seine Ausführungen. Es liegt keine Wortmeldung vor. Wir kommen daher zur Abstimmung.

Jene Damen und Herren, die dem Antrag des Herrn Berichterstatte ihre Zustimmung geben, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Danke. Das ist die einstimmige Annahme des Antrages.

13. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 573/4, zum Beschluß Nr. 431 des Steiermärkischen Landtages vom 21. Oktober 1997 über den Antrag der Abgeordneten Bacher, Korp, Schützenhöfer, Dipl.-Ing. Grabner, Majcen und Dr. Brünner, betreffend die Errichtung eines Neubaus für die Bezirkshauptmannschaft Murau.

Berichterstatte ist der Herr Abgeordnete Korp. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Korp (14.17 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Damen und Herren!

In Vertretung des Kollegen Straßberger darf ich zu dieser Regierungsvorlage den Antrag stellen, den Bericht der Steiermärkischen Landesregierung zum Beschluß Nr. 431 des Steiermärkischen Landtages vom 21. Oktober 1997 über den Antrag der Abgeordneten Bacher, Korp, Schützenhöfer, Dipl.-Ing. Grabner,

Majcen und Dr. Brünner, betreffend den Projektstand des Neubaus der Bezirkshauptmannschaft Murau, zur Kenntnis zu nehmen. (14.17 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Ich danke dem Herrn Berichterstatter. Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Bacher. Ich erteile es ihm.

Abg. Bacher (14.18 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Nach zehnjähriger leidvoller Geschichte haben wir heute einen Beschluß, daß die Bezirkshauptmannschaft Murau doch neu gebaut werden sollte. Ich möchte mich im Namen der Region und der Betroffenen, nämlich in erster Linie bei den Beamten, die dort arbeiten müssen, sehr herzlich dafür bedanken. Wie schon gesagt, am 6. September 1989 wurde bereits zu verhandeln begonnen, betreffend einen Neubau, in welcher Variante auch immer. Es hat eine leidvolle Geschichte gegeben. Bereits am 10. April 1991 hat es eine Baubewilligung für eine Sanierung des bestehenden Objektes gegeben. Heute ist es endlich soweit. In der Zwischenzeit hat es Verzögerungen gegeben oder zumindest versuchte man es, weil das Gebäude wieder aus Holz gebaut werden sollte. Gott sei Dank ist das nicht gelungen. Wir legen sehr großen Wert auf Holz in der Region, aber alles geht eben nicht aus Holz. Ich nehme das mit Genugtuung zur Kenntnis, daß endlich ohne Verzögerung mit diesem Bau begonnen wird. In diesem Sinne ein herzliches Dankeschön meinen Kollegen/innen im Landtag und der Landesregierung. (Beifall bei der ÖVP und SPÖ. - 14.19 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor.

Jene Damen und Herren, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters zustimmen, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Das ist die einstimmige Annahme des Antrages.

14. Bericht des Ausschusses für Bildung, Kultur, Schulen und Kindergärten über den Antrag, Einl.-Zahl 1066/1, der Abgeordneten Dr. Lopatka, Beutl, Majcen, Pußwald und Wicher, betreffend Schüler(innen)ombudsstelle in der Steiermark.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Dr. Lopatka. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Dr. Lopatka (14.19 Uhr): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Der Ausschuss für Bildung, Kultur, Schulen und Kindergärten hat in seiner Sitzung am 2. März 1999 über den Antrag, Einl.-Zahl 1066/1, der Abgeordneten Dr. Lopatka, Beutl, Majcen, Pußwald und Wicher, betreffend Schüler(innen)ombudsstelle in der Steiermark, beraten und nachstehenden Beschluß gefaßt, den ich namens des Ausschusses zur Kenntnis bringen darf. Der Landtag wolle beschließen: Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, zu prüfen, ob die Einrichtung einer SchülerInnenombudsstelle in Koordination mit dem Landesschulrat im Verein „Schul- und Ausbildungsberatung - SAB“, die Anlaufstelle für alle Schulprobleme von SchülerInnen und

Eltern sein soll, notwendig und sinnvoll ist. Gegebenenfalls soll die Steiermärkische Landesregierung in Zusammenarbeit mit der Stadt Graz diese Stelle im erforderlichen Ausmaß sicherstellen und die für die Finanzierung notwendigen Mittel bereitstellen. Ich bitte um Annahme dieses Antrages. (14.21 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Ich danke dem Herrn Berichterstatter und erteile ihm das Wort für seine Wortmeldung.

Abg. Dr. Lopatka (14.21 Uhr): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Wir haben hier im Steiermärkischen Landtag schon einige Male Schüler- und Jugendlandtage gehabt und ein konkretes Ergebnis des letzten Schüler- und Jugendlandtages vom 30. April 1998 ist der Wunsch der Schülervertreter, eine entsprechende unabhängige Schlichtungsstelle für Schülerinnen und Schüler zur Bearbeitung der Konfliktfelder zwischen Schülern und Lehrern einzurichten. Damals haben im Zuge der Debatte die Jugendsprecher der Landtagsfraktionen diesen Vorschlag begrüßt, das war für mich Anlaß und auch Auftrag, diesen Antrag einzubringen, um hier diesem berechtigten Wunsch der Schüler nachzukommen, eine solche Stelle in der Steiermark zu schaffen und um auch zu verhindern - ich möchte das auch ganz offen sagen -, daß wieder eine Landesdienststelle eingerichtet wird, da es ohnehin schon seit September 1997 den Verein Schul- und Ausbildungsberatung gibt. Dieser Verein ist auf Subventionen angewiesen und hat diese in der Vergangenheit auch bekommen, um so seine Arbeit durchführen zu können. Nun ist es aber so, daß, wie bei allen Vereinen, die im Beratungsbereich arbeiten, der massive Wunsch des Vereines da ist, ihn auf eine entsprechende Basis zu stellen, damit eben das jährliche Bittstellerdasein ein Ende findet. Ich glaube, daß dieses Anliegen gerechtfertigt ist. Die Zahlen sprechen hier eine eindeutige Sprache. Die Gesamtzahl der Anfragen und persönlichen Beratungsgespräche des Vereines Schul- und Ausbildungsberatung betrug in der Zeit vom 1. September 1997 bis 31. Dezember 1998 immerhin 3402 Fälle, wobei es in 1687 Fällen zu persönlichen Gesprächen und Kontaktaufnahmen gekommen ist. Diese Schüler- und Schülerinnenombudsstelle soll natürlich nicht die Schulaufsicht ersetzen. Es wäre auch gar nicht möglich, diese Aufgaben zu übernehmen, es soll aber eine Stelle sein, wo außerhalb der Behörden eine Ombudsstelle gegeben ist, wo Schülerinnen und Schüler bei der Bewältigung der immer steigenden Probleme, die hier auftauchen, auch eine entsprechende Unterstützung finden. Es hat hier auch Gespräche gegeben mit dem Präsidenten und Vizepräsidenten des Landesschulrates und Vertretern der Elternvereine, der Landesschülervertretung, und auch diese sind der Auffassung, daß keine neue Institution geschaffen werden soll, sondern eben auf die Erfahrungen dieses Vereines zurückgegriffen werden soll und diese Ressourcen genutzt werden sollen, um auch hier unabhängig vom Landesschulrat - und das ist ganz wichtig, daß diese Unabhängigkeit gegeben ist - eine entsprechende Institution zu schaffen, wo Schüler und Eltern und Lehrer, wenn Probleme auftauchen, sie mit diesen Problemen nicht alleingelassen werden,

sondern Schulprobleme von entsprechenden Experten bearbeitet werden. Depressionen, Aggressionen, Schlafstörungen, verschiedene körperliche und andere Beschwerden sind ja nur einige von zahlreichen Folgeaktionen auf diese Konfliktsituationen, die es zweifelsohne im Schulalltag immer wieder gibt. Der Wunsch wäre nun, daß die Kosten dieser Beratungsstelle, die mit einer ganztagig beschäftigten Akademikerin, einer teilzeitbeschäftigten Sekretärin und den Miet- und Bürokosten bei rund 1,5 Millionen Schilling liegen, im Zusammenwirken mit der Stadt Graz in dem erforderlichen Ausmaß auch sichergestellt werden. Jetzt ist der von uns gestellte Antrag im Ausschuß ohnehin schon abgeschwächt worden, daß man ihn eben auf die Notwendigkeit hin prüfen soll. Ich glaube, daß diese Notwendigkeit gegeben ist und es sehr sinnvoll wäre, möglichst rasch diesem Antrag zu entsprechen. Daher meine dringliche Bitte an die zuständige Landesrätin, Frau Dr. Anna Rieder, daß sie möglichst bald dem, was der Landtag heute hier beschließt, entspricht, nämlich zu prüfen, ob diese Stelle notwendig ist. Wir glauben, sie ist notwendig. Es liegt jetzt an der zuständigen Landesrätin, für eine rasche Umsetzung dieses Anliegens, daß ja von allen Landtagsparteien mitgetragen wird, zu sorgen. In diesem Sinne bitte ich der Frau Landesrätin, die ja leider nicht anwesend ist, zu bestellen, was hier der Wunsch des Landtages ist. Danke! (Beifall bei der ÖVP. – 14.26 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Als nächste zu Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Dietrich. Ich erteile es ihr.

Abg. Dietrich (14.26 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Wie Kollege Lopatka schon eingangs gesagt hat, hat es bei diesem Schüler- und Jugendlandtag eine breite Einstimmigkeit gegeben, diese Schlichtungsstelle im Land einzurichten. Eine Schlichtungsstelle, die möglichst in der Nähe von Graz gelegen sein sollte, da wir wissen, daß im Umkreis von 80 Kilometern rund um Graz ja der Großteil der steirischen Schulen angesiedelt ist. Auch bezüglich der Aufgaben der Kompetenz dieser Schlichtungsstelle gab es Einigkeit, nämlich sie sollte bei Beschwerden helfen, sollte aber auch als Beratungsinstrument für Schüler und Eltern zur Verfügung stehen. 1997 wurde der Verein für Schul- und Ausbildungsberatung gegründet, und dieser Verein hat in seiner kurzen Laufzeit namentliche Erfolge erzielen können. Allein im Zeitraum vom 1. September 1997 bis 31. Dezember 1998 gab es mehr als 3400 Beratungsgespräche, und wir sind der Meinung, daß es nicht notwendig war, den ursprünglichen Antrag abzuschwächen, nämlich abzuschwächen dahin gehend, daß erst die Landesregierung aufgefordert werden sollte, um zu prüfen. Denn wir sind nach wie vor der Meinung, daß diese Stelle notwendig ist, daß alle Befragten, Landesschulrat, alle zuständigen Behörden ebenfalls die Sinnhaftigkeit dieser Schlichtungsstelle erkannt haben, und wir werden deshalb nicht den Umweg über Landesregierung, Prüfung, Schubladisierung zustimmen, denn wir glauben, das ist nicht der richtige Weg. (Beifall bei der FPÖ und ÖVP. – 14.29 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Als nächste zum Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Beutl. Sie hat es.

Abg. Beutl (14.29 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen!

Es gibt so eine Geschichte, einen Ausspruch, der ist schon einige Jahre alt. Wenn sich zwei Bekannte treffen und einander fragen, wie es ihnen geht, sagt der eine: „Wie geht es dir? Geht es dir gut oder hast du auch ein Kind in der Schule?“ Das sind so diese Geschichten gewesen, mit denen man eigentlich nur ausdrücken wollte, daß es natürlich das Familienleben sehr belastet, wenn man mit Kindern in der Schule Probleme hat. Ich glaube, das, was meine beiden Vorredner schon ausgeführt haben, daß wir eine solche Auffangstelle, eine solche Beratungsstelle ganz speziell für die Schulprobleme von Schülerinnen und Schülern brauchen, daß das eindeutig unterstrichen worden und auch begründet worden ist. Es gibt die verschiedensten Ursachen, die zu diesen Problemen in der Schule führen können. Die unterschiedlichsten Erscheinungsbilder, wie sich solche Probleme auswirken. Es ist schon angesprochen worden, daß das bis hin zu Depressionen, Aggressionen, Schlafstörungen, aber auch verschiedensten körperlichen Beschwerden führen kann, und nicht zuletzt deshalb gibt es ja auch bereits die kindertherapeutischen Stellen, Beratungsstellen auch in den Bezirken und selbstverständlich auch in der Landeshauptstadt Graz. Tatsache ist, daß all diese Dinge sehr ernst genommen werden müssen, und noch einmal auf das zurückzukommen, was ich eingangs gemeint habe, daß solche Schulprobleme ja auch das Familienleben sehr beeinträchtigen und man die Folgeaktionen nicht außer acht lassen darf. Der Leidensdruck, der entsteht, weil Probleme nicht gelöst werden, ist relativ groß. Und wenn es nun eine solche Stelle geben kann, die qualifiziert hilft, Konfliktsituationen zu lösen, dann sollten wir dem tatsächlich möglichst rasch zustimmen, denn es sind vielfach nicht nur die Eltern überfordert, solche Konflikte zu lösen, sondern zunehmend auch natürlich die Schulaufsicht, auch die Schulleiter, weil sie die entsprechenden Qualifikationen nicht haben, um hier kompetente Hilfe geben zu können. In diesem Sinne möchte ich das auch unterstreichen, was meine Vorredner gemeint haben, daß wir möglichst rasch darangehen, eine Stelle, die es bereits gibt, die diese Aufgaben sehr gut bereits löst und diese gewünschte Auffangstelle von ihrem Anforderungsprofil auch schon bietet, auszubauen, sie finanziell zu unterstützen. Ich bitte um Zustimmung, daß entsprechend dem Antrag diesem Ansinnen Rechnung getragen werden und diese SchülerInnenombudsstelle möglichst umgehend bei diesem vorgeschlagenen Verein „Schul- und Ausbildungsberatung“ lokalisiert wird und den Auftrag erhält, als SchülerInnenombudsstelle zu fungieren. Ich bitte um Zustimmung dieses Antrages. (Beifall bei der ÖVP. – 14.33 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Als nächster Redner hat sich Herr Abgeordneter Dr. Brünner zu Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

Vorerst aber begrüße ich die 20 Schüler/innen vom BORG Hasnerplatz unter der Leitung von Frau Prof. Mag. Astrid Grinschgl. (Allgemeiner Beifall.)

Abg. Dr. Brüner (14.33 Uhr): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Auch das Liberale Forum ist dafür, daß eine solche SchülerInnenombudsstelle in der Steiermark eingerichtet wird. Wir hätte nur gerne gehabt, daß eine solche Ombudsstelle in eine Anwaltschaft des Landes integriert wird, die nicht der Verwaltung untersteht, sondern die diesem Landtag untersteht. Und dies aus gutem Grund: Eine Schülervertretung eines steirischen Gymnasiums hat - ich nehme an - allen Landtagsklubs und damit auch uns geschrieben, daß sie Probleme mit einer Lehrerin hat, die eine Zeitlang von der Schule weg gewesen ist und die jetzt wieder an dieser Schule unterrichtet. Ich frage mich, wie die Verwaltung einen solchen Fall lösen kann und lösen soll, die ja mitbetroffene Partei ist, die es letztlich in der Hand hat, diesen Vorwürfen der Schülerinnen und Schüler zu glauben und allenfalls diese Lehrerin nicht mehr in dieser Schule einzusetzen oder irgendwelche Maßnahmen zu ergreifen, wie das gehen kann, wo diese Stelle gleichzeitig im Landesschulbereich, jetzt bei Frau Landesrätin Rieder eingerichtet, vorgesetzte Dienststelle im Schulbereich ist. Wie kann das gehen, frage ich mich. Wenn jetzt Schülerinnen und Schüler zu einer solchen Ombudsstelle hingehen, die unter der Patronanz jener Stelle steht, die Dienstbehörde ist, die vorgesetzte Dienstbehörde ist. Wie soll das gehen? Da gibt es in der Regel Interessenkonflikte. Man kann sich damit helfen, daß man formal diese Stelle weisungsfrei stellt, aber das hilft nichts. Ich bitte Sie, ein bißchen zwischen den Zeilen zu lesen, was zum Beispiel der Jugendanwalt auf diesem Gebiet sagt. Der einzige Ausweg ist der, und die Freiheitlichen haben schon einen diesbezüglichen Antrag gestellt, den wir unterstützen, daß tatsächlich ein Anwaltschaftengesetz beschlossen wird, mit dessen Hilfe all diese Anwaltschaften, SchülerInnenombudsstelle, Jugendanwalt, Umweltschutzbeauftragte, integriert werden zwecks gemeinsamer Nutzung, gemeinsamer Ressourcen, damit auch eine bestimmte Infrastruktur vorhanden ist und unter der Patronanz des Landtages, um diese Unabhängigkeit dieser Ombudsstellen zu gewährleisten, die meines Erachtens nicht gewährleistet ist, wenn sie den entsprechenden Verwaltungseinheiten zugeordnet sind, die gleichzeitig Vorgesetztenfunktion ausüben über jenen Bereich, den jetzt eine solche Ombudsstelle „kontrollieren“ soll. Trotz dieses Wermutstropfens, und wir werden nicht müde werden, diese Anwaltschaften unter der Patronanz des Landtages zu fordern, stimmen wir selbstverständlich dieser Ombudsstelle zu und hoffen, daß hier tatsächlich Konflikte, die unvermeidlich sind im Schulleben, konstruktiv gelöst werden können. (Beifall bei der ÖVP. - 14.37 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor.

Ich bitte daher jene Damen und Herren, die den Antrag des Herrn Berichterstatters zur Kenntnis nehmen, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Danke. Das ist die mehrheitliche Annahme des Antrages.

15. Bericht des Ausschusses für Sicherheit, Einsatzorganisationen und Landesverteidigung über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 689/1, Beilage Nr. 93,

Gesetz über die Abwehr und Bekämpfung von Katastrophen (Steiermärkisches Katastrophenschutzgesetz).

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Majcen. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Majcen (14.38 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Der Ausschuß für Sicherheit, Einsatzorganisationen und Landesverteidigung hat in seinen Sitzungen am 15. September 1998 und am 2. März 1999 über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 689/1, Beilage Nr. 93, Gesetz über die Abwehr und Bekämpfung von Katastrophen (Steiermärkisches Katastrophenschutzgesetz), beraten. Die Regierungsvorlage mit dieser Einl.-Zahl über ein Steiermärkisches Katastrophenschutzgesetz wurde in den Unterausschußsitzungen am 13. Mai 1998, 8. Juli 1998 und am 24. Februar 1999 eingehend verhandelt. Es wurden dort eine Reihe von Änderungswünschen besprochen. Es wurde auch Kontakt mit den Einsatzorganisationen aufgenommen. Es haben zwei Änderungsvorschläge die Zustimmung des Unterausschusses gefunden, nämlich im Paragraphen 2 wurde die Behördenzuständigkeit in Abänderung zur Regierungsvorlage normiert, und im Paragraphen 3 wurde bei den vorbereitenden Maßnahmen angeführt, daß die zuständigen Behörden im Katastrophenfall Vorbereitungsmaßnahmen auch für eine psychosoziale Betreuung zu treffen haben. Weitere Änderungen betreffen den Paragraphen 14, wo im Absatz 2 klargestellt wird, daß die Kosten auch Entscheidungen im Sinne des Paragraphen 15 sind und einen neu eingeführten Paragraphen 19, der eine geschlechtsneutrale Formulierung begründet. Der Ausschuß für Sicherheit, Einsatzorganisationen und Landesverteidigung stellt den Antrag, der Landtag wolle beschließen: Die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 689/1, Beilage Nr. 93, Gesetz über die Abwehr und Bekämpfung von Katastrophen (Steiermärkisches Katastrophenschutzgesetz), wird mit folgenden Änderungen beschlossen:

Erstens: Paragraph 2 Absatz 3 lautet:

„(3) Erfassen die drohenden oder bereits eingetretenen Auswirkungen einer Katastrophe mehrere politische Bezirke oder kann der Katastrophenschutz von der Bezirksverwaltungsbehörde nicht mehr wirksam wahrgenommen werden, obliegt der Katastrophenschutz der Landesregierung.“

Zweitens: Paragraph 1 Ziffern 3 bis 5 lauten:

- „3. durch geeignete organisatorische Vorkehrungen die rasche Alarmierung der an der Gefahrenabwehr Beteiligten sicherzustellen und die für die Einsatzleitung notwendige Ausstattung bereitzuhalten,
4. in angemessenem Umfang Katastrophenschutzübungen unter Beteiligung der zur Mitwirkung im Katastrophenschutz Verpflichteten durchzuführen und
5. für eine psychosoziale Betreuung vorzusorgen.“

Drittens: Paragraph 14 lautet:

„(1) Die mit der Vollziehung dieses Gesetzes verbundenen Kosten sind vom Land zu tragen. Davon ausgenommen sind die Kosten, die den Gemeinden auf Grund der Vollziehung der ihnen nach diesem Gesetz im eigenen Wirkungsbereich zukommenden Aufgaben erwachsen.“

(2) Kosten sind auch Entschädigungen im Sinne des Paragraphen 15."

Viertens: Paragraph 19 lautet:

„§ 19 – Geschlechtsneutrale Formulierung: Alle Personen und Funktionsbezeichnungen, die in diesem Gesetz in der männlichen Form verwendet werden, gelten sprachlich auch in der weiblichen Form.“

Fünftens: Der bisherige Paragraph 19 (Inkrafttreten) bekommt die Bezeichnung „§ 20“.

Ich bitte um Debatte und Annahme. (14.40 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Ich danke dem Herrn Berichterstatter für seine Ausführungen. Er ist auch als erster Redner zum Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

Abg. Majcen (14.40 Uhr): Meine Damen und Herren!

Es wird Ihnen gleich gehen wie mir, wenn man sich die Ereignisse, zum Beispiel dieses ICE-Unglücks in Eschede oder dieses Katastrophenfalles des Grubenunglücks in Lassing oder des Busunglücks vom 24. Jänner in Deutschlandsberg, Trahütten, oder die letzt zurückliegende Lawinenkatastrophe von Galtür und Valzur am 23. Jänner dieses Jahres, ins Gedächtnis ruft, daß einem ganz kalt über den Rücken geht, weil hier Dinge passiert sind, mit denen niemand gerechnet hat. Es waren dann Heerscharen von Feuerwehrleuten, Rotkreuzhelfern, von Bergrettungsleuten, von Soldaten und Exekutivbeamten tagelang im Blitzlichtgewitter der Journalisten im Einsatz, fassungslos und teilnahmslos haben oft die Angehörigen und Betroffenen auf das sich bietende Elend geschaut. Kein noch so gutes Gesetz hätte die eine oder andere Katastrophe verhindern können. Aber ein gutes Gesetz, das die Organisation regelt und einen geordneten Bewältigungsablauf bietet, kann ein sehr rasches zielgerichtetes und erfolgreiches Krisenmanagement sicherstellen. Ich möchte hier gleich am Anfang sagen, allen diejenigen, die mit diesem Katastrophenschutzgesetz die Meinung verbinden, es könnte dieses Gesetz eine einzige Katastrophe verhindern, täuschen sich. Katastrophen sind eben Fälle, die auftauchen unvermutet an einem unvermuteten Ort, zu einer unvermuteten Zeit, in unvermuteter Dimension; das sind eben Katastrophenfälle. Das, was wir tun können, ist nicht die Katastrophen verhindern, sie lassen sich nicht verhindern, oft nicht verhindern, sondern Maßnahmen zu setzen und Abläufe zu regeln eben, wie eine solche Katastrophe dann bewältigt werden kann. Ich möchte auch dazusagen, daß es nach wie vor – das ist ein leichter Wehmutsstropfen bei der Freude, die sich heute eigentlich anbieten würde –, wenn man in die gesetzliche Landschaft schaut, so etwas Ähnliches gibt wie Bundeskatastrophen und Landeskatastrophen. Und ich bin der Frau Landeshauptmann sehr dankbar, daß sie im Anblick „der Eindrücke“ von Lassing bei der Bundesregierung eine gewisse Koordinierungskompetenz eingefordert hat. Weil, wenn ein solches Ereignis eintritt, und ich muß zuerst nachdenken, ist das jetzt eine Bundeskatastrophe oder ist das eine Landeskatastrophe, dann ist das eigentlich etwas, was geändert gehört. Und Sie alle wissen, daß zum Beispiel alles, was mit der Luftfahrt zu tun hat, mit dem Sprengmittelwesen, mit Wasserrecht, mit dem

Bergrecht und ähnliches, sind alles Fälle, für die dann der Bund zuständig ist. Das ist also von vornherein wiederum eine Bundeskatastrophe. Kein noch so gutes Gesetz hätte wie gesagt eine dieser Katastrophen, von denen ich am Anfang gesprochen habe, verhindern können. Diese Katastrophen erfordern immer den Einsatz verschiedenster Organisationen, und zwar vieler Organisationen, und für jede dieser Organisationen stellt sich diese Katastrophe anders dar. Für derartige Fälle ist es notwendig, aus dem Stand heraus bei jeder Tages- und Nachtzeit, bei jedem Wetter und widrigsten Umständen und Bedingungen eine eingetübte funktionierende Struktur aufzubauen. Und hier schafft das neue Katastrophenschutzgesetz, das erste steirische Katastrophenschutzgesetz, klare Verhältnisse. Die Kompetenzen definieren die Schnittstelle zwischen den Aufgaben des Bürgermeisters, der Bezirksverwaltungsbehörde und der Landesregierung. Die Kompetenzübergänge orientieren sich an der Dimension der Schadensereignisse. Vorrangig steht die Bezirksverwaltungsbehörde im Mittelpunkt des behördlichen Krisenmanagements, und deshalb ist es auch wichtig, die infrastrukturellen Voraussetzungen zu schaffen, um diese Verantwortung auch in vollem Umfang wahrnehmen zu können. Wir wissen alle, daß unsere Sicherheit im Katastrophen- und Großschadensfall von funktionierender Freiwilligkeit abhängt. Das bedeutet, daß gerade wir – ein Appell an uns – politischen Entscheidungsträger alles zu unternehmen haben, diese Freiwilligkeit in Zukunft auch zu sichern. Wenn man Vergleiche anstellt zu anderen Staaten in der EU zum Beispiel, dann sieht man voller Verwunderung, daß es nur in der Bundesrepublik Deutschland und in Südtirol dieses Freiwilligensystem gibt. Durch die Flächendeckung in der Steiermark – ich sage dazu von 543 Gemeinden gibt es in 81 Gemeinden keine Feuerwehr, aber in den verbleibenden 462 Gemeinden gibt es 761 Feuerwehren – sind Interventionszeiten im Krisenfall möglich, die im internationalen Vergleich an der Spitze liegen. Das müssen wir uns einmal vor Augen führen, und das ist etwas, worauf wir stolz sein können. Ich sage folgendes dazu, meine Damen und Herren: Manchmal neigen wir selber dazu, zum Beispiel bei Rüsthausbauten in der einen oder anderen kleinen Gemeinde zu sagen, furchtbar, fünf Kilometer weiter ist ein anderes Rüsthaus. (Abg. Porta: „Hast du noch nie gesagt!“) Ich sage, wir neigen manchmal im Gespräch dazu. Aber wenn man davon ausgeht, daß man sich durch dieses Naheverhältnis und durch die Identifikation mit der Gegend oder mit dem Ort, in dem man lebt, die Freiwilligkeit sichert und daß diese Freiwilligkeit viel, viel mehr wert ist als das, was man zur Errichtung eines solchen Rüsthauses braucht, dann ist das ein Weg, der in der Steiermark richtig und konsequent so gegangen wird. Die Freiwilligkeit ist etwas, das unersetzlich ist, und das Unerträgliche an der Freiwilligkeit ist nur, daß sie manchmal als Selbstverständlichkeit angesehen wird. Jeder, der sie braucht, die Helfer, will sie immer haben, zu jeder Zeit, zu jeder Tages- und Nachtstunde mit der besten Ausrüstung, besteingeübt. Aber kosten soll das Ganze nichts. Das ist ein Punkt, von dem wir uns verabschieden müssen, sonst kommt es noch viel teurer. (Beifall bei der ÖVP.)

Zur Unterstützung dieser Einsätze schreibt dieses Katastrophenschutzgesetz eine Reihe von Aufgaben vor, die sich mit den vorbereiteten Maßnahmen befassen, so weit man das vorbereiten kann. Es sind Katastrophenschutzpläne zu erstellen. Sie sind nicht nur zu erstellen, sondern sie sind auch fortzuschreiben. Sie müssen immer wieder adaptiert werden. Es ist die Einsatzleitung zu regeln, und es sind geeignete organisatorische Vorbereitungen und Vorkehrungen für eine rasche Alarmierung zu treffen. Und die notwendige Ausstattung für die Einsatzleitung ist sicherzustellen. Übungen und Planspiele dienen einer praxisnahen Umsetzung. Wir können auch besonders stolz auf die Tatsache sein, daß wir als erstes österreichisches Bundesland – und das ist eine Erkenntnis aus Lassing, und das ist ein Ergebnis unserer Diskussionen im Unterausschuß und der Anregung einzelner Mitglieder des Unterausschusses –, daß wir als erstes Land die psychosoziale Betreuung als vorbereitende Maßnahme festgeschrieben haben. Damit ist ein ganz entscheidender Impuls für eine zeitgemäße und bedarfsorientierte Bewältigung von Schadensfällen jeder Dimension gegeben. Ich sage es dazu, wenn man mit Leuten redet, die an solchen Katastrophenfällen teilgenommen haben, zum Beispiel Eschede, zum Beispiel Lassing, dann erkennt man erst, wie groß die Dimension an psychischer Hilfe ist, wie sehr es notwendig ist, daß hier geholfen wird, und zwar von ausgebildeten Kräften, und wie sehr man sich bemühen muß, diese Leistung zu erbringen. Das Instrument der Richtlinienkompetenz stellt sicher, daß die Katastrophenschutzplanung ein lebendes System ist, das heißt, daß man jederzeit in der Lage ist, Planungswerte und Erfahrungswerte und Verbesserungen zu berücksichtigen. Wir haben uns überzeugt davon, daß es bereits jetzt ein Netzwerk von Richtlinien gibt und eine professionelle Umsetzung der Maßnahmen erarbeitet wurde und daß das behördliche Krisenmanagement damit in die Lage versetzt wird, geordnet und effizient zu helfen. Ein zentrales Thema, das hat sich auch bei Lassing gezeigt, stellt die Einsatzleitung dar. In Zusammenarbeit mit den freiwilligen Einsatzorganisationen und den Bezirkshauptleuten ist es gelungen, in diesem Gesetz, von dem wir reden, die Einsatzleitung so zu regeln, daß einerseits die behördliche Verantwortung und andererseits die eigendynamischen Einsatzabläufe der Einsatzorganisationen getrennt, aber koordiniert umgesetzt werden können. Wenn man bedenkt, daß nicht nur in der Katastrophe jede eingesetzte Organisation über einen Einsatzleiter verfügt und sich somit die Einsatzleitung zum Beispiel aus dem Einsatzleiter der Feuerwehr, des Roten Kreuzes, der Exekutive, des Bundesheeres und dem leitenden Notarzt zusammensetzt, ist es leicht verständlich, daß die Systematik der koordinierten Führung durch die im Gesetz aufgerufenen Verantwortlichen sichergestellt werden muß. Diese Frage ist eine sensible Frage, weil jede der Einsatzorganisationen für sich selber einen Wert darstellt und sich nicht unbedingt von anderen irgendwie herumkommandieren lassen möchte. Diese sensible Frage wurde zufriedenstellend – glauben wir und glaube ich – geregelt, so daß in keiner Phase ein Eingriff in die fachliche Kompetenz und Bedeutung der handelnden Organisation erfolgt und erfolgen kann. In Kenntnis der bisher gezeigten Praxis bin ich sehr davon überzeugt, daß die Grund-

lage für eine ausgezeichnete, reibungslose und zielführende gemeinsame Führungsarbeit geschaffen werden konnte. Allerdings, und das ist wichtig, diese Vorgänge müssen geübt werden, sie müssen trainiert werden. Und auch dafür müssen wir den Freiwilligen immer wieder dankbar sein, daß sie diese Mühe auf sich nehmen. Ein wichtiges Thema ist auch die Mitwirkung im Katastrophenschutz. Es ist eine gute steirische Tradition, wenn bei Einsätzen, Übungen und einer Vielzahl von Veranstaltungen alle Kräfte des Katastrophenschutzes gemeinsam auftreten und einen Zusammenhalt dokumentieren. Diese Gemeinsamkeit ist Grundlage dafür, daß ein tragfähiges Vertrauensverhältnis zwischen den Einsatzorganisationen und der Bevölkerung besteht. Die Verantwortung einer modernen Katastrophenbewältigung schließt auch die Mitwirkung von Krankenanstalten und Betrieben oder Anlagen mit Gefährdungspotential ein. Diese sensiblen Bereiche bedürfen einer besonderen und verstärkten Aufmerksamkeit und einer gesicherten Ablauftechnik. Auch hier sollten die dafür vorgesehenen Planungen, Übungen, Planbeispiele im gemeinsamen Interesse Gewähr dafür bieten, daß der Sicherheit für Mensch und Umwelt Rechnung getragen wird. Um die Wichtigkeit dieser Materie zu betonen, ist es meiner Meinung nach richtig, wenn die Landesregierung die Umsetzung in Form von Verordnungen sicherstellen kann. Dann kommt etwas sehr Wesentliches für mich: Ein deutlicher Appell zur Stärkung der Eigenverantwortlichkeit ist das Paket, mit dem die Pflichten der Bevölkerung im Katastrophenschutz beschrieben werden, Meldepflichten, Auskunftspflichten, das Freihalten des Katastrophengebietes, auch die Inanspruchnahme von Hilfsmitteln und Unterkünften zählen zu den Selbstverständlichkeiten bei der Bewältigung einer Katastrophe – sollte man glauben. Die Realität zeigt, daß der Katastrophentourismus zu den traurigen Kapiteln unserer Gesellschaft gehört und zu zählen ist. In Lassing sind Karawanen von Schaulustigen aus der näheren und weiteren Umgebung vorbeigezogen, am furchterregenden Krater. Beim Busunglück in Deutschlandsberg – ist erzählt worden – hatten die Exekutivbeamten alle Hände voll zu tun, um die Schaulustigen daran zu hindern, die in einer Garage gelagerten Toten zu fotografieren oder zu filmen. Um die Vollziehung dieses Gesetzes sicherzustellen, ist es trotz der bestehenden Einrichtungen erforderlich, die Infrastruktur in der Abteilung für Katastrophenschutz und Landesverteidigung und in den Bezirksverwaltungsbehörden zu verbessern. Aus diesem Grund haben wir einen Entschließungsantrag eingebracht mit dem Ziel, das derzeitige System zu verbessern und zu aktualisieren. Wir haben uns Teile dieses Systems bei einer Besichtigung des Ausschusses für Sicherheit, Einsatzorganisationen und Landesverteidigung in der Landeswarnzentrale angeschaut. Wir waren überrascht und beeindruckt von der Präzision und von der Motivation, die dort herrscht. Wir haben uns gefreut darüber, aber trotzdem ist es notwendig, immer wieder nachzudenken, wie man das System am laufenden Stand halten kann und darüber hinaus aktualisieren und modernisieren kann. Das trifft nicht nur auf die räumlichen und personellen Erfordernisse, sondern insbesondere auch auf die EDV-unterstützte Einsatzabwicklung zu. Ich bin, und ich habe das schon am Anfang gesagt, von

der Wichtigkeit der Freiwilligkeit überzeugt. Ich glaube, daß wir erst dann von einer sicheren Steiermark sprechen können, wenn alle drei Ebenen des Katastrophenschutzes funktionieren, nämlich die freiwilligen Einsatzorganisationen, das behördlich klar geregelte Krisenmanagement und die Bevölkerungsbeteiligung und -mithilfe. Mit diesem Gesetz unterstreichen wir die Bedeutung der Freiwilligkeit, wir sichern die Freiwilligkeit mit einer partnerschaftlichen Unterstützung durch das behördliche Krisenmanagement und setzen Impulse für die Bevölkerung im Katastrophenfall, an der Bewältigung aktiv mitzuwirken. Dieses Netzwerk der Sicherheit ist nun installiert. Es wird an uns liegen, die Erreichung der Ziele bestmöglich zu unterstützen. Meine Damen und Herren! Ein Gesetz allein bringt noch keine Sicherheit. Es muß mit Leben erfüllt werden, und dazu gehört die Bereitschaft zur Zusammenarbeit sämtlicher im Katastrophenschutz tätiger Organisationen und die Partnerschaft zwischen den freiwilligen Einsatzorganisationen und den Behörden. Und diejenigen, die von uns vor Ort – auf dem flachen Land, wie es so schön heißt – tätig sind, wissen, wie sehr sich die Einsatzorganisationen und die Behörden um diese Zusammenarbeit bemühen und wie sie oft hervorragend und reibungslos funktioniert, manchmal natürlich auch da oder dort noch verbessert werden muß. Ich danke in diesem Zusammenhang der Abteilung für Katastrophenschutz und Landesverteidigung für den Entwurf dieses Gesetzes, von dem wir glauben, daß es ein modernes und schlankes, nämlich brauchbares Gesetz im Sinne einer Rahmenrichtlinie ist. Ich danke den Mitgliedern des Ausschusses für die konstruktive, ernsthafte und umfassende Diskussion dieser Problematik. Wir schaffen mit diesem Gesetz die Grundlage, die Freiwilligkeit aus der Selbstverständlichkeit herauszuheben und als gesellschaftlichen Faktor zu verdeutlichen. Wir können mit diesem Gesetz eine weitere Grundlage für eine sichere Steiermark stellen. Ich darf in diesem Zusammenhang, meine Damen und Herren, einen Entschließungsantrag der Abgeordneten Majcen, Rieser, Alfred Prutsch und Dirnberger, betreffend Sicherstellung der Infrastruktur- und Personalausstattung zur Vollziehung des Steiermärkischen Katastrophenschutzgesetzes, einbringen. Zur ordnungsgemäßen Vollziehung des Steiermärkischen Katastrophenschutzgesetzes sind trotz der teilweise vorhandenen Infrastruktur in der Abteilung für Katastrophenschutz und Landesverteidigung Investitionen notwendig. Da in der Vollziehung dieses Gesetzes den Bezirksverwaltungsbehörden zentrale Aufgaben zugeordnet werden, sind die Voraussetzungen, insbesondere in der Personalausstattung, sicherzustellen. So wird es, wie in vergleichbaren Bundesländern, erforderlich sein, einen Katastrophenschutzreferenten in den Behörden vorzusehen. Im Mittelpunkt der Investitionen stehen Infrastrukturverbesserungen in der Abteilung für Katastrophenschutz und Landesverteidigung und in den Bezirksverwaltungsbehörden in den Bereichen EDV, Kommunikation, Grundlagenforschung und budgettechnische Vorsorge für Akutbewältigungsmaßnahmen in Schadensereignissen unterschiedlichster Dimension. Dabei ist das Schergewicht besonders auf die Schadensereignisse des täglichen Lebens zu legen. Die dafür notwendigen Infrastrukturkosten im Bereich der Ausbildung und

der Koordination sind einzuplanen. Konkret wäre dies die Einrichtung einer Zentralstelle für Notfall- und Katastrophenmedizin, wie sie der Landessanitätsrat für Steiermark mit dem Ziel gefordert hat, die notärztlichen Ressourcen des Landes zu optimieren. Das entsprechende Realisierungskonzept liegt bereits vor. Ich stelle daher den Antrag, der Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, zur ordnungsgemäßen Vollziehung des Katastrophenschutzgesetzes erstens die erforderliche Personalausstattung (zum Beispiel Katastrophenschutzreferenten in den Bezirkshauptmannschaften, Bereitschaftsdienst technischer Amtssachverständiger, Meteorologen), die geeigneten organisatorischen Vorkehrungen für die rasche Alarmierung der an der Gefahrenabwehr Beteiligten, die erforderlichen Infrastrukturverbesserungen in der Abteilung für Katastrophenschutz und Landesverteidigung und in den Bezirksverwaltungsbehörden in den Bereichen EDV, Kommunikation, Grundlagenforschung, automatische Meldeanlagen für den amtlichen Lawinenwarndienst (Erweiterung der Landeswarnzentrale, Hardwareausstattung mit Laptops, Mobilfax, Internet, Server, Kommunikation mit Pager, Mobiltelefon und Fax) sicherzustellen; zweitens Vorsorge für Akutbewältigungsmaßnahmen bei Schadensereignissen mit einer Errichtung einer Zentralstelle für Notfall- und Katastrophenmedizin zu treffen und drittens die Einbindung externer Dienste von Universitäten et cetera in das Krisenmanagement verstärkt zu forcieren.

Ich danke Ihnen. (Beifall bei der ÖVP und SPÖ. – 15.00 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Als nächster Redner zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete List. Ich erteile es ihm.

Abg. List (15.00 Uhr): Herr Präsident Dipl.-Ing. German Vesko, Frau Landeshauptmann Waltraud Klasmic, geschätzte Damen und Herren im Zuhörer- und Zuseherraum, geschätzte Damen und Herren des Steiermärkischen Landtages!

18 Todesopfer und 24 Schwerverletzte – das Horrorszenerario Busunglück wurde am Sonntag, dem 24. Jänner 1999, so gegen 16 Uhr, traurige Wirklichkeit. Bei Trahütten wurden einer ungarischen Reisegruppe der schlechte technische Zustand des Busses sowie die Bergunerfahrung des Lenkers zum Verhängnis. Die Einsatzkräfte haben hier einen Wettlauf mit dem Tod geführt. Noch lange werden sie die dort erlebten erschütternden Bilder dieser Katastrophe mit sich tragen. Die Ersthelfer sind beim Bergen und Retten oft an der Belastungsgrenze angelangt. Allzu oft steht der Mensch einer Katastrophe hilflos und ohnmächtig gegenüber. Von der Gewalterfahrung werden neben den direkten Opfern auch alle anderen Beteiligten, insbesondere aber die Retter und häufig sogar Zuschauer überwältigt oder zumindest erschüttert. Die Retter und Helfer sind während der Katastrophenbekämpfung akuten Stressreaktionen ausgesetzt. Not und Leid zu sehen und zu erleben und dabei oft nicht mehr helfen zu können tut weh. Ihre seelische Unversehrtheit ist gefährdet. Sehr oft bleiben sie überregt. Immer und immer wieder werden sie an das Gesche-

hene, die schrecklichen Bilder der Katastrophe erinnert. Einige von ihnen werden plötzlich in gewissen Momenten mit dem Erlebten der außergewöhnlichen Belastung nicht mehr allein fertig. Hier, geschätzte Damen und Herren des Steiermärkischen Landtages, ist die Erste Hilfe für die Seele von Opfern und Helfern unbedingt notwendig. Die Bewältigungsfähigkeit der Betroffenen muß mobilisiert werden, damit nachhaltige Belastungsstörungen verhindert werden können. Wenn der Mensch, das Opfer oder der Betroffene, die dazu benötigte Umgebung erhält, entwickelt er ungeahnte Fähigkeiten zur Verarbeitung seelischer Verletzungen. Wir sind daher auf ein gekanntes sogenanntes Debriefing nach Katastrophen angewiesen. Alle Katastrophen, wie das Lawinenunglück in Galtür oder der Bergwerkseinsturz in Lassing, zeigen, daß bei solchen Ereignissen eine psychologische Betreuung unerlässlich ist. Der Kollege Majcen hat es bereits gesagt. Die Möglichkeit einer psychologischen Betreuung aller von Katastrophen Betroffenen, Opfer und Einsatzkräfte wird jetzt unter anderem durch das später zu beschließende Steiermärkische Katastrophenschutzgesetz geregelt. Diese Regelung ist erst nach dem Bericht der Landesregierung zum Grubenunglück von Lassing im Gesetzestext eingeflossen. Aber auch andere Erkenntnisse, geschätzte Damen und Herren, aus dem Katastropheneinsatz von Lassing wurden behandelt und diskutiert. So bemängelt beispielsweise der Bericht der Abteilung für Katastrophenschutz, daß damals koordinierte Übungen der Bergbaubehörden unter Einbeziehung der Landesinstitutionen bisher überhaupt nicht stattgefunden haben. Natürlich und logischerweise gab es anfänglich Kompetenz- und Koordinationsprobleme. Sie, Frau Landeshauptmann, haben selbst einmal im Unterausschuß erklärt, daß Sie auf Grund dieser Probleme, weil die Koordinierung vor Ort sehr schwierig war, vor allem, weil viele Dinge übergreifend zu koordinieren waren, selbst eingriffen. Ich kann mich noch erinnern, Sie haben damals wörtlich gesagt, daß Sie die Dinge selbst in die Hand genommen haben, und das ist richtig so. Aber ein kleiner Kritikpunkt als Überbleibsel, würde ich sagen, der wurde in den letzten Tagen zwischen Bund und Land nachträglich ausdiskutiert. Hier geht es nämlich um die Bergungskosten von rund 2,1 Millionen Schilling. Hier wird gestritten zumindest über die Medien. Und für uns Freiheitliche ist es ein wenig kurios, heute und überhaupt nach diesem schrecklichen Unglücksfall darüber zu diskutieren, wer die Kosten für die Deutsche Montantechnik jetzt übernehmen wird, wer dafür aufkommen soll. Damals nämlich, beim Unglück in Lassing, wurden sämtliche Finanzierungen zugesagt, und bis heute sind sie nicht getätigt. Vielleicht können Sie mir eine Antwort geben, hoffentlich ist diese leidige Angelegenheit zwischenzeitlich erledigt worden. Des weiteren stellt die Abteilung für Katastrophenschutz und Landesverteidigung fest, daß im Mineralwerk von Naintsch ein spezieller und komprimierter Katastrophenschutzplan nicht vorhanden war. Damit hat auch das Handbuch für Sofortmaßnahmen anläßlich eines Szenarios zur Bekämpfung dieser eingetretenen Bergwerkskatastrophe gefehlt. Obwohl man sich im Berg- und Hüttenwesen der vorhandenen Gefahren sehr wohl bewußt ist, hat hier niemand ein solches Unglück für möglich gehalten. Diese „Worst-

case-Variante“, von der grundsätzlich alle Sicherheits-, Gefährdungs- und Bedrohungsanalysen auszugehen haben oder ausgehen sollen, war hier offensichtlich nicht vorbereitet worden oder wurde überhaupt außer acht gelassen. Daraus, aus diesem Worst-case-Szenario, lassen sich auch gewisse Anlaufschwierigkeiten beim Katastropheneinsatz ableiten, die natürlich nicht vorbereitet waren. Untermuert, geschätzte Damen und Herren, wird diese Tatsache durch das mühevolle Suchen nach Experten und geeignetem Rettungsgerät für die Bergung der damals Verschütteten. Expertenlisten sowie Material- und Gerätedatenbanken haben gefehlt. Das hat sich sicherlich nachteilig bei der Bewältigung dieses Unglückes ausgewirkt, wie auch andere Einsatzberichte, beispielsweise der Einsatzbericht des Einsatzleiters von der militärischen Einsatzorganisation, festgestellt haben. Jetzt, geschätzte Damen und Herren, wird im Steiermärkischen Katastrophenschutzgesetz unter den vorbereitenden Maßnahmen insbesondere angeordnet, das hat der Kollege und Ausschußvorsitzende Majcen auch bereits erwähnt, daß hier für Betriebe oder Anlagen mit besonderem Gefahrenpotential, etwa hier beim Bergwerk Lassing, Alarmpläne und Einsatzpläne zu erstellen und fortzuschreiben sind, sprich fortzuschreiben, das heißt, diese laufend zu aktualisieren. Die Betreiber sind hier zu dieser Mitverantwortung durch Bescheide zu verpflichten und haben die entsprechenden Vorkehrungen und Vorsorgen zu treffen. Diese Vorkehrungen sind die Voraussetzung, um bei Katastrophen die erforderlichen Maßnahmen sofort und gezielt einleiten zu können.

Aus diesen Gründen stellen die Abgeordneten List, Wiedner und Mag. Hartinger einen Unselbständigen Entschließungsantrag gemäß Paragraph 51 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages.

Der Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, dem Steiermärkischen Landtag innerhalb eines Jahres einen Bericht über die Umsetzung des Steiermärkischen Katastrophenschutzgesetzes mit dem Schwergewicht - Stand der Vorbereitungsmaßnahmen zur Abwehr und Bekämpfung von Katastrophen - vor allem durch Betreiber von Betrieben oder Anlagen, von denen besonders Brand-, Explosions- oder sonstige schwerwiegende Gefahren ausgehen und dabei eine Vielzahl von Menschen oder bedeutende Sachwerte gefährdet sein können, vorzulegen.

Wir, geschätzte Damen und Herren des Steiermärkischen Landtages, wollen durch diesen einmaligen Bericht über den Stand der Umsetzung des Gesetzes über die Abwehr und Bekämpfung von Katastrophen in der Steiermark nach einem Jahr informiert werden. Zusammengefaßt muß ich zum Steiermärkischen Katastrophenschutzgesetz feststellen - und das glaube nicht nur ich, sondern wir Freiheitliche -, daß es sich hier um ein schlankes und modernes Gesetz handelt. Im Text sind daher auch keine konkreten Schadensbilder angeführt und keine konkreten Abläufe vorgesehen. Dadurch ist es nämlich flexibel und sehr anpassungsfähig an die verschiedensten Katastrophenfälle. Sie wissen, die Natur mit ihrer zunehmenden Anzahl von Katastrophen wie Lawinenabgängen, Erdbeben, Überschwemmungen und anderen Ereignissen ist sehr erbarmungslos und

zeigt immer wieder die Grenzen der Menschen auf. Aber gleichzeitig müssen die technischen Katastrophen wie Großbrände, Eisenbahn- und Busunglücke oder Reaktorunfälle sowie Anschläge von Fundamentalisten und Attentate in der Katastrophenbekämpfung sehr wohl berücksichtigt werden. Daher ist es auch ein Gesetz, das nicht zuviel vorschreibt und jede Art von Improvisation zuläßt. Besonders wichtig aber für uns, geschätzte Damen und Herren, vor allem für die Mitarbeiter der Abteilung werden die Durchführungserlässe sein, nämlich diese Erlasse, die die Abwicklung von Katastrophenbekämpfungen erleichtern werden und sollen. Katastrophen können wir niemals ausschließen oder verhindern, denn sie kennen weder den Ort noch den Raum, noch die Zeit. Aber dort, wo technische Katastrophen möglich sind, können wir durch gezielte, entsprechende Maßnahmen für den einzelnen Anlaßfall vorbereitet sein und vorbereitet werden. Die Voraussetzungen dafür wurden in den Texten dieses Steiermärkischen Katastrophenschutzes geschaffen. Deshalb werden wir Freiheitliche diesem Gesetz zustimmen! Zu den Unselbständigen Entschließungsanträgen der ÖVP darf ich feststellen, daß der Herr Klubobmann Schützenhöfer gleich zu Beginn des heutigen Tages festgestellt hat, daß die Frau Landeshauptmann Klasnic gewählt worden ist für die Verantwortung. Sie wurde in die Verantwortung gewählt. Der Landtag soll heute ein Gesetz beschließen, das selbstverständlich in der Verantwortung der Frau Landeshauptmann liegt und von ihr mit ihrer Abteilung umzusetzen und zu vollziehen ist. Für uns stellt sich jetzt die Frage, was ist hier passiert. Sie erhalten durch diese zwei Unselbständigen Anträge, die sich ausschließlich mit dem Katastrophenschutzgesetz befassen, Richtlinien – Sie, Frau Landeshauptmann, erhalten von Ihrer Fraktion Richtlinien, wie Sie dieses Gesetz umsetzen sollen. Etwa in den zwei Bereichen, die angeführt werden, in der psychosozialen und interkonfessionellen Betreuung im Katastrophenfall oder den bereits eingebrachten Antrag vom Kollegen Majcen, der die Sicherstellung der Infrastruktur und der Personalausstattung zur Vollziehung des Steiermärkischen Katastrophenschutzgesetzes beinhaltet. Wir Freiheitliche meinen, daß Sie die Verantwortung haben. Es sollte nicht unbedingt notwendig sein, daß die Abteilung für Katastrophenschutz, die das selbständig durchführen kann und die Durchführungsbestimmungen im Rahmen ihrer Möglichkeiten zu erstellen hat, vom Landtag Richtlinien erhält. Dieses schlanke Gesetz soll ein schlankes Gesetz bleiben und der wesentliche Hauptbestand soll sich nicht mit Durchführungsbestimmungen befassen. Daher sage ich, Frau Landeshauptmann, setzen Sie dieses Gesetz für die steirische Bevölkerung mit Ihren Beamten, mit Ihren Mitarbeitern in der Abteilung um. Wir Freiheitliche werden diesen meines Erachtens und unserer Meinung nach überflüssigen Anträgen zum Steiermärkischen Katastrophenschutz nicht zustimmen. Wir bitten Sie, Frau Landeshauptmann, im Sinne der steirischen Bevölkerung, dieses Gesetz, das nach unserer Meinung nach ein gutes Gesetz ist, umzusetzen. (Beifall bei der FPÖ. – 15.13 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Als nächster Redner zu Wort gemeldet ist der Abgeordnete Herrmann. Ich erteile es ihm.

Abg. Herrmann (15.13 Uhr): Sehr geehrte Frau Landeshauptmann, sehr geehrter Herr Präsident, wertere Damen und Herren!

Das heute zu beschließende Gesetz ist aktueller, als wir denken. Verschiedene Katastrophen sind noch sehr frisch in unseren Erinnerungen. Und der Herr Abgeordnete Majcen hat schon gesagt: Grubenunglück Lassing, Busunglück in Deutschlandsberg und auch die Lawinenabgänge. Der SPÖ war das schon sehr zeitig bewußt, und wir haben am 6. Februar 1996 einen Antrag für ein solches Gesetz gestellt. Am 27. Jänner 1998 ist dann eine Regierungsvorlage gekommen. Obwohl der Titel überall gleich war, gab es nur bei uns das Steiermärkische Katastrophenhilfegesetz, und bei der Regierungsvorlage hieß es dann das Steiermärkische Katastrophenschutzgesetz. Schutz oder Hilfe, wenn man das Gesetz durchgeht, dann sieht man, daß hier alles in allem enthalten ist. Katastrophen sind in unseren Landesteilen verschieden. In der Obersteiermark ist mehr akuter Gewitterregen mit Hochwasser mit Murenabgängen und auch mit Lawinen. Wenn ich an meine Oststeiermark denke, dann könnte es passieren, daß wir den schönsten Sonnenschein haben und haben aber ein Hochwasser eben vom Oberlauf. Was aber für alle Landesteile gleich ist, das ist eben Wind, Hagel. Man hat ja früher überhaupt nicht gedacht, daß es eine Katastrophe in einer Grube geben könnte, obwohl es schon Katastrophen in den vierziger Jahren gab, wenn man an Fohnsdorf denkt und dies somit auch drinnen sein müßte.

Es gab dann verschiedene Unterausschüsse am 13. Mai 1998 und am 8. Juli 1998. Wir waren uns dort sehr schnell einig, daß es ein gutes Gesetz ist. Inzwischen war dann eben diese Katastrophe, und man hat gesagt, man wartet jetzt auf die Erkenntnisse des Grubenunglückes in Lassing. Beim letzten Unterausschuß war ich nicht anwesend. Was ist Katastrophenschutz? Also meiner Meinung nach ist das Vorbeugung und die Katastrophenhilfe eben die Beseitigung oder die Bekämpfung. Vorbeugung, wie kann man Lawinen vorbeugen? Durch Verbauung und Schutzwald und daß man wirklich schauen soll, daß dieser weiter besteht. Wir wissen, daß in den Schutzwald sehr oft eingegriffen wird. Auch bei den Muren ist der Schutzwald meiner Meinung nach sehr, sehr wichtig. Gegen Hochwasser kann man sich nur bedingt schützen, indem man Schutzbauten errichtet oder die naturnahen Regulierungen eben anwendet, wo man jetzt die Erkenntnisse hat, daß das besser ist, aber genauso Wälder bestehen läßt. Wir haben auch festgestellt, daß durch zu viele Forstwege das Wasser sehr stark herunterkommen kann, Wind, wie soll man sich vor Sturm schützen. Ich weiß keinen Rat. Hagel ist dasselbe. Nur manche meinen, daß man mit der sogenannten Flugabwehr vorbeugen könnte. Wir wissen, die Flugabwehr ist sehr umstritten. Die einen sagen, von uns ist weg, zu den anderen ist es gekommen. Welche Vorbeugungen gibt es bei Bergwerksunglücken? Ich glaube, wenn man das alles so betrachtet und ob das alles wahr ist, was man hört, weiß ich nicht, dann müßte man einem ungezügelten Profitdenken eben auch vorbeugen. In den Katastrophenschutzplänen sollen eben diese Vorbeugungen verwirklicht werden.

Ein großer Rahmen ist die Beseitigung von Katastrophenfällen. Und hier ist vor allem in erster Linie die Feuerwehr gefordert, das muß ich sagen, wenn ich schaue, welche Unwetter und welchen Sturm wir im letzten Sommer in unserem Bezirk hatten. Denn unsere Feuerwehrleute haben dort Tag und Nacht bis zum Umfalle gearbeitet, weniger die Rettungsdienste, da Gott sei Dank nicht so viele Verletzte waren. Aber die Feuerwehr mußte schauen, daß die Leute überhaupt zu ihren Häusern zufahren konnten. Später – und da sind wir auch sehr dankbar – ist dann das Bundesheer gekommen und hat bei den Aufräumungsarbeiten mitgeholfen.

Die Zuständigkeit ist in diesem Gesetz auch geregelt: Gemeinden, Bezirkshauptmannschaften oder Bezirksverwaltungsbehörden und die Landesregierung. Es ist nur die Frage, wann kann eine Bezirkshauptmannschaft oder der Bezirkshauptmann den Schutz nicht mehr richtig wahrnehmen. Da ist noch eine kleine Unsicherheit drinnen, daß eben dann die Landesregierung vorstellig werden muß. Im Paragraphen 5 Absatz 2 ist der Bürgermeister der Gemeindeinsatzleiter. Da bin ich der Meinung, wenn das drinnensteht, dann müßte jedem Bürgermeister zwingend eine Schulung vorgeschrieben werden, wie man sich bei einem solchen Einsatz als Einsatzleiter zu verhalten hat. An erster Stelle sind meistens die Feuerwehren und der Einsatzleiter der Feuerwehr und die Rettungsdienste. Ich glaube schon, daß man versucht, daß zuerst diese für den Einsatz zuständig sind, denn der Bürgermeister ist ja oft kein Hauptamtlicher und ist nicht immer da.

Probleme habe ich aber vielleicht – ich war beim letzten Unterausschuß nicht – beim Paragraphen 6, Sperre des Katastrophengebietes. Durch eine Verordnung soll diese Sperre ausgesprochen werden. Jetzt ist meine Frage, von wem und wer soll das beschließen. Jeder, der eine normale Verordnung kennt, weiß, daß es hier eine Auflage gibt und daß das der Gemeinderat in einer Gemeinde tut. Also hier müßte das schneller gehen, ohne Auflagefrist. Ich glaube, es gibt auch in der Gemeindeordnung einen Passus, wo der Bürgermeister die sogenannte Notverordnung anwenden kann, wenn Gefahr in Verzug ist.

Paragraph 7 ist es eben, daß viele – und ich glaube, das hast du schon gesagt – Zivile auch berufen sind. Jetzt ist die Frage, es steht berufen, sind die jetzt verpflichtet oder berufen – wie kann ich das durchsetzen? Wir wissen, wir brauchen verschiedene Bergegeräte, die vielleicht im privaten Bereich sind, daß man hier wirklich schaut, man hätte vielleicht sollen verpflichtend reinschreiben. Die Kosten sind für mich als Bürgermeister auch von großer Bedeutung. Nur, es ist ja drinnen, wenn es die Gemeinde allein betrifft, ist das ganz logisch, aber wenn es um eine Katastrophe geht, dann sind meistens mehrere Gemeinden zuständig und dann ist hier die Bezirksverwaltungsbehörde.

Und nun zu den sogenannten Entschließungsanträgen von der Volkspartei „Psychosoziale und interkonfessionelle Betreuung“. Wir haben das heute schon bei den Vorrednern gehört. Ich glaube, und wir sehen, wie notwendig das ist, wenn hier wirklich die betroffenen Angehörigen, aber auch die Retter hier solche Betreuung brauchen, denn es ist, ja, der eben

nicht sehr oft dabei war und das anschauen muß, dann muß man sagen, ist das sehr, sehr schlecht. Der zweite Antrag ist die Sicherstellung der Infrastruktur und Personalausstattung. Ich möchte nur dazusagen, wir werden beiden zustimmen. Ich muß sagen, hier sollten wir schauen, wir haben sehr gute Spezialisten, wir haben sehr gute Fachleute, ob es in der Landesfeuerweherschule ist oder auch im Katastrophenreferat, wir sollen hier diese Leute einsetzen und schauen, ob hier die Kapazitäten nicht mit diesen Leuten zum Teil, ich weiß, Computer und dies, das braucht man, aber ob man nicht hier die Spezialisten einsetzen soll, die hier eben wirklich eine Erfahrung haben. Auch zum Bericht über die Umsetzung des Katastrophenschutzgesetzes von der FPÖ, hier werden wir eben auch unsere Zustimmung geben. Ich möchte nur jetzt unseren eigenen Unselbständigen Entschließungsantrag vorbringen.

Also der Unselbständige Entschließungsantrag der Abgeordneten Herrmann und Dr. Flecker:

Bereits am 22. September des Vorjahres hat der Landtag einen Entschließungsantrag, betreffend die Bergwerkskatastrophe in Lassing, beschlossen. Die Punkte 3 und 4 des besagten Entschließungsantrages beinhalten die Forderung nach Berichten der unabhängigen Expertenkommission, des zuständigen Bundesministers und der für Katastrophenfälle zuständigen Referentin der Landesregierung sowie einen Bericht über die finanzielle Gebarung der Spendengelder. Diesem Auftrag wurde nicht nachgekommen.

Es wird daher der Antrag gestellt, der Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, zu erwirken, daß dem Landtag erstens der Bericht der unabhängigen Expertenkommission, des zuständigen Bundesministers sowie der für Katastrophenfälle zuständigen Referentin der Landesregierung und zweitens über die Höhe und die Verwendung aller gespendeten Mittel – einschließlich der der öffentlichen Hand – ehestens zumindest ein Zwischenbericht, wenn möglich ein abschließender Bericht vorgelegt wird.

Als zuständiges Regierungsmitglied wird Frau Landeshauptmann Waltraud Klasnic angegeben. Ich bitte um Unterstützung. (Beifall bei der SPÖ. – 15.25 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Als nächster zu Wort gemeldet ist Herr Klubobmann Brünner. Ich erteile es ihm.

Abg. Dr. Brünner (15.25 Uhr): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Auch das Liberale Forum wird diesem Gesetzesentwurf eines Katastrophenschutzgesetzes zustimmen, weil wir haben zwei Vorschläge zu diesem Gesetzesentwurf eingebracht. Ein erster Vorschlag betraf die vorbeugenden Maßnahmen, nämlich dahin gehend, daß auch eine psychologische Vorbereitung auf die hohen psychischen Anforderungen eines Katastrophenhilfeinsatzes Rücksicht genommen werden muß. Dieser Vorschlag ist aufgenommen worden in einem Zusatz zu Paragraph 3 des Gesetzes. Wir haben dann auch nicht zuletzt vor dem Hintergrund der schreck-

lichen Katastrophen in Eschede und in Lassing eine psychologische Betreuung vorgeschlagen nach einem solchen Katastrophenfall, nämlich insbesondere auch für die Personen, die im Katastrophenhilfeinsatz gestanden sind, weil – das braucht nicht weiter begründet werden, ist heute schon ein paarmal gesagt worden – diese Menschen, die im Katastrophenhilfeinsatz tätig sind, mit Schreckensbildern konfrontiert sind, an denen sie mitunter ihr ganzes Leben leiden, und da brauchen sie psychologische Betreuung. Dieser unser zweite Vorschlag – ich füge hinzu – ist leider in das Gesetz nicht aufgenommen worden. Wir hätten das gerne auch im Gesetz drinnen gehabt, unser zweiter Vorschlag findet sich allerdings im Entschließungsantrag der ÖVP, betreffend psychosoziale und interkonfessionelle Betreuung im Katastrophenfall. Es ist mir im Grunde genommen zuwider, mich hier herzustellen und zu sagen, bitte, das waren unsere Vorschläge. Aber ich hätte mich gefreut, Herr Kollege Majcen, wenn wir wenigstens in eurem Entschließungsantrag, betreffend psychosoziale und interkonfessionelle Betreuung, mit erwähnt worden wären, weil – wie gesagt – dies einfach unser Vorschlag gewesen ist, den ich in einem Brief an dich im Herbst des vorigen Jahres deponiert habe. Ich bitte Sie, Herr Kollege Majcen, dem Herrn Landesrat Hirschmann das vielleicht auszurichten unter vier Augen, daß das unsere Vorschläge waren (Abg. Majcen: „Das weiß er!“), weil das weiß er nicht, das weiß der Herr Landesrat Hirschmann nicht, weil in den Medien äußert er sich so, es macht nichts, wenn wir durch Wahlrechtsreformen, wir kleinen, aus den Landtagen und Parlamenten hinausfallen, weil wir eh nichts zu reden haben – wortwörtliche Aussage des Herrn Hirschmann dem „Standard“ gegenüber. Und das ist perfid, ja, weil die größeren Parteien ohnehin genügend Gelegenheit haben, auch über das Geldmittelverteilen sicherzustellen, daß sie aus dem Blickfeld der Öffentlichkeit nicht verschwinden, und eine kleine Partei wie wir es sehr schwer haben, drüberzubringen in der Öffentlichkeit, daß wir sehr wohl, seit wir in diesem Landtag sind, die Liberalen wie die Grünen, unsere Spuren hinterlassen haben und uns einbringen auch mit Vorschlägen und mit sonstigen Aktivitäten, und, wie gesagt, vor diesem Hintergrund hätte es mich gefreut, wenn diese unsere Vorschläge auch genannt worden wären. Aber letztendlich ist es wichtig, daß sie sich im Gesetz und in der Vollziehung des Gesetzes wiederfinden, weil diese psychologische Betreuung vorbeugend und nachbetreuend etwas ganz Wichtiges ist. (15.29 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Wabl. Ich erteile es ihm.

Abg. Dr. Wabl (15.29 Uhr): Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Erlauben Sie mir, daß ich nur in aller Kürze ein paar Gedanken zu diesem Katastrophenschutzgesetz hier deponiere, wobei ich vorausschicken möchte, der Konrad Heinz, der oberste Katastrophenschützer der Steiermark nach der Frau Landeshauptfrau, ist ein Fürstenfelder, und wir sind in der stolzen und glücklichen Lage als der einzige Bezirk der Welt, daß wir als

unser Kennzeichen das Kennzeichen der Freiwilligen Feuerwehr haben. Das heißt also, daß wir schon geboren werden mit der Bestimmung, daß wir für den Katastrophenschutz für die Feuerwehr tätig sind als Freiwillige Feuerwehr. (Abg. Purr: „Es ist Zufall!“) Aber es ist vielleicht Gott gewollt, Kollege Purr. Und ich weiß, daß du uns das neidest, aber du mußt nach Fürstenfeld übersiedeln, dann bekommst du vielleicht auch das Kennzeichen. Du kannst dann neben deiner sonntäglichen Uniform auch das Kennzeichen der Freiwilligen Feuerwehr auf deinem Auto anbringen. Aber wir werden dich nicht aufnehmen, wenn du dich nicht entsprechend benimmst hier in dem Saal. (Abg. Purr: „Entschuldigung, das geht nicht so rasch!“) Du merkst gar nicht, welches Wohlwollen aus meiner Stimme klingt. Drei Dinge, die mir wichtig sind, natürlich steht im Vordergrund die Hilfe im Katastrophenfall. Und ich glaube, da sind wir in der Steiermark auf vielen Gebieten federführend. Wenn ich nur an die Feuerwehr denke, was dahier an positiver Jugendarbeit geleistet wird. Die Steiermark war jenes Land, in dem man erkannt hat, daß man Jugendliche von Kind auf zur Hilfsbereitschaft erziehen soll. Und ich glaube, um das geht es ja, daß der junge Mensch erkennt, daß es eine ganz wichtige Lebensbereicherung darstellt, zu helfen. Und diese Bereitschaft, diese Gesinnung, zieht sich quer durch alle Bereiche, und ich will jetzt nicht alle aufzählen, Rotes Kreuz und so weiter. Und da ist die Frau Landeshauptmann sicherlich eine Kuratorin oder eine Patin, die durch ihre Arbeit draußen in den Bezirken und auch durch ihre Anwesenheit bei verschiedenen Anlässen zeigt, wie sehr sie diese Arbeit, diese Einstellung, diese Gesinnung ernst nimmt. Das ist das eine.

Das Zweite, worum es mir geht, und ich war tiefbewegt, tiefbetroffen – bin es heute noch – über die Katastrophenereignisse im Sommer in Lassing, jetzt im Winter in Galtür, wo auch die Frau Landeshauptmann erklärt hat oder resümiert hat: „Gott hat entschieden.“ Und ich glaube, da sollte man doch beim Katastrophenschutz die Frage stellen, wie weit können wir Katastrophen verhindern? Warum entstehen Katastrophen? Ist das Schicksal oder ist das gottgewollt? Oder ist es menschliches Versagen? Ich persönlich bin zutiefst überzeugt davon, daß Katastrophen mehr durch menschliches Versagen passieren, als wir gewöhnlich annehmen. Wenn ich mir Lassing anschau, so sehr wir alle dort mitgelitten haben, aber eines ist unbestritten, und da brauche ich keine Expertenkommission, daß der Einsturz dadurch passiert ist, daß die Abbauarbeiten zu nahe an der Oberfläche geschehen sind und daß dadurch quasi das Haus eingestürzt ist, das ist ja mehr oder weniger unumstritten. Warum das passiert ist, ob die Berghauptmannschaft zu nahe an den Verantwortlichen dieser Naintscher Talkwerke waren, das mag ja dahingestellt sein. Fest steht, daß dort nicht nur die Naturgewalt sich gewehrt hat, sondern daß dort menschliches Versagen zugrunde liegt. Natürlich wäre es jetzt leicht zu sagen, da gibt es den Schuldigen A, B, C und es gibt ein Gerichtsverfahren. Da wird man sich auch die Frage stellen müssen, warum ist das passiert. Ist dort nicht ein gewisser Abbaudruck, ein gewisser Leistungsdruck, ein gewisser Produktionsdruck gewesen, daß der Herr Schmid oft gar nicht anders gekonnt hat. Das sollte man also alles in den

Raum stellen. Und ein zweites, die Frau Landeshauptmann wird es sicherlich dort als schmerzhaft empfunden haben, wie sie dort hingekommen ist, sind die anderen schon, um den Georg Heinzl zu retten oder den Stollen zu retten, abwechselnd in die Tiefe gegangen. Dort – und um das geht es letzten Endes auch, wenn der Kollege Herrmann mit juristischen Definitionen gesprochen hat –, ich sage es ehrlich, wird Rettung oder Hilfe im Katastrophenfall nur dann gelingen, wenn jene Personen, die dazu berufen sind, auch den Mut haben zu sagen, ich warte nicht auf eine juristische Interpretation im Sinne des Gesetzes, sondern ich nehme meine Kompetenz jetzt wahr. Ich erkläre, da geht niemand mehr hinunter und schaut, wo das Wasser ist oder versucht es abzupumpen – nachher ist man immer gescheitert, aber man sollte aus dem Hintennach auch für die Zukunft lernen. Ich glaube, daß ein Katastrophenschutzgesetz nur dann funktioniert, wenn jene, die durch das Gesetz dazu berufen sind, Kompetenz wahrzunehmen, diese auch wahrnehmen. Und nicht, darf man das beziehungsweise, wenn da wer hinuntersteigt zu dem Heinzl, kann da noch etwas passieren, daß man dann 1000mal überlegt oder drei Gutachten einholt, das wird nicht möglich sein, da muß jemand dasein, der sagt, das geschieht jetzt. Da muß man halt einfach auch etwas riskieren. Und ich glaube, das ist vielleicht dort etwas zu kurz gekommen.

Und um auf andere Beispiele hinzuweisen – und das sollte auch uns allen eine Mahnung sein, Kollege Vollmann, vielleicht auch der SPÖ-Fraktion –, die Natur läßt sich nicht auf die Dauer vergewaltigen. Und Sie können Statistiken über fünf Jahrhunderte haben, Sie können Statistiken haben, daß von dem Hang noch nie etwas heruntergekommen ist. Im sechsten Jahrhundert kommt dann eine Lawine herunter, die dann alles zerstört dort. Und wir sollten auch eines überdenken, bei Katastrophen nicht nur zu überlegen, ob man Straßen sperrt, ob man den Fremdenverkehr aufrechterhält oder ob man in erster Linie das Leben der Menschen dort schützt. Daß man einfach sagt, es ist auch notwendig, die Katastrophenstufe so und so zu erklären, damit die Menschen nicht dort, wo die Lawinen schon von den Bergen herunterhängen, daß die dort noch ein Glühweinfestival veranstalten mit Faßdaunenrennen. Das war fahrlässig, aber natürlich der Fremdenverkehr und der Autoverkehr stehen bei uns immer wieder im Vordergrund. Das ist meine Einschätzung von den Dingen. Im Grunde genommen sollten wir eines nicht vergessen – und, Frau Landeshauptmann Klasnic, auch zur Frage Lassing. Ich bin zutiefst überzeugt davon – und ich habe natürlich keinen Beweis –, aber letzten Endes, seien wir doch ehrlich, wie lange haben wir alle dahier, die Katastrophenexperten Konrad Heinzl und sein Team und alle immer wieder bei Abbrucharbeiten in der Steiermark, wo es um Lehm, Talk, Kaolin, Ton und, und gegangen ist, immer wieder erklärt, das geltende Berggesetz mit der Entmachtung der Gemeinden, mit der Möglichkeit, bis zum Haus abzubauen – Salla, Semriach, Peggau, ich will sie gar nicht alle aufzählen –, das ist eine Herausforderung des Schicksals oder was immer der Naturen. Geholfen hat alles nichts. Herr Nationalrat Kröll hat gesagt, ich bin dabei in Wien, ich mache es. Der andere, der Kräuter, hat geschrien, ich bin da schneller dabei. Und alle haben

so getan, wenn man gefragt hat, wer entscheidet eigentlich, ob das Gesetz novelliert wird, das sind die Wiener. Aber vergessen wir nicht, daß die Verantwortlichen in Wien in der Hofburg und am Ballhausplatz kaum an einer Kalkabbaustelle leben oder kaum ein Magnesitwerk in der Nähe haben oder ein Talkwerk, sondern die sind weit weg davon. Und alle haben gesagt, es muß geschehen. Ich habe in Kalsdorf bei der Eröffnung von dem Steirer-TV das gesagt. Alle haben gesagt, ja, machen wir. Geschehen ist nichts, und dann hat was Tragisches wie Lassing passieren müssen, das heute als Synonym steht für eine Naturkatastrophe, und dann auf einmal ist es gegangen. Da sind die ganzen Berghauptmannschaften, die zum Schmelzen waren – sind wir doch ehrlich, die haben doch alle mit den ganzen Firmen mitgehalten –, sind auf einmal alle aufgelassen worden. Und jetzt haben wir endlich ein Gesetz, wo einigermaßen akzeptable Entfernungsgrenzen gewährleistet sind. Ich habe es in Fürstenfeld miterlebt, ich bin beschimpft worden, wegen der Wienerberger – da haben die Häuser auch schon Risse gehabt –, das Gesetz, wir haben gegen das Gesetz verstoßen. Dann haben wir Gott sei Dank einen Vertrag gemacht. Aber letzten Endes, bitte, es muß etwas geschehen, damit etwas geschieht, und das sollte für die Zukunft vermieden werden. Wir sollten auch mit dem aufhören: „Das ist Bundessache.“ Gesetze auf Bundesebene sind nicht die Zehn Gebote Gottes, die in Stein gemeißelt sind, sondern sind Menschenwerke, die kann man ändern, nur geschehen ist nichts. Das muß man ehrlich zugeben. Und Lassing wäre nicht passiert, wenn erstens nicht kapitalistische Abbaumethoden im Vordergrund gestanden wären durch eine Firma, die weit weg ist, Rio Tinto oder wo immer, und zweitens, wenn natürliche Abbaugrenzen berücksichtigt worden wären. Wenn dort schon einmal ein Haus abrutscht, dann ist das ein Beweis, daß da etwas in Bewegung geraten ist, und das sollte nicht mehr passieren.

Und ein Letztes, Frau Landeshauptfrau, eine Bitte, die ich dahier deponieren möchte, besser gesagt, zwei Dinge. Ich habe eine Anfrage gerichtet an dich im Zuge der Beratung durch die Rechtsanwaltskammer. Ich will die Tragödie nicht zum Anlaß nehmen, um hier parteipolitisches Kleingeld zu gewinnen, das liegt mir ganz fern. Aber wenn heute eine Anwaltskammer kommt und sagt, sie macht eine Beratung für die Geschädigten, und dann stellt sich nachher heraus, daß sie für die Stunde Beratung 2000 Schilling verlangt, dann finde ich einfach, daß das hier eine Beleidigung jener ist, die hier Tragisches erlitten haben, und anderer, die gespendet haben. Und wenn ich dann höre, das kann man nicht sagen, weil Datenschutz hier wirksam wird, man kann nicht sagen, wieviel Anwälte wieviel für welche Zeit ein Geld bekommen haben. Ich bitte daher, daß man das irgendwann auf den Tisch legt. Weil, Frau Landeshauptfrau Klasnic, die Beratung hätte ich umsonst gemacht. Ich kenne mich ein bißchen aus bei diesen Sachen: Wenn man mich gefragt hätte, ich hätte es umsonst gemacht. Da hätten wir keine Anwälte gebraucht und da hätten wir kein Geld gebraucht. Du kannst ruhig so deuten, Kollegin Reinprecht, ich werde trotzdem meine Zeit ausnützen, auch wenn es dich stört. Aber es ist so, das sind Dinge, die nicht so angenehm sind.

Und ein Letztes zu Lassing. Ich habe den Eindruck, es gehört auch zum Katastrophenschutz, man hat nicht alles getan dort, um die Verschütteten zu retten. Frau Landeshauptfrau, man sollte alles tun, um möglichst rasch die Toten dort zu bergen. Es gibt Leute und es gibt Sagen in der Steiermark, die sagen, solange die Toten nicht begraben sind, die im Bergbau tätig waren oder sonstwo zu Tode kommen, so lange werden dort die Menschen nicht zur Ruhe kommen. Vielleicht kann man das beherzigen.

Und was das Katastrophenschutzgesetz betrifft, so glaube ich, Priorität hat die Vermeidung von Katastrophen, alles zu tun, damit keine Katastrophen passieren, und zweitens, wenn Katastrophen passieren, daß dann die nötigen gesetzlichen Rahmenvoraussetzungen gegeben sind und daß jene, die dazu berufen sind, Hilfe zu leisten, auch jenes professionelle Rüstzeug haben und auch die moralische und auch die charakterliche Stärke, daß sie zur rechten Zeit sagen, ich übernehme die Verantwortung und wir tun alles, damit in dem Fall Hilfe und Katastrophenschutz geboten wird. Danke! (15.43 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Als nächster zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Heibl. Ich erteile es ihm.

Abg. Heibl (15.43 Uhr): Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Ich beantrage einen Unselbständigen Entschlie-
bungsantrag, betreffend Erhöhung des Budgetpostens „Wildbach- und Lawinenverbauung“. Eingebra-
cht von den Abgeordneten Heibl, Kaufmann und Huber.

Im Bereich der Wildbach- und Lawinenverbauung existieren in der Steiermark Bauvorhaben für fertig verhandelte und bereits genehmigte Projekte in der Höhe von zirka 4 Milliarden Schilling. Um die jährlich zugesagten Bundesmittel auszunützen, ist eine höhere Dotation an Landesmitteln für diesen Budgetposten erforderlich. Derzeit sind im Rahmen dieses Budgetpostens Landesmittel in der Höhe von zirka 27 Millionen Schilling vorgesehen. Zusätzlich benötigte Mittel können derzeit nur aus dem Katastrophenfonds entnommen werden. Eine Steigerung dieser Bautätigkeit stellt einen Beschäftigungsimpuls und damit einhergehend einen Impuls für Zulieferer, Transportunternehmer und Baustoffunternehmer vor Ort dar, weil diese Vergaben nur an ortsansässige Firmen vergeben werden.

Es wird daher der Antrag gestellt: Der Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, für eine Erhöhung des Budgetpostens „Wildbach- und Lawinenverbauung“ zu sorgen, um die vorgesehenen Bundesmittel ausschöpfen zu können. Ich bitte um Annahme und Zustimmung.

Eine zweite Angelegenheit betrifft den Entschlie-
bungsantrag der Abgeordneten Bacher und Majcen, betreffend flächendeckendes, bodengebundenes Notarztrettungsdienstsystem. Wir, meine Fraktion, verlangt die getrennte Abstimmung über die Punkte eins und zwei. Beim Punkt eins werden wir dagegen-
stimmen, nicht aus inhaltlichen Gründen, sondern weil wir gegen eine Nachbedeckung sind und eine Um-
schichtung bevorzugen.

Punkt zwei werden wir unsere Zustimmung geben. (Beifall bei der SPÖ. – 15.45 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Als nächster zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Alfred Prutsch. Ich erteile es ihm.

Abg. Alfred Prutsch (15.45 Uhr): Geschätzte Frau Landeshauptmann! Herr Präsident!

Unser Vorsitzender und Kollege Franz Majcen des Unterausschusses und auch des Sicherheits-Ausschusses hat sehr ausführlich dieses neue Steirische Katastrophenschutzgesetz beleuchtet. Ich möchte nur zwei Punkte vielleicht aus der Praxis heraus ansprechen. Ich glaube, man muß hier festhalten, und das fürchterliche Grubenunglück von Lassing ist ja schon angesprochen worden von allen Rednern, daß hier wirklich die Zuständigkeit unter ferner liefen war. Lassing war natürlich ein Spezialfall, was die Zuständigkeit anlangt, weil hier das Land Steiermark eigentlich keine Zuständigkeit hatte. Und ich glaube, daß da unsere Frau Landeshauptmann als zuständige Katastrophenschutzreferentin sehr richtig gehandelt hat, weil sie eigenständig Entscheidungen hat treffen müssen und auch getroffen hat. Alle diese Entscheidungen, die sie da in Lassing getroffen hat, obwohl das nicht immer leicht war, sind mit Herz und Kompetenz getroffen worden. Das möchte ich hier festhalten. (Beifall bei der ÖVP.)

Ich darf herzlich danken dafür! Ich möchte auch eine Unterausschußsitzung anführen, wo wir – der Unterausschuß – unter Anregung der Mitglieder, auch die Einsatzorganisationen zur Anhörung eingeladen haben und wo wir wirklich wichtige Punkte diskutiert haben und auch Vorschläge eingebracht wurden, die dann in weiterer Folge auch im Unterausschuß diskutiert und zum Teil auch in das Gesetz eingeflossen sind. Und die Erfahrung zeigt mir, wenn man sehr lang in freiwilligen Organisationen tätig ist, und ich spreche hier die Freiwillige Feuerwehr an, daß sehr wohl Übungen ganz, ganz wichtig sind. Und unsere Frau Landeshauptmann und die zuständige Katastrophenabteilung haben schon, bevor die Übung gesetzlich jetzt drinnen ist, draußen in den Bezirken sehr wohl große koordinierte Übungen abgehalten. Ich denke an unseren Bezirk Radkersburg, weil man aus Übungen lernen kann und natürlich im Ernstfall oder im Katastrophenfall auch immer wieder Dinge auftauchen, die dann zu verbessern sind. Und daher glaube ich, ist es zu begrüßen, daß wirklich die Durchführung dieser Katastrophenschutzübungen im Gesetz verankert sind. Und auch aus der Praxis gesprochen, ich war bei sehr vielen Verkehrsunfällen dabei, wo man dann mit Spreitzer und Schere in den Einsatz geht, wenn Verunglückte eingeklemmt sind oder wenn es bedauerlicherweise auch Tote gibt. Daher meine ich, daß auch die psychosoziale Betreuung der Betroffenen ein wichtiger Punkt ist, aber auch für jene, die in den Einsatz gehen. Es war auch möglich, daß wir auch das in das Gesetz durch einen Abänderungsantrag aufnehmen konnten. Wenn ich von Übung spreche, wie wichtig diese ist, dann zeigt mir die Erfahrung, und ich spreche hier wirklich das Feuerwehrwesen an. Für Führungskräfte in der Feuerwehr ist eigentlich nach dem Kommandantenlehrgang und der Komman-

dantenprüfung die Ausbildung fast zur Gänze beendet, wenn es nicht zu einzelnen Nachschulungen kommt auf freiwilliger Basis. Daher meine ich, daß diese koordinierte Führung für den Ernstfall geübt werden muß. Das zeigt immer wieder der Ernstfall, daß hier die größten Schwierigkeiten aufgetreten sind. Und daher meine ich, daß wir heute wirklich einen großen Schritt weitergekommen sind, wenn wir das Steiermärkische Katastrophenschutzgesetz in dieser Fassung beschließen. Es können die freiwilligen Einsatzorganisationen damit sehr gut leben und auch die Behörden. Danke schön! (Beifall bei der ÖVP. – 15.51 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Als nächste zu Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Mag. Hartinger. Bevor ich es ihr jedoch erteile, begrüße ich die 36 Absolventen des Vorbereitungskurses für die Baudienstprüfung des Höheren und Gehobenen Baudienstes im Rahmen des Vortrages Verfassungsrecht in Begleitung der Vortragenden, Frau Regierungsrat Mag. Christine Klug. Herzlich willkommen! (Allgemeiner Beifall.)

Am Wort ist nun die Frau Abgeordnete Mag. Hartinger.

Abg. Mag. Hartinger (15.51 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Einer meiner politischen Schwerpunkte ist, wie Sie wissen, der Aufbau eines flächendeckenden Notarztwesensystems. Und es hat mich schon sehr gewundert, als ich den ursprünglichen Antrag der ÖVP zu diesem genannten Thema gesehen habe. Denn, wie Ihnen vielleicht bekannt sein dürfte, habe ich bereits am 13. Mai 1997 einen diesbezüglichen Antrag gestellt, den wir – es ist noch nicht so lange her, vielleicht hat es die ÖVP vergessen – erst im Jänner dieses Jahres behandelt und diskutiert haben. Damals ist der ÖVP dieser Antrag noch nicht eingefallen. Warum weiß ich nicht ganz, denn wenn man auch den Mündlichen Bericht hernimmt, wurde auf Grund unseres Antrages gesagt, daß den Intentionen der Antragsteller auf Grund der Stellungnahme der Landesregierung, sprich der Frau Landeshauptmann, bereits Rechnung getragen wird. Und auch aus der Stellungnahme geht hervor, daß die finanzielle Bedeckung für die nächsten Jahre eigentlich gesichert ist. Das heißt, ich habe die Intentionen jetzt für die finanzielle Bedeckung dieses flächendeckenden Notarztwesensystems, daß es notwendig wäre, nicht ganz verstanden. Zuerst sagen wir Freiheitlichen auf Grund unseres Antrages, den wir ja bereits schon 1997 gestellt haben, was eigentlich alles notwendig ist, wo noch Stützpunkte fehlen, welche Forderungen hier für ein flächendeckendes Notarztwesensystem noch umgesetzt werden müssen, und jetzt stellt die ÖVP den Antrag, daß die erforderlichen Mittel dafür bereitgestellt werden sollten.

Frau Landeshauptmann, da muß ich Sie schon fragen, schaffen Sie es nicht, sich in der Regierung durchzusetzen, diese Mittel zu bekommen für eine Sache, die Sie anscheinend sowieso umsetzen beziehungsweise sowieso schon erfüllt haben? Aber wenn Sie unsere Hilfe brauchen, stehen wir selbstverständlich gerne zur Verfügung, weil es uns ja um die Sache geht. (Beifall bei der FPÖ.) Aber – und deshalb freut es mich, daß wir noch den Punkt zwei bei diesem

Antrag dazufügen konnten – uns geht es nämlich um ein gesamtflächendeckendes Konzept für die Steiermark, und nicht um eine halbherzige Lösung, sondern daß die Hilfsfristen wirklich nur 15 Minuten dauern in der Steiermark, wie die WHO das ja auch festlegt, und nicht, wie Sie damals in Ihrer Stellungnahme sich schon mit 30 Minuten zufrieden erklärten. Uns sind diese 15 Minuten sehr viel wert, und ich nehme an, meine Damen und Herren, nachdem die SPÖ auch dem Punkt zwei zustimmt, Ihnen auch. So können wir gemeinsam alle für die restlichen drei Stützpunkte in der Steiermark, nämlich für Eisenerz, Stainach und Vorau, eintreten und das unterstützen, damit in der gesamten Steiermark ein flächendeckendes Notarztssystem mit einer Hilfsfrist von 15 Minuten wirklich gewährleistet ist. (Beifall bei der FPÖ. – 15.55 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Als nächster Redner zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Rieser. Ich erteile es ihm.

Abg. Rieser (15.55 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Frau Landeshauptmann!

In Anbetracht dessen, daß in wenigen Minuten die Dringliche aufgerufen wird, werde ich mich sehr kurz fassen. Mein Kollege Majcen hat ausführlich über dieses Katastrophenschutzgesetz gesprochen, und ich glaube, sagen zu können, daß es ein sehr gutes Gesetz ist, und wir können Frau Landeshauptmann Waltraud Klasnic, insbesondere aber der Abteilung, ein Dankeschön sagen. Ein Dankeschön allen, die hier mitgearbeitet haben, und insbesondere den Einsatzorganisationen draußen landauf und landab, die üben, die arbeiten. Es ist ein sehr gutes Gefühl, in einem Land leben zu können, wo man weiß, daß Menschen da sind, die helfen, wenn Hilfe notwendig ist. Diese Situation, meine sehr verehrten Damen und Herren, kostet natürlich auch Geld. Und zur ordnungsgemäßen Vollziehung des Steiermärkischen Katastrophenschutzgesetzes sind trotz der bereits teilweise vorhandenen Infrastrukturen in der Abteilung für Katastrophenschutz und Landesverteidigung Investitionen notwendig. Da in der Vollziehung des Gesetzes der Bezirksverwaltungsbehörde zentrale Aufgaben zugeordnet werden, sind die Voraussetzungen besonders in der Personalausstattung sicherzustellen. So wird es wie in vergleichbaren anderen Bundesländern erforderlich sein, einen Katastrophenschutzreferenten vorzusehen. In diesem Zusammenhang, meine sehr verehrten Damen und Herren, bringe ich den Entschließungsantrag gemäß Paragraph 51 der Geschäftsordnung des Landtages der Abgeordneten Rieser, Majcen, Prutsch, Dirnberger, betreffend psychosoziale und interkonfessionelle Betreuung im Katastrophenfall, ein.

Die ICE-884-Katastrophe von Eschede am 3. Juni 1998, das Grubenunglück von Lassing am 17. Juli 1998 und auch das Busunglück in Deutschlandsberg/Trahütten am 24. Jänner 1999 haben die Notwendigkeit einer institutionalisierten psychosozialen und interkonfessionellen Betreuung aufgezeigt.

Dabei geht es vorrangig nicht nur um die Betreuung der Opfer und der Angehörigen, sondern auch um die Betreuung der Helfer und jener Bevölkerung, die unmittelbar vom Geschehen betroffen ist.

Die Abteilung für Katastrophenschutz und Landesverteidigung hat einen Organisationsplan ausgearbeitet, der die Einrichtung von Kriseninterventionsteams beim Österreichischen Roten Kreuz, beim Landesfeuerwehrverband und beim Land vorsieht.

In Zusammenarbeit mit dem Pastoralamt der Diözese Graz-Seckau wird auch die interkonfessionelle Betreuung in Form eines bereits eingeleiteten Projektes aufgebaut und für Einsätze vorbereitet. Dabei wird die Einbindung aller Konfessionen angestrebt.

Diese beiden Projekte sind Beispiele, wie ein professionelles behördliches Krisenmanagement in Zukunft zu arbeiten haben wird. Für die Sicherstellung einer institutionalisierten psychosozialen und interkonfessionellen Betreuung soll die Landesregierung Vor-sorge treffen.

Es wird daher der Antrag gestellt:

Der Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, den in der Abteilung für Katastrophenschutz und Landesverteidigung begonnenen Aufbau einer institutionalisierten psychosozialen und interkonfessionellen Betreuung im Katastrophenfall fortzusetzen und die dafür erforderlichen Mittel bereitzustellen.

Ich bitte um Zustimmung und danke für die Aufmerksamkeit. (Beifall bei der ÖVP. – 16.00 Uhr.)

Präsident: Meine Damen und Herren, es ist 16 Uhr, und wir kommen nun zur Behandlung der Dringlichen Anfrage der FPÖ an Herrn Landesrat Pörtl, betreffend Auswirkungen der „Agenda 2000“ auf die Landwirtschaft. Ich erteile nun dem Herrn Abgeordneten Wiedner das Wort zur Begründung der Dringlichen Anfrage der FPÖ-Abgeordneten. Bitte, Herr Abgeordneter.

Abg. Wiedner (16.00 Uhr): Herr Präsident, Frau Landeshauptmann, meine sehr verehrten Landesräte!

Ich darf die Dringliche Anfrage gemäß Paragraph 68 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages einbringen. Die Dringliche Anfrage ist unterzeichnet von den Abgeordneten der Freiheitlichen Fraktion Mag. Bleckmann, Dipl.-Ing. Vesko, Ing. Peinhaupt, Dietrich, Ing. Schreiner, Mag. Hartinger, Wiedner, Schinnerl, List und Porta an Herrn Landesrat Erich Pörtl, betreffend Auswirkungen der „Agenda 2000“ auf die Landwirtschaft.

Die Steiermark weist die vielfältigste agrarische Produktion in Österreich auf. Die landwirtschaftlichen Betriebe prägen durch ihre Kleinstrukturiertheit die steirische Kulturlandschaft. Um eine flächendeckende Landwirtschaft unter Beibehaltung der vielfältigen Struktur in der Steiermark aufrechterhalten zu können, bedarf es einer Vielzahl von Maßnahmen, da die heimischen Bauern mit einer Vielzahl von Problemen zu kämpfen haben.

Österreichs Bauern müssen den europaweit dritthöchsten Dieselpreis bezahlen. Auf der anderen Seite bekommen die Landwirte für ihre landwirtschaftlichen Produkte aber oft nur unterdurchschnittliche Preise. So ist zum Beispiel der Milchpreis in Österreich der drittniedrigste innerhalb der EU. In manchen Bereichen können unsere Bauern nicht einmal die Produktionskosten für ihre Produkte lukrieren, wie die

Situation am Schweinefleischmarkt zeigt. Auf Bundesebene werden sinnvolle Initiativen für die in der Landwirtschaft tätige Bevölkerung, wie zum Beispiel die Anhebung des Vorsteuerpauschales von 10 auf 13 Prozent oder die Senkung des Dieselpreises, abgelehnt.

Dabei wäre dringend ein nationaler Handlungsbedarf gegeben: Täglich müssen 16 landwirtschaftliche Betriebe in Österreich ihre Produktion einstellen. Durch die beabsichtigte EU-Osterweiterung, die zusätzliche Konkurrenz durch Billigerzeuger schafft, wird sich diese bedrohliche Situation noch verschärfen.

Europaweit kam es im Februar zu Demonstrationen von Bauern, die sich durch die „Agenda 2000“, die den künftigen Finanzierungsschlüssel der EU festlegt, in ihrer Existenz bedroht fühlen. Völlig zu Recht, wie das Ergebnis, auf das sich die zuständigen EU-Agrarminister mittlerweile geeinigt haben, zeigt: Der Interventionspreis für Milch wird um 15 Prozent, die Interventionspreise für Getreide und Rindfleisch sogar um 20 Prozent gesenkt. Leicht steigende Direktzahlungen werden diese Einkommenseinbußen der ländlichen Erwerbsbevölkerung bei weitem nicht ausgleichen können.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher an Sie, sehr geehrter Herr Landesrat, nachstehende Dringliche Anfrage:

Erstens: Auf Grund der Strukturreform der EU („Agenda 2000“) wird es in der Steiermark künftig keine 5b-Zielgebiete mehr geben. Welche „Vorteile“ ergeben sich durch die Neuordnung der EU-Fördergebiete für die steirische Landwirtschaft?

Zweitens: Wie hoch ist der von den Bauern zu leistende Anteil an den Sparpaketen der Regierung?

Drittens: Im Nationalrat wurden zahlreiche Initiativen zur Verbesserung der Situation der heimischen Bauern (Senkung des Dieselpreises, Anhebung des Vorsteuerpauschales auf 13 Prozent) abgelehnt. Werden diese genannten Forderungen für die ÖVP Voraussetzung für eine Einigung bei der Steuerreform sowie den Koalitionsverhandlungen nach der Wahl sein?

Viertens: Wie groß ist der prozentuelle Anteil des Agrarbudgets landes-, bundes- und EU-weit, gemessen am jeweiligen Gesamtbudget?

Fünftens: Besteht ein Rechtsanspruch, wie er im Landwirtschaftsförderungsgesetz für Direktzahlungen besteht, auch für Landeskofinanzierungsmittel?

Sechstens: Wie sieht die Einkommensentwicklung der in der Landwirtschaft beschäftigten Steirerinnen und Steirer im Vergleich zu den anderen EU-Staaten seit 1995 aus?

Siebtens: Wie wirkt sich die neue Zielgebietsregelung der EU (europaweite Reduktion der Ziel-2-Gebiete um 18 Prozent) auf die Steiermark aus?

Achtens: Welche Auswirkungen haben die vorgeschlagenen Maßnahmen der „Agenda 2000“ auf die Landwirtschaft in den Bereichen Milch-, Fleisch- und Getreidewirtschaft?

Neuntens: Mit welchem betrieblichen Einkommensverlust muß die bäuerliche Bevölkerung in den Bereichen Milch-, Fleisch- und Getreidewirtschaft durchschnittlich rechnen?

Zehntens: Besteht für die einzelnen Mitgliedsländer der EU die Möglichkeit, im Rahmen der künftigen EU-Förderkulisse nach nationalem Erfordernis beliebig hoch Förderungen zu vergeben?

Elftens: In welcher Höhe werden in den Grenzregionen der Steiermark Mittel zur Existenzsicherung der bäuerlichen Betriebe vergeben werden?

Zwölftens: Teilen Sie den Standpunkt des, jetzt müßte man schon fast sagen ex, EU-Kommissars Dipl.-Ing. Fischler, mit den betroffenen Bauern nicht zu verhandeln, sondern wie in der jüngsten Demonstration in Brüssel sich mit Wasserwerfern verteidigen zu lassen?

13.: Haben Sie persönlich - in Verantwortung für die steirische Bauernschaft - Verhandlungen mit dem zuständigen EU-Kommissar Dipl.-Ing. Fischler bezüglich der „Agenda 2000“ geführt?

Wenn ja, mit welchen konkreten Ergebnissen oder sichtbaren Erfolgen für die steirischen Bauern?

Wenn nein, warum nicht?

14.: Würden Sie mit dem heutigen Wissen über die Entwicklung der EU im Bereich der Landwirtschaft noch einmal, so wie 1994, den heimischen Bauern ein Ja zum EU-Betritt empfehlen?

15.: Der überwiegende Teil der Kosten der EU-Osterweiterung wird durch die Reform der Strukturpolitik aus dem Agrarbudget bezahlt. Sprechen Sie sich in Anbetracht dieser Tatsache trotzdem für eine EU-Osterweiterung aus?

Wenn ja, in welchem Zeitraum und zu welchen Bedingungen?

Gemäß Paragraph 68 Absatz 4 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages wird die Abhaltung einer Wechselrede beantragt. (Beifall bei der FPÖ. - 16.07 Uhr.)

Präsident: Nunmehr erteile ich dem Herrn Landesrat Pörtl das Wort zur Beantwortung der Dringlichen Anfrage.

Landesrat Pörtl (16.08 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Ich möchte mich herzlich bedanken für die Gelegenheit, über den derzeitigen Stand der Verhandlungen der „Agenda 2000“ da im Landtag zu berichten, und möchte die Dringliche Anfrage gemäß Paragraph 68 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages von Abgeordneten der Freiheitlichen Partei Österreichs, betreffend „Auswirkungen der ‚Agenda 2000‘ auf die Landwirtschaft“, beantworten:

Meine Damen und Herren, bevor ich auf die 15 Einzelfragen eingehe, muß ich zum besseren Verständnis folgende Information voranstellen:

Die Europäische Union bildet für die Stabilität und die Sicherheitspolitik Europas eine unverzichtbare Einrichtung.

Der Beitritt Österreichs zur EU war für die österreichische und steirische Landwirtschaft eine Herausforderung im Hinblick auf die Öffnung der Märkte und der Strukturanpassung.

Die Neuordnung der Preise und Einkommensrelationen durch die Übernahme der Gemeinsamen Agrarpolitik erforderte eine totale Umstellung der österreichischen Förderpolitik.

Im fünften Jahr nach dem EU-Beitritt kann festgestellt werden, daß die erforderliche Umstellung bewältigt wurde, die versprochenen Zahlungen im Rahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik, der degressiven Übergangszahlungen und der Strukturfondshilfen in vollem Umfang geleistet wurden.

An die steirische Landwirtschaft wurden vom Jahre 1995 bis 1998 - jetzt können Sie dann auch lachen - 16,2 Milliarden Schilling, davon 6,6 Milliarden Schilling EU-Mittel, 6,3 Milliarden Schilling Bundesmittel und 3,3 Milliarden Schilling Landesmittel, an Direktbeihilfen und Zuschüssen gewährt.

Die ersten fünf Jahre in der EU waren aber auch durch zum Teil schwere Marktstörungen, wie zum Beispiel die BSE-Krise oder zur Zeit die unbefriedigende Preissituation auf dem Schweinemarktsektor, gekennzeichnet. Diese brachten auch große Schwierigkeiten für die steirische Landwirtschaft mit sich.

Jedoch ist insgesamt festzuhalten, daß ein Verbleib außerhalb der Europäischen Union für die Landwirtschaft noch größere Schwierigkeiten gebracht hätte, da beispielsweise die Umsetzung des GATT-Abkommens ausschließlich national zu tragen gewesen wäre, aber auch der EU-Markt mit rund 350 Millionen Verbrauchern weitgehend für die heimische Landwirtschaft verschlossen geblieben wäre.

Die EU-Kommission präsentierte im Jahre 1997 mit ihrer Mitteilung „Agenda 2000“ - eine stärkere erweiterte Union“ die Überlegungen der Kommission für die Zukunft der Europäischen Integration.

Diese Mitteilung umfaßte insgesamt drei Teile:

Die Politik der Union, die Erweiterung als Herausforderung und den neuen Finanzrahmen.

Im ersten Teil stellte die Kommission insbesondere Überlegungen an, wie die Unionspolitiken weiter entwickelt werden sollen, um den neuen Herausforderungen am besten zu entsprechen.

Im Mittelpunkt dieser Überlegungen stand neben der Strukturpolitik naturgemäß auch die größte Unionspolitik, die Gemeinsame Agrarpolitik. Die Hauptzielrichtung dieser Reform war die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der Landwirtschaft der Union sowohl auf dem Binnenmarkt als auch auf den Weltmärkten, eine stärkere Marktorientierung und die Vorbereitung auf die nächste Verhandlungsrunde in der WTO sowie die Vorbereitung auf die Erweiterung.

In den Verhandlungen unter britischem, österreichischem und deutschem Vorsitz ist es gelungen, für Österreich einiges zu erreichen, was den österreichischen Bauern und den ländlichen Regionen neue Perspektiven eröffnet, und vieles zu verhindern, was der österreichischen Landwirtschaft massive Probleme gemacht hätte. Es wurde erreicht, daß die ländliche Entwicklung als zweite Säule der EU-Agrarpolitik in Zukunft zur Verfügung steht. Damit kann der Sockelbetrag für Bergbauern verwirklicht, die Umweltförderung langfristig abgesichert und mit neuen ländlichen Entwicklungsprogrammen eine Ausweitung der Leistungen und deren Abgeltung ermöglicht werden.

Das neue Agrarpaket umfaßt folgende Schwerpunkte:

Bei Ackerkulturen (Getreide, Ölsaaten und Eiweißpflanzen) fällt der Interventionspreis in zwei Schritten zu je 10 Prozent, erstmals im Anbaujahr 2002/2001.

Die Direktzahlungen (Feldkulturenprämie) steigen im Gegenzug in einem Schritt von 3940 Schilling auf 4786 Schilling je Hektar.

Für Ölsaaten wird die Prämie in drei Schritten auf das gleiche Niveau wie für Getreide abgesenkt.

Die Basisrate für die verpflichtende Flächenstilllegung wird bis inklusive 2001/2002 auf 10 Prozent, dann auf null Prozent gesetzt. Der Ausgleich für die Stilllegung liegt gleich hoch wie die einheitliche Feldkulturenprämie.

Bei Rindfleisch wird der Interventionspreis in drei Schritten um insgesamt 20 Prozent gesenkt.

Die Stierprämie soll in drei Schritten bis 2002 auf 2890 Schilling, die Ochsenprämie auf 2064 Schilling steigen.

Außerdem gibt es Schlachtprämien von 1100 Schilling für Stiere, Ochsen, Milchkühe, Mutterkühe und Kalbinnen sowie von 688 Schilling für Kälber zwischen einem und sieben Monaten und einem Gewicht unter 160 Kilogramm.

Die Höchstzahl der Mutterkuhquote für Österreich bleibt bei 325.000 Stück. Die Prämie wird von derzeit 2409 Schilling (inklusive nationaler Zusatzprämie) auf 3340 Schilling aufgestockt.

Für jeden Mitgliedsstaat gibt es nationale Plafonds. Jeder Mitgliedsstaat hat einen bestimmten Betrag zur freien Verfügung (Österreich 165 Millionen Schilling), um Förderungen für männliche und weibliche Rinder aufzubessern.

Die Extensivierungsprämie steigt ab 2002 auf 550 Schilling bei der Haltung von 1,8 bis 1,4 Großvieheinheiten pro Hektar und auf 1100 Schilling bei weniger als 1,4 Großvieheinheiten.

Im Bereich der Milch bleiben bis 2003 die derzeitigen Marktordnungsregelungen (Interventionspreis für Butter und Magermilch sowie Produktionsquoten) unverändert. Ab 2003 werden die Interventionspreise in drei Schritten um 15 Prozent gesenkt. Parallel dazu wird eine Direktbeihilfe eingeführt. Zugleich werden ab 2003 die Quoten um 1,5 Prozent, das sind in Österreich 41.200 Tonnen, erhöht.

Zusätzlich erhält Österreich mit 1. April 1999 eine Umschichtung von 150.000 Tonnen D-Quote auf A-Quote.

Für Wein wird mit der „Agenda 2000“ an Stelle der geltenden 23 Verordnungen eine einzige neue Marktordnung geschaffen. Jedes Land erhält gewisse Neuauspflanzungsrechte (Österreich: eine Fläche von 737 Hektar).

Für die ländliche Entwicklung werden rund 27,521 Milliarden Schilling jährlich zur Verfügung stehen. Hier ist künftig auch die Förderung von Projekten außerhalb der strikten landwirtschaftlichen Produktion vorgesehen. Die Projekte müssen in Konnex zur Landwirtschaft stehen und einen Beitrag zum Umweltschutz beinhalten.

Die Agrarminister haben eine Agrarreform beschlossen, die in den Jahren 2000 bis 2006 Ausgaben für die Gemeinsame Marktorganisation in der Höhe von rund 4320 Milliarden Schilling vorsieht. Damit wird gleichzeitig, mit dem Ziel einer umfassenden Reform, dem Auftrag einer sparsamen Budgetierung vollinhaltlich nachgekommen. Der notwendige Ausgaberahmen liegt um 27,52 Milliarden Schilling über dem ursprünglichen Kommissionsvorschlag und entspricht damit in hohem Maße dem Ziel der realen Stabilisierung.

Die Ergebnisse der Agenda-Veröffentlichungen über den Agrarteil liegen auf dem Tisch. Es ist nach der Ausgangslage das, was in der Kompromißfindung zwischen den Mitgliedsstaaten möglich war.

Bundesminister Molterer hat als österreichischer Landwirtschaftsminister in den Verhandlungen äußerst effektiv gewirkt.

Aber ein schwieriger Weg in der Umsetzung dieses Agenda-Ergebnisses liegt noch vor uns. Alleine die derzeitige Entwicklung in der Kommission und letzten Endes die Entscheidungen von ECOFIN und die Entscheidung der Regierungschefs. Zusätzlich ist die nationale Antwort zu geben. Die Europäischen Vorschläge erfordern österreichische Antworten, wie zum Beispiel die entsprechende Berücksichtigung der Anliegen der Landwirtschaft im Zuge der Steuerreform; Abschluß der Programmplanung für den ländlichen Raum bis Mitte des Jahres und daran anschließend Programmvorlage nach Brüssel; die Einholung der Genehmigung wird insbesondere wegen der Einführung neuer Förderschwerpunkte für den ländlichen Raum und Ausbau bewährter Instrumente, wie zum Beispiel die Ausgleichszulage, zur Sicherheit für eine gedeihliche Weiterentwicklung der landwirtschaftlichen Förderinstrumente für die kommenden sieben Jahre; positiver Abschluß des bereits nach Brüssel vorgelegten ÖPUL-2000-Programms; Durchsetzung von Betriebsmittelverbilligungen, wie zum Beispiel die Senkung der Kosten für Fleischuntersuchungsgebühren.

Die vorliegenden Ergebnisse sind jedoch noch von den EU-Finanzministern und den EU-Außenministern zu bestätigen und um die wichtigen Kapitel Strukturpolitik und Finanzpolitik bis 2006 zu ergänzen. Dies wird voraussichtlich beim Europäischen Rat in Berlin am 24. und 25. März 1999 erfolgen. Daher ist der Beschluß der Agrarminister noch kein endgültig und nur im Rahmen des gesamten Abschlusses der „Agenda-2000“-Verhandlungen zu sehen.

Und jetzt zu den Fragen im einzelnen:

Zu Frage eins:

Wie bereits ausgeführt ist das Kapitel der Strukturfondsreform im Rahmen der „Agenda 2000“ noch nicht endgültig verhandelt. Die Frage der Gesamtfinanzierung der Strukturfonds beziehungsweise des Kohäsionsfonds wird noch schwierige Verhandlungen bis Berlin erfordern.

Für die steirische Landwirtschaft ist auf Grund der Agrarbeschlüsse aber jetzt schon sicher, daß das ländliche Entwicklungsprogramm für das gesamte Landesgebiet und nicht nur für die ehemaligen 5b-Gebiete zur Anwendung gelangen wird. Die Programmstellung für die Periode von 2000 bis 2006 ist der-

zeit im Einvernehmen zwischen dem Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft und dem Lande im Gange.

Die voraussichtlichen anteiligen Landesmittelerfordernisse dazu habe ich bereits im Programmplanungsjahr 2000 für den Landesvoranschlag 2000 beantragt.

Frage zwei und drei: Wie eingangs festgestellt, bedarf die Einigung auf europäischer Ebene ergänzender nationaler Maßnahmen. Dazu zählen die in der Anfrage aufgeführten Maßnahmen, die einen wesentlichen Bestandteil in Begleitung der „Agenda-2000“-Beschlüsse zur Absicherung der heimischen Land- und Forstwirtschaft bilden.

Der Beitrag der Landwirtschaft zu dem Sparpaket der Regierung liegt im wesentlichen in der nominellen Stabilisierung der Förderausgaben für die Landwirtschaft in den letzten Jahren. Mit dem 40-Milliarden-Schilling-Paket wurde für Jahre das Fördervolumen festgeschrieben, ohne Erhöhung im Rahmen der Inflation oder des Wirtschaftswachstums.

Außerdem wurde bisher vom Finanzministerium die Anpassung des Vorsteuersatzes für die pauschalierte Landwirtschaft mit Hinweis auf das Sparpaket immer wieder hinausgeschoben. Ich erwarte, daß im Rahmen der Verhandlungen um die Steuerreform nunmehr die geforderte Anpassung und gerechtfertigte Anpassung kommen wird.

Zur Wiederherstellung der Wettbewerbsfähigkeit im europäischen Vergleich ist das Modell zur Verbilligung von Dieseltreibstoff für die Landwirtschaft ein weiteres unverzichtbares Element.

Zur Frage vier: Im Zusammenhang mit den Leistungszahlungen für die Bauern kommt sehr häufig der Vorwurf, die Landwirtschaft bekomme mehr als 50 Prozent des EU-Budgets. Diese Feststellung ist nur bedingt richtig. Die EU hat nämlich nur für die beiden Bereiche Struktur- und Regionalpolitik sowie die Agrarpolitik eine gemeinsame Kasse, wofür die Mitgliedsstaaten auch einzahlen.

Im Jahre 1998 betragen die Agrarausgaben aus dem EU-Budget rund 550 Milliarden Schilling, das sind 44,5 Prozent des Gesamthaushaltes.

Unter Einrechnung der nationalen Budgets betragen die Ausgaben für Land- und Forstwirtschaft in der Europäischen Union insgesamt 960 Milliarden Schilling, das sind nur 1,99 Prozent der Summe aller Budgets der Mitgliedsstaaten und der Europäischen Union.

Bezogen auf Österreich im Jahr 1997 mit rund 28,6 Milliarden Schilling Ausgaben für die Landwirtschaft, liegt dieser Wert mit 2,1 Prozent der gesamten öffentlichen Ausgaben geringfügig über dem EU-Durchschnitt.

Der Anteil des Agrarbudgets im engeren Sinn am Gesamthaushalt des Landes beträgt in der Steiermark 2,7 Prozent und liegt damit deutlich über dem EU- und Österreichdurchschnitt. Unter Berücksichtigung der Bildungs- und Beratungsausgaben sowie des ländlichen Wegenetzes beträgt dieser Prozentsatz in der Steiermark 3,9 Prozent.

Zur Frage fünf: Ein Rechtsanspruch auf die Direktzahlungen besteht im Rahmen der EU-Vorgaben. Für Landeskofinanzierungsmittel ist dieser gegeben, soweit damit Direktzahlungen ausgelöst und bedient werden.

Zur Frage sechs: Die Einkommensentwicklung nach Hauptproduktionsgebieten war vom Jahre 1994 (dem letzten Jahr vor dem EU-Beitritt) bis zum Jahre 1997 auf Basis des Grünen Berichtes grundsätzlich auf Grund dieser statistischen Ergebnisse positiv. Durch die Rücknahme der degressiven Zahlungen ab 1996 ist der Einkommenszuwachs allerdings rückläufig. Je nach Betriebsschwerpunkten gab es aber auch Härtefälle, die von der EU-Umstellung besonders betroffen waren. Im europäischen Vergleich ist aber insgesamt diese Entwicklung durchaus beachtenswert, die wir in unserem Lande durchgestanden haben.

Zur Frage sieben: Die Zielgebietskulissen für Österreich sind in Verhandlung. Für Österreich von Bedeutung ist vor allem das Sicherheitsnetz, wonach nur eine maximale Reduktion um ein Drittel möglich ist. Auf den Beschluß der Steiermärkischen Landesregierung vom 13. Juli 1998 zur Neugestaltung der „Zielgebietskulisse“ und der „Wettbewerbskulisse“ ab 2000 wird verwiesen, wonach in Verhandlungen mit dem Bund seitens des Landes Steiermark darauf zu drängen ist, daß die Gebietsabgrenzung ausschließlich auf Grund objektiver Kriterien erfolgt, die geeignet sind, die regionalen Disparitäten innerhalb Österreichs darzustellen und es zu keiner linearen Kürzung der Fördergebiete innerhalb von Österreich kommen darf.

Das ländliche Entwicklungsprogramm - und das möchte ich betonen -, das ja steiermarkweit zum Einsatz gelangt, ist von dieser Gebietskulissendiskussion nicht betroffen.

Zu den Fragen acht und neun: Die Vorgaben der europäischen Einigung für die einzelnen Produktionssparten wurden einleitend schwerpunktmäßig erörtert. Die Auswirkungen, insbesondere auch im Hinblick auf die erwarteten Ausgleichszahlungen, können erst nach eingehender Prüfung im Detail beurteilt werden. Die Festlegungen im Bereich Milch und Fleisch werden daher, und zwar auf Rinder bezogen, eher positiv beurteilt. Im Bereich Getreide und Ölsaaten wird die Lage etwas schwieriger eingeschätzt. In diesem Zusammenhang kommt der Frage, ob durch die Forcierung der nachwachsenden Rohstoffe eine stärkere Nachfrage nach Getreide ausgelöst wird, eine ganz entscheidende Bedeutung zu. Es muß in diesem Zusammenhang davor gewarnt werden, mit unseriösen Berechnungen eine Verunsicherung der Bauernschaft zu verursachen.

Zur Frage zehn: Im Rahmen der zukünftigen Programme für den ländlichen Raum wird eine Reihe von Möglichkeiten bestehen, nationale Mittel und Landesmittel einzusetzen, wie zum Beispiel die nationale Mutterkuhzusatzprämie, Kalbinnenprämie et cetera. Die Vorgaben der entsprechenden EU-Rechtsgrundlagen beziehungsweise der Wettbewerbsbestimmungen werden jedoch wie bisher die maximal möglichen Fördersätze bestimmen.

Zur Frage elf: Mit dem zukünftigen Programm für den ländlichen Raum und mit den Strukturfondsinstrumenten (Ziel-2-neu, Interreg und LEADER) werden, wie auch schon bisher, entsprechende Förder-

mittel für die Landwirtschaft in den Grenzregionen bereitgestellt werden. An das Wirtschaftsforschungsinstitut habe ich eine Studie in Auftrag gegeben, damit entsprechende, über die allgemeine Landwirtschaftsförderung hinausgehende konkrete Vorschläge erstellt werden können.

Zur Frage zwölf: Kommissar Fischler hat nach meinen Informationen eine Delegation der demonstrierenden Landwirte empfangen und mit dieser entsprechende Gespräche geführt. Die sicherheitspolizeilichen Maßnahmen der belgischen Polizei lagen nicht im Verantwortungsbereich des Agrarkommissars.

Zur Frage 13: Die Verhandlungen mit der Europäischen Kommission werden im agrarischen Bereich von Landwirtschaftsminister Molterer geführt.

Die Strategie und die inhaltliche Linie der Verhandlungen werden in gemeinsamen Besprechungen zwischen Minister, Präsidentenkonferenz und Agrarreferenten festgelegt, in denen ich ausreichend Gelegenheit hatte, die steirischen Forderungen einzubringen.

Darüber hinaus habe ich persönlich mehrmals mit Herrn Kommissar Fischler Verhandlungen über spezifische steirische Anliegen geführt. Zuletzt war Herr Kommissar Fischler am 2. Oktober 1998 in Graz, wobei beispielsweise mit einer Delegation von steirischen Schweinebauern die Möglichkeiten der Maßnahmen auf dem Schweinesektor erörtert wurden.

Zur Frage 14: Die Mitgliedschaft in der Europäischen Union ist für ein exportorientiertes Land wie Österreich aus wirtschaftspolitischer und landwirtschaftlicher Sicht eine absolute Notwendigkeit, um weiterhin an der allgemeinen Wohlstandsentwicklung teilhaben zu können.

Wenn wir nicht der EU beigetreten wären, dann hätte die GATT-Verpflichtung ähnliche Erzeugerpreissenkungen gebracht, wie sie durch den Beitritt eingetreten sind. Nur für die Ausgleichszahlungen wären dann die nationalen Mittel nicht zur Verfügung gestanden, denn die wären für die Wirtschaft benötigt worden, die durch die schlechten Wettbewerbsbedingungen – wir wissen, wie diese Bedingungen in den GATT-Bestimmungen festgelegt sind, kein freier Zugang zum Binnenmarkt, eine ganz entscheidende markante Grundlage neben den sicherheitspolitischen Fragen für diese Einstellung – in massive Turbulenzen gekommen wäre.

Einerseits ist EU-Agrarpolitik im Rahmen der WTO die einzige Chance, das europäische Modell der Landwirtschaft zu bewahren.

Andererseits bietet die Mitgliedschaft Österreichs die Möglichkeit, an der Gemeinsamen Agrarpolitik mitzuwirken, wie dies beispielsweise die Verhandlungen zur „Agenda 2000“ gezeigt haben. Die im Rahmen der „Agenda-2000“-Verhandlungen erzielten Ergebnisse hätten ohne Mitgliedschaft Österreichs nicht in dieser Form erzielt werden können beziehungsweise hätte man als Drittland außerhalb der Europäischen Union schwere Nachteile zu ertragen gehabt.

Zur Frage 15: Es ist festzuhalten, daß das EU-Budget in der sogenannten Rubrik eins ausschließlich die Finanzierung der Gemeinsamen Agrarpolitik und des ländlichen Raumes beinhaltet. In Rubrik zwei sind die Mittel für die EU-Strukturpolitik enthalten. Nach den Vorschlägen der EU-Kommission sind eigene Posi-

tionen für die Erweiterung reserviert. Ein Zusammenhang zwischen dem Budget für die Gemeinsame Agrarpolitik und den Kosten für die Erweiterung besteht nicht unmittelbar.

Zur Osterweiterung verweise ich auf eine Position, die der Landwirtschaftsbeirat einstimmig anlässlich der Beschlußfassung des Grünen Berichtes 1996/1997 gefaßt hat. Diese lautet: Der Landwirtschaftsbeirat spricht sich aus, für lange Übergangsregelungen, speziell zur Sicherung des bisher erreichten Standes der Europäischen Einigung, da bei Vollbeitritt von den mittel- und osteuropäischen Ländern der gesamte EU-Rechtsbestand, einschließlich der Gemeinsamen Agrarpolitik und der Wettbewerbsregeln, zu übernehmen ist. Dieser Beirat spricht sich gegen eine radikale Änderung der Gemeinsamen Agrarpolitik unter Hinweis auf die Osterweiterung aus. Ebenfalls für GATT-konforme agrarpolitische Regelungen, die eine Öffnung der EU nach Osten möglich machen, ohne die Leistungsfähigkeit der familienbezogenen, kleinstrukturierten bäuerlichen Agrarstrukturen der Steiermark zu gefährden. Er spricht sich gegen eine Einbeziehung der MOEL-Länder – das ist also diese klassische Abkürzung – in die Ausgleichszahlungen im Bereich der Marktordnung, da die MOEL vom höheren Preisniveau in der EU ohnehin profitieren werden. Er spricht sich für die Sicherstellung und den verpflichtenden Ausbau der Förderung in den Berggebieten und den sonstigen benachteiligten Gebieten vor erfolgter Osterweiterung aus. Ebenfalls sprechen wir uns aus für die Unterstützung der Umstrukturierung der mittel- und osteuropäischen Länder in Richtung einer umweltfreundlichen Produktion und die Verwendung erneuerbarer Energieträger bereits vor erfolgtem Beitritt, für die Einführung von Produktionsquoten und Mengenregulierungen, zum Beispiel Milchquoten, in den MOEL vor ihrem Beitritt, für administrierbare und effiziente Schutzklauseln und -vorkehrungen zur Sicherung der kleinbäuerlichen Produktionsvielfalt der heimischen Landwirtschaft, für die Förderung der grenzüberschreitenden Verflechtung zum Abbau grenzbedingter Entwicklungsbarrieren und rechtzeitige Vorbereitung der mittel- und osteuropäischen länderangrenzenden Lagen im Rahmen eines integrierten Grenzlands Sonderprogramms.

Diese Position, die ich bei dieser Beiratssitzung als gemeinsame Position in dieser Frage Osterweiterung vorgetragen habe, ist meine persönliche und die der Vertreter der politischen Parteien in diesem Gremium. Ich danke für die Aufmerksamkeit und möchte damit meine Beantwortung abschließen. (Beifall bei der ÖVP. – 16.35 Uhr.)

Präsident: Ich eröffne nunmehr die Wechselrede und weise auf Paragraph 68 Absatz 5 unserer Geschäftsordnung hin, wonach die Redezeit höchstens 20 Minuten beträgt. Zu Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Dietrich, der ich es erteile.

Abg. Dietrich (16.36 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, Hoher Landtag, meine Damen und Herren!

Stellen Sie sich einmal folgendes Szenario vor: Eine große Stadt irgendwo auf der Welt, 40.000 bis 50.000 Berufskollegen, die demonstrieren, demon-

strieren gegen existenzbedrohende Maßnahmen, und der zuständige Minister schützt sich hinter einem Stacheldrahtverhau, läßt Wasserwerfer einsetzen gegen die Demonstranten. (Landesrat Pörtl: „Das ist nicht wahr. Die belgische Polizei hat das gemacht!“) Wie auch immer, Herr Landesrat, es hat stattgefunden. Und es werden auch gepanzerte Wagen verwendet, damit die Minister, damit die Regierenden vor der aufgebrachten Masse geschützt werden. Woran erinnern Sie das? Mich erinnert das an die ehemalige UdSSR, und nicht an eine EU, wie es so schön heißt, wo der Bürger noch ein Recht hat, wo der einzelne Mensch noch einen Stellenwert hat. Das ist genau die EU, gegen die wir gekämpft haben. (Beifall bei der FPÖ.)

Ich hätte mir vom Herrn Kommissär erwartet, daß er das Rückgrat besessen hätte (Abg. Schinnerl: „Er hat ein Rückgrat wie ein Feuerwehrschauch!“) und sich vor seine Bauern hingestellt hätte, denn immerhin ist er Bauernvertreter, und nicht so ein Vertreter, und mit Ihnen über die anstehenden Probleme gesprochen hätte.

Aber zur Zeit gibt es ja keine Kommissäre mehr, denn die Kommission scheint in dem Sumpf, den sie sich aufgebaut hat, selbst schön langsam zu ersticken. (Beifall bei der FPÖ.)

Eines steht fest, die Stimmung unter Österreichs Bauern ist fünf Jahre nach dem Beitritt auf dem Nullpunkt angelangt. Und jeder, der in letzter Zeit einmal auf einem Bauernstammtisch war, der hört nicht mehr Fragen, wie werden sich die Preise entwickeln oder was werden wir im nächsten Jahr anbauen, welche Investitionen werden wir machen. Es gibt eine zentrale Frage, und die lautet: „Wann kann ich wie schnell aufhören? Wann kann ich endlich in Pension gehen? Wie werde ich die Zeit bis dorthin überbrücken?“ Und, Herr Landesrat, ich glaube, das, was der Eisberg für die Titanic war, das ist die Agenda für unsere Bauern. Noch etwas, wenn Sie schon glauben, wir Freiheitlichen, wir malen dieses Horrorszenario, so habe ich in der letzter Zeit Zitate, Aussagen von ÖVP-Bauernfunktionären gesammelt, und da möchte ich den niederösterreichischen Bauernbunddirektor Johann Penz zitieren, der etwa meint: „Fischlers Reformvorhaben haben so viel Tiefgang, daß sie damit gleich die europäischen Bauern wegreformieren werden.“ „Und wer solche Feinde hat“ – meint er abschließend –, „der braucht keine Freunde mehr.“ Und das sollte schon zum Nachdenken geben, wenn eigene ÖVP-Funktionäre solche Aussagen treffen. Ich glaube, die Agenda ist eine Summe von Maßnahmen, die die Bauern zu Subventionsempfängern degradiert. Die Forderungen der Gesellschaft an die Landwirtschaft sind vielfältig, ich glaube, schon zu vielfältig. Die Bauern sollten zu Weltmarktpreisen produzieren, umweltschonend, dann wäre es allen noch recht ein Familienbetrieb, kleinstrukturiert, nur keine Agrarindustrie und vieles andere mehr, Widersprüche in sich. Denn produzieren zu Weltmarktpreisen, das bedeutet: Fixkostendegression, größere Bestände, das ist der Schritt in die industrielle Landwirtschaft, auf Kosten von Umwelt und auf Kosten von Arbeitsplätzen. Und ich verstehe überhaupt nicht, warum es da immer heißt, wir müssen zu Weltmarktpreisen produzieren, wenn nur 10 Prozent der weltweiten

Lebensmittel durch den Weltmarkt gehandelt werden. Es kann doch nicht sein, daß die Ernährung, die Kulturlandschaft, die bäuerlichen Arbeitsplätze dem Gewinnstreben multinationaler Konzerne unterworfen werden.

Uns sind die Bauern wichtig, und wir kämpfen gegen diese Form der Bauernpolitik, weil wir der Meinung sind, das ist der falsche Weg. (Beifall bei der FPÖ.) Herr Landesrat, und selbst wenn du meinst, so habe ich es deinen Ausführungen entnommen, insgesamt ist das Ganze ja eher positiv zu bewerten, so muß ich schon sagen, daß der Landeskamerad Gruber zum Beispiel eine Aussendung gemacht hat, wobei er angibt, daß sein derzeitiger Milchpreis von 4,70 Schilling nach der Agenda – wenn das zum Tragen kommt – auf 3,50 Schilling sinken wird und er die Zukunft in dieser Milchproduktion bei weitem nicht so rosig sieht, wie du es vorgegeben hast. Und wenn wir schon bei der Milch sind, dann möchte ich nicht vergessen, auch anzuführen, daß Österreich einen der niedrigsten Milchpreise hat. Italien, Schweden, Dänemark, Holland, die haben viel höhere Milchpreise. Sie haben die Aufgaben erfüllt, die wir immer wieder vor dem EU-Beitritt eingefordert haben.

Aufgaben nämlich, daß nicht viele Anbieter am Milchmarkt sind, sondern daß das konzentriert wird, daß man positive Ergebnisse für die Bauern heraushandeln kann. Aber wir Österreicher mit diesem Horuck-Beitritt haben das leider alles verabsäumt.

Was das Rindfleisch betrifft, so wird man auch von einem derzeitigen Erzeugerpreis von 38 Schilling auf 30 Schilling fallen. Experten befürchten, daß es noch mehr in die Tiefe gehen wird. Und bei Getreide haben wir schon gehört, wie die Auswirkungen sind.

Meine Damen und Herren, die Agenda hat vernichtende Auswirkungen auf die Bauern, und darin sind sich die Bauernvertreter einig. Ich zitiere den Knittelfelder Kammerobmann Matthias Kranz, der in der Zeitung schreibt: „So kann es nicht weitergehen, ein ökologischer Wahnsinn, ein ökologischer und ökonomischer Wahnsinn!“ Er spricht von einer „Verknechtung der bäuerlichen Berufsgruppe und daß Bauern zum Bittsteller der Nation degradiert werden“. Und er fordert – das habe ich schon mit großer Aufmerksamkeit gelesen – „die verfassungsmäßige Verankerung aller Ausgleichszahlungen von Land sowie Bund“.

Und da muß ich sagen, wir haben vor einigen Monaten einen diesbezüglichen Antrag eingebracht, welcher niedergestimmt wurde. Jetzt ist ein ÖVP-Funktionär hier und fordert via Medien – ich kann dir dann den Artikel geben – genau das, was wir eigentlich auch schon gefordert haben. Da frage ich mich schon, in welcher Richtung oder auf wieviel Ebenen wird hier eigentlich Politik betrieben.

Ein anderes Beispiel: CDU-Minister Martin Prick aus Mecklenburg-Vorpommern, ein Tierarzt, sagt sogar dezidiert: „Wäre die Agenda eine Kuh, würde man sie schlachten!“ Ich glaube, er hat mit dieser Aussage sehr recht, denn die Agenda ist das falsche Instrumentarium für unsere Bauern, es ist ein vernichtendes Instrumentarium, und wir alle sind aufgefordert mitzuwirken, daß die Katastrophe verhindert wird. (Beifall bei der FPÖ.)

Ich habe eingangs schon gesagt, was der Eisberg für die Titanic, das ist die Agenda für die Bauern. Ich glaube, jeder Agrarfunktionär – auch du, Herr Landesrat –, jeder, der nur die geringste Möglichkeit hat, am Steuerrad mitzudrehen und diese Katastrophe zu verhindern, ist aufgefordert, auch mitzuhelfen und seine Kraft dafür einzusetzen, daß der Untergang verhindert wird. (Beifall bei der FPÖ.)

Ich bringe nun den Unselbständigen Entschliebungsantrag gemäß Paragraph 51 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages der Abgeordneten Peinhaupt, Dietrich, betreffend Maßnahmen gegen das „Bauernsterben“, ein.

Begründung: Die Landwirtschaft befindet sich derzeit in einer akuten Krisensituation. Prognostizierte Einkommensverluste bis zu einem Drittel treiben die Bauern, die in den letzten Jahren ohnehin keine gerechten Löhne erhalten haben, an den Rand ihrer Existenz. Ständig sinkende Produktionserlöse bei gleichbleibenden oder sogar steigenden Produktionskosten lassen die Einkommensschere zu Lasten der Landwirte immer weiter auseinanderklaffen. Die in Aussicht gestellte Abhilfe dieser sich in den letzten Jahren verschärfenden Situation durch eine gemeinsame europäische Agrarpolitik entpuppte sich als herbe Enttäuschung. Heute werden die Erweiterungsbestrebungen der Europäischen Gemeinschaft von einer Konsolidierung der Agrarmittel abhängig gemacht. Durch eine rigorose Reduzierung der Agrarmittel soll die EU-Osterweiterung finanzierbar werden. Daß man auf europäischer Ebene schon längst sein „Bauernopfer“ gefunden hat, beweist der Umstand, daß täglich sechs landwirtschaftliche Betriebe ihren oft über mehrere Generationen hinweg geführten Bauernhof aufgeben müssen.

Es wird daher der Antrag gestellt, der Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, an die Bundesregierung heranzutreten, erstens die Einführung des Grünen Diesels für die Landwirtschaft auf Basis des derzeitigen Heizölpreises vorzunehmen, zweitens die Vorsteuerpauschale von 10 auf 13 Prozent anzuheben, drittens eine Vorruhestandsregelung für Betriebsführer landwirtschaftlicher Betriebe einzuführen, viertens von einer neuerlichen Einheitswerterhöhung Abstand zu nehmen sowie eine generelle Streichung der bestehenden Einheitswertzuschläge vorzunehmen, fünftens die geltende Pauschalierungsverordnung dahin gehend abzuändern, daß die Arbeitskraft von der Bemessung ausgenommen ist und die Wertanpassung rückwirkend bis 1974 zugerechnet wird, sechstens vom fiktiven Ausgedinge Abstand zu nehmen, siebentens die fünfjährigen Rückzahlungsverpflichtungen im Falle des Verstoßes gegen laufende Umweltprogramme zu beseitigen, achtens die Renationalisierung der landwirtschaftlichen Einkommenspolitik (weniger Geld nach Brüssel, mehr Geld direkt an die Bauern) anzustreben, neuntens Maßnahmen zu treffen, damit der durch die „Agenda 2000“ verursachte Einkommensverlust der bäuerlichen Betriebe zu 100 Prozent durch nationale Mittel abgedeckt werden kann. (Beifall bei der ÖVP. – 16.47 Uhr.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Riebenbauer. Ich erteile es ihm.

Abg. Riebenbauer (16.47 Uhr): Herr Präsident, meine geschätzten Damen und Herren!

Immer, wenn es um die Probleme der Bauern in der Steiermark, in Österreich und im gesamten EU-Gebiet geht, werden die Diskussionen sehr heiß, wird ange-regt diskutiert und wird versucht, irgend jemanden die Schuld in die Schuhe zu schieben, und wird versucht, ein Bauernopfer zu finden. Wenn die Frau Abgeordnete Dietrich vorher unsere Bauernvertreter zitiert hat, dann bin ich eigentlich stolz, denn anscheinend sind sie die Gescheiterten und ihr habt keine, die ihr zitieren könnt. So schaut es in Wahrheit wirklich aus. (Abg. Schinnerl: „Riebenbauer!“) Du, höre einmal zu, was ich sage.

Wenn du sagst, in den Bauernversammlungen wird eigentlich überhaupt nur mehr diskutiert, wer wann am schnellsten aufhört, dann kann ich sagen, ich war am Freitag bei einem Schweinefachtag im Bezirk Hartberg, wo mindestens 200 Bäuerinnen und Bauern anwesend waren. Selbstverständlich haben sie diskutiert, selbstverständlich haben sie Fragen gestellt, meine geschätzten Damen und Herren. Aber unsere Bäuerinnen und Bauern wollen eine Hilfe fürs Weiter-machen, und nicht ein Rezept fürs Sterben, wie ihr es immer macht's, das möchte ich klar und deutlich sagen. (Beifall bei der ÖVP.) Sterbehilfe habts ihr in eurem Unselbständigen Antrag drinnen, ganz klar.

Und wenn ihr immer wieder sagt's, unsere Leute bemühen sich nicht, ich habe da eine Unterlage, wo im „Kurier“ drinnengestanden ist – und ich hoffe, daß das wahr ist –, daß ein gewisser Herr Ing. Reichhold, angeblich soll der im Europäischen Parlament sein, 100.000 Schilling Strafe bezahlt habe, weil er viel zu wenig anwesend war, da sieht man eigentlich, wie ernst eure Leute die Landwirtschaft nehmen und wie ernst sie Vertreter sind. Sie sind zu wenig anwesend und müssen dafür Strafe zahlen. (Abg. Schinnerl: „Bei euch wäre es gescheiter, wenn ihr nicht so oft anwesend sein würdet!“) Unsere Bauernvertreter, meine geschätzten Damen und Herren, sind Tag und Nacht unterwegs, und sie helfen den Bäuerinnen und Bauern. Und das möchte ich schon ganz deutlich sagen. Du verstehst von der Landwirtschaft sowieso nichts.

Wir haben versucht, auch den Bauern Mut und Hoffnung zu geben. Wir haben in der Steiermark für diese Programmperiode von 1995 bis 2000 1,2 Milliarden Schilling für 5b-Projekte zur Verfügung. Wir werden diese 1,2 Milliarden Schilling ausnützen. Unsere Bäuerinnen und Bauern versuchen gemeinschaftlich, Projekte zu machen.

Unsere Bäuerinnen und Bauern versuchen, den Arbeitsplatz „Bauernhof“ abzusichern. Sie resignieren nicht, sondern sie schöpfen immer wieder Hoffnung. Das möchte ich in diesem Bereich auch klar sagen. (Beifall bei der ÖVP.)

Eines war für mich auch noch interessant: Großer Wahlerfolg – erkennen wir an – von Haider in Kärnten. Sehr viele Versprechungen für die Bauern. Und genau heute vor einer Woche, um 19 Uhr abends, höre ich im Radio – es geht um die Ressortverteilung in Kärnten –

mit Bestürzung, daß Haider sagt, na ja, das Landwirtschaftsressort will er nicht übernehmen. (Abg. Schinnerl: „Alles kannst du ÖVP nicht wegnehmen!“) Anscheinend fürchtet er sich vor seinen eigenen Versprechungen und Forderungen, die er gemacht hat. Zuerst den Bauern alles versprechen und dann fallen lassen wie einen heißen Erdapfel, darauf können wir verzichten! (Beifall bei der ÖVP. – Präsident Abg. Dipl.-Ing. Vesko: „Auf was wollt ihr denn verzichten? Ihr habt ja nichts mehr, auf was ihr verzichten könnt!“) Wir können auf solche Forderungen und Versprechungen verzichten, Herr Präsident! (Abg. Schinnerl: „Mach weiter!“)

Jawohl, ich schaue, daß ich mein Programm herunterbringe, ich muß schauen, wieviel Zeit ich noch habe.

Ein Zweites, unser Landesrat Pörtl hat zweimal vergeblich versucht, in die Regierung Anträge einzubringen, die wir gestellt haben. Es geht vor allen Dingen um den Zuschuß für unsere Jungübernehmer. Mehrheitlich zurückgestellt. Einmal, zweimal, dreimal. Ja, meine geschätzten Damen und Herren, hier können Sie unseren Bauern Hilfe geben. Schaut doch endlich, daß dem zugestimmt wird und daß verwirklicht wird, daß unsere jungen Übernehmer einen Zuschuß kriegen und daß sie am Hof mitarbeiten können auch in Zukunft. (Beifall bei der ÖVP. – Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Wieso habt ihr es nicht abstimmen lassen?“) Weil ihr es mehrheitlich nicht gewollt habt. (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Nein, lieber Freund, das ist unrichtig!“) Ein Drittes, es geht um die Senkung der Beschauggebühren. Der Landesrat wird es dir dann schon sagen. (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Ist es abgestimmt worden?“)

Kosten senken ist eine der wenigen Möglichkeiten, wo wir selbstverständlich unseren Bauern helfen können. Aber auch da gibt es keine Zustimmung. Wir haben gesagt, wir suchen nach Möglichkeiten, um die Kosten und die Beschauggebühren zu senken. Und dann geht man hinten durchs Land und sagt, die ÖVP will die Tierärzte umbringen. Wir wollen keinen Tierarzt umbringen, aber wir wollen auch die Bauern erhalten. Man muß sich einmal klar sein, sind wir für die Tierärzte oder sind wir für die Bauern. In erster Linie bin ich Bauernvertreter, das sage ich klar und deutlich. (Beifall bei der ÖVP. – Abg. Porta: „Ihr habt ja das Bauernsterben verursacht, also sterben die Tierärzte indirekt dann mit!“) Ja, das stimmt, da hast du recht, Tierärzte sterben indirekt mit, aber zuerst muß einmal der Bauer seine Arbeit haben, muß der Bauer sein Einkommen haben, dann wird auch der Tierarzt leben, und deine Sorge ist sicher unbegründet. Parteipolitik auf dem Rücken der Bauern zu betreiben, dagegen wehre ich mich. (Abg. Porta: „Das macht ihr überhaupt nicht!“) Die Bauern wollen, daß wir ihnen helfen. Und dieses Miesmachen, dafür tragt ihr auch Mitverantwortung, weil ich sage das nochmals. (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Seit 50 Jahren Parteipolitik auf dem Rücken der Bauern, seit 50 Jahren macht ihr das!“) Jawohl, das glaubst du! (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Schau dir den Bauernstand an!“) Bitte? Es gibt noch immer bewirtschaftete Bauernhöfe. Herr Landesrat, warum rennst denn jetzt davon, kennst dich nicht aus bei der Landwirtschaft? Es gibt noch immer sehr viele bewirtschaftete Bauern-

höfe, und es gibt auch junge Bauern, die Hoffnung haben. Aber wir sind nicht dazu bereit, und wir geben uns dazu nicht her, daß wir den bäuerlichen Berufsstand zu Tode verunsichern. Ich sage noch einmal, wir wollen ihnen helfen, wir versuchen, das Beste zu erreichen.

Selbstverständlich, meine geschätzten Damen und Herren, ist diese „Agenda 2000“ für uns alle nicht einfach. Es geht um die Finanzierung des zukünftigen Agrarprogramms von 2000 bis 2006, und wir kennen die Mehrheiten im europäischen Parlament, und wir kennen die Mehrheiten in den anderen Institutionen, und selbstverständlich hätten wir noch gerne mehr herausgeholt, aber Mehrheiten anscheinend haben etwas anderes gewollt. (Präsident Abg. Dipl.-Ing. Vesko: „Wir haben uns nicht fragen getraut!“) Ihr seid da draußen fraktionslos, soweit ich informiert bin, und habt leider Gottes nicht den Einfluß, den ihr gerne hättet. Aber das ist natürlich ein anderer Kaffee. (Abg. Ing. Peinhaupt: „Der Bauch vom Fischler muß erhalten bleiben!“)

Ich möchte klar und deutlich sagen, es ist ein Programm für die Landwirtschaft für die nächsten sechs Jahre. Es muß die Finanzierung sichergestellt werden, es muß das Programm sichergestellt werden. Es ist ein beinhardter Kampf, ist ganz klar, wir wissen das. Und es wird dann bei der nächsten Gelegenheit dann immer wieder uns Bäuerlichen, ob das der Minister ist, ob das der Landesrat ist, ob das Fischler ist, vorgeworfen: „Ja, um Gottes Willen, 50 Prozent des EU-Agrarbudgets kriegen die Bauern!“ Mit diesen falschen Zahlen, meine geschätzten Damen und Herren, wird die nichtbäuerliche Bevölkerung verunsichert. In Wahrheit sind es maximal 2 Prozent, was das EU-Agrarbudget überhaupt ausmacht. Alles andere sind falsche Zahlen, das ist Verunsicherung, es sind 2 Prozent und nicht mehr. In diesem gesamten Maßnahmenpaket, das ein Kompromiß ist, ist selbstverständlich manches Positive drinnen. Ich gebe bewußt auch zu, daß manches, was wir gerne hätten, auch nicht erreicht wurde, das ist ganz klar, so fair sind wir auch. Aber jetzt haben wir die Hausaufgaben zu stellen. Es geht um die Kofinanzierung auf Bundesebene, es geht um die Kofinanzierung auf Landesebene, es geht darum, daß wir im Budget 2000 die Mittel, die wir brauchen, sicherstellen. Und da wird sich dann zeigen, wer wirklich den Bäuerinnen und Bauern in der Steiermark hilft. Dann werden wir sehen, wer ernstlich Unterstützung gibt. (Abg. Ing. Peinhaupt: „So wie beim ländlichen Wegebau! So wie beim ländlichen Wegebau, den ihr abgelehnt habt!“) Ja, selbstverständlich, die Freiheitlichen machen es sich ja am einfachsten. (Abg. Mag. Bleckmann: „Ihr tragt die Verantwortung!“) Fordern, fordern, fordern, keinem Budget zustimmen, keine Verantwortung tragen, aber groß reden. Das ist das leichteste, das kann jeder Schulbub! (Abg. Mag. Bleckmann: „Ihr tragt die Verantwortung, aber es geschieht nichts!“ – Beifall bei der ÖVP.) Fordern, fordern, keinem Budget zustimmen, nichts sagen, nicht ja und nicht nein, aber kritisieren, das ist das leichteste, was man überhaupt tun kann. (Abg. Mag. Bleckmann: „Weil nicht die richtigen Sachen drinnenstehen. Das tut euch weh, das ist es. Das tut euch weh, daß ein bißchen kritisiert wird an den schlechten Programmen, die ihr macht!“) Nein. Wirklich? Und

dann zitiert ihr unsere Bauernvertreter, das ist das Interessante für mich! Anscheinend fällt euch selbst nichts ein. Das ist aber auch eine schwache Meldung. (Abg. Schinnerl: „Wir werden bald keine Bauern mehr haben!“)

Und um die Kofinanzierung sicherzustellen, meine geschätzten Damen und Herren, möchte ich im Rahmen dieser Dringlichen Anfrage den Entschließungsantrag gemäß Paragraph 51 der Geschäftsordnung der Abgeordneten Riebenbauer, Alfred Prutsch, Ing. Kinsky, Rieser und Pußwald einbringen, betreffend die Umsetzung der Ergebnisse der „Agenda 2000“-Verhandlungen.

Im Zuge der Beschlußfassung der „Agenda 2000“ ist es Österreich gelungen, einige Punkte positiv zu erledigen, denen andere Mitgliedstaaten zunächst negativ gegenüberstanden.

Bei den Verhandlungen wurde erreicht, daß die ländliche Entwicklung als zweite Säule der EU-Agrarpolitik in Zukunft zur Verfügung steht. Damit kann der Sockelbetrag für Bergbauern verwirklicht werden und ist die Umweltförderung langfristig abgesichert. Mit neuen Programmen ist eine Ausweitung der Leistungen und deren Abgeltung möglich.

Bei den Marktordnungen konnte die Fortführung der Milchquote sowie der Ausgleichsmaßnahmen gesichert und insbesondere erstmals eine Prämie für Milchkuhe erreicht werden. Bei den männlichen Rindern und bei den Mutterkühen konnten die österreichischen Quoten in vollem Umfang erhalten und die Prämien ausgebaut werden. Vor allen Dingen die Erhaltung der Milchquote war für uns eine wesentliche Voraussetzung, damit die bäuerliche Bewirtschaftung in den Grünlandflächen sichergestellt wird.

Die Fixierung einer integrierten Politik für den ländlichen Raum ist der richtungweisendste Schritt des Reformpaketes. Es enthält eine Reihe wichtiger Maßnahmen, mit denen Österreich die Ökologisierung der Landwirtschaft weiter verfolgen, Benachteiligungen im ländlichen Raum abbauen, Wirtschaftsimpulse geben und Spielräume schaffen kann.

Um die Existenz der steirischen Bauern in Zukunft zu sichern, ist die Umsetzung eines umfassenden nationalen Programms auf Landes- und Bundesebene unbedingt erforderlich. Es wird daher der Antrag gestellt, der Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, erstens folgende Maßnahmen in die Wege zu leiten: ausreichende Bereitstellung von Landesmitteln für die nationale Kofinanzierung von EU-Mitteln, ausreichende Bereitstellung von Landesmitteln für ergänzende nationale Maßnahmen, wie zum Beispiel österreichische Kalbinnenprämie und Mutterkuhzusatzprämie, rasche Erstellung der Programme für die ländliche Entwicklung, Sicherung der dafür notwendigen Mittel sowie Schaffung der erforderlichen Abwicklungsstruktur, Sicherstellung der Finanzierung für die ländliche Wegeerhaltung, ergänzende Landesförderung für Milchhygieneprogramme und Milchqualitätsuntersuchungen, die Gewährung eines Zuschusses zu den Sozialversicherungsbeiträgen für hauptberuflich beschäftigte Angehörige in der Land- und Forstwirtschaft, landesspezifische Marketingmaßnahmen; zweitens an die Bundesregierung mit dem Ersuchen heranzutreten, um folgende Maßnah-

men zu erwirken: Anhebung des Vorsteuerpauschales in der Land- und Forstwirtschaft auf 12 bis 13 Prozent, Verbilligung des in der Landwirtschaft verwendeten Diesels, keine Einheitswerterhöhung und Senkung der Einheitswertzuschläge ausreichende Bereitstellung von Bundesmitteln für die nationale Kofinanzierung von EU-Mitteln, ausreichende Bereitstellung von Bundesmitteln für ergänzende nationale Maßnahmen, wie zum Beispiel österreichische Kalbinnenprämie und Mutterkuhzusatzprämie, rasche Erstellung der Programme für die ländliche Entwicklung und Sicherung der dafür notwendigen Mittel, Beschränkung der Rückzahlungsverpflichtung bei Verfehlungen im Rahmen der laufenden Umweltprogramme auf das jeweilige Antragsjahr.

Ich ersuche, diesem Entschließungsantrag bitte zuzustimmen. Danke für die Aufmerksamkeit! (Beifall bei der ÖVP. - 17.01 Uhr.)

Präsident: Als nächster Rednerin erteile ich der Frau Abgeordneten Kaufmann das Wort.

Abg. Kaufmann (17.01 Uhr): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Nach monatelangen Diskussionen steht auf wackeligen Füßen, denn sie ist ja noch nicht abgesegnet, der schwierigste Teil der „Agenda 2000“ – so wurde er von den Verhandlern genannt –, der landwirtschaftliche Teil. Die Bauern haben sich im wahrsten Sinne des Wortes mit Händen und Füßen dagegen gewehrt, bei Demonstrationen in ganz Deutschland und auch in den übrigen EU-Staaten. Es ist für mich verständlich, es war aber leider vergeblich. Auch der Bauernbund hat einige verdiente Funktionäre zum Demonstrieren nach Brüssel geschickt. Und noch vor 14 Tagen haben junge Bauern vor dem Kanzleramt und vor dem Finanzministerium gegen die Agenda demonstriert. Beide Gruppen, jene, die nach Brüssel gefahren sind, und jene, die in Wien demonstriert haben, werden spätestens am Donnerstag in der Früh gewußt haben, daß sie am falschen Ort demonstriert haben. Der richtige Platz für diese Demos wäre vor dem Landwirtschaftsministerium gewesen (Beifall bei der SPÖ.), denn verhandelt hat Minister Molterer, und nicht der Kanzler, und nicht der Finanzminister, verhandelt und dabei kläglich versagt hat Minister Molterer. Kaum eine österreichische Forderung – und da befinde ich mich nicht das erste Mal mit dem Landesrat Pörtl nicht einer Meinung – ist in dem Papier berücksichtigt worden, von den Forderungen, die wir als sozialdemokratische Bauern gestellt haben. (Landeshauptmann Klasnic: „Der Herr Bundeskanzler muß diese Agenda ablehnen. Bitte geben Sie ihm diese Meldung weiter!“) Das ist immer so billig, und daß Sie das als Landeshauptfrau auch noch machen, das Ballerl hin- und herschupfen. Ja, wer hat denn draußen verhandelt, wer war denn der Verhandler, war da ein Kanzler draußen, war da ein Finanzminister draußen? (Beifall bei der SPÖ.)

Landwirtschaftsminister Molterer mußte für die Bauern verhandeln draußen und hat dabei kläglich versagt. (Beifall bei der SPÖ. – Landeshauptmann Klasnic: „Der Landwirtschaftsminister hat vorbehaltlich der Zustimmung des Finanzministers verhandelt!“)

Es sind kaum österreichische Forderungen zu sehen. (Landesrat Dipl.-Ing. Paierl: „Was ist das für eine Regierung?“) Es ist von sozialdemokratischen Forderungen überhaupt nicht zu sprechen. (Landeshauptmann Klasnic: „Wer ist dort an der Regierung?“)

Frau Landeshauptfrau, ich bin gerne bereit, Ihnen nach meiner Wortmeldung zuzuhören.

Minister Molterer befindet sich aber in bester Gesellschaft, denn alle europäischen konservativen Agrarminister gemeinsam waren nicht in der Lage, eine Reform, eine wirkliche und eine notwendige Reform, herbeizuführen. (Landesrat Dipl.-Ing. Paierl: „Der deutsche Finanzminister und der den Vorsitz führende Agrarminister aus Deutschland sind keine Konservativen!“) Sie haben mit ihren egoistischen und kindischen Streitereien, mit ihrem Buckelmachen vor den Großbetrieben eine wirklich wichtige Chance vertan.

Während im Ursprungspapier noch Ansätze für Änderungen vorhanden waren, beinhaltet das jetzige Kompromißpapier nichts mehr von alledem und kostet auch noch um 20 Milliarden Schilling mehr. Geht man von einer Stabilisierung auf dem Niveau 1999 aus, dann kostet es sogar um 96 Milliarden Schilling mehr.

Ich würde das Ganze ja noch verstehen, wenn es für die Bauern Verbesserungen dadurch gäbe, aber die gibt es nicht. Unsere Bauern müssen jetzt diese Fehler ausbaden. Es gibt keine Größendegression, es gibt keine Modulation, es gibt keinen Anreiz auf Veränderungen, wie sie in der Produktion wäre, es gibt keine Veränderung. Es gibt auch keine Chance auf eine Marktgleichheit, auf einen Markt, auf dem auch der Kleine eine Chance zum Leben, zum Überleben hat. Die ungleiche Konkurrenz wird gerade für diese Kleinen mörderisch.

Es wird auch nach dieser Reform möglich sein, daß zum Beispiel die Niederländer ohne einen Quadratmeter Grund, auf Schiffen Tausende von Schweinen mästen, ohne Auflagen die Gülle ins Meer entsorgen. Es wird auch jetzt noch weiterhin möglich sein, daß, wie zur Zeit, Rindfleisch aus der EU am Grazer Schlachthof plötzlich zu Styria Beef wird. Es wird weiterhin uneffizient, es werden weiterhin Mittel in Millionenhöhe nicht an jene ausgeschüttet, die es brauchen, sondern an Große, und es bleibt wenig für die Kleinen. Es wird auch weiterhin möglich sein, daß alleine für den Besitz von Grund und Boden landwirtschaftliche Förderungen in Millionenhöhe kassiert werden können. Ich rede da jetzt nicht nur von irgendwas, sondern es gibt auch eine Tatsache, die ich gerade hier berichten möchte und die mir erst vor einigen Tagen zu Ohren gekommen ist. Ein Niederländer hat in Portugal einige Hundert Hektar landwirtschaftlichen Grund und Boden gekauft von Betrieben, die vorher Viehhaltung gehabt haben, die aber auf Grund der Preissituation aufgegeben haben. Er sät jetzt dort Sonnenblumenkerne. Jetzt wäre das zuviel gesagt, wenn ich sagen würde, er sät, er streut sie einfach so hinaus. Die wachsen dort nur bis zu einer bestimmten Größe und werden dann kaputt, weil der Boden nicht paßt. Nur, er kassiert Förderung in Millionenhöhe. Ursprünglich war dieses Gebiet ein Arbeitsplatz für 70 Personen, also 70 Menschen haben dort einen Arbeitsplatz gefunden. Der jetzige „Bauer“ macht das

zu dritt – ein Landwirtschaftsingenieur, ein Alibi-landwirtschaftsingenieur, der ihm über Computer die besten Möglichkeiten für die höchstmöglichen Förderungen errechnet, seine eigene Frau als Sekretärin, die die Förderungen so verbucht, daß sie nicht nur als Gewinn aufscheinen und er selbst.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, das ist der Markt in der EU, mit dem wir österreichischen Bauern in Konkurrenz treten.

Im Fernsehen bei einer Bauerndemonstration in Deutschland – und das war in Vorpommern – hat es eine Diskussion gegeben, und es haben Bauernvertreter gesprochen. Die Diskussionsgrundlage war zwischen groß und klein. Die Journalistin fragte darauf den Bauernvertreter dort, was verstehen sie unter groß und klein. Und der hat gesagt, na gut, einer mit 300 Hektar ist ein kleiner und einer mit 3000 Hektar ist ein großer. Das, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist der Markt in der EU, mit dem wir österreichischen Bauern in Konkurrenz treten. 80 Prozent unserer Bauern bewirtschaften unter 30 Hektar.

All dies weiß und wußte der Herr Landwirtschaftsminister Molterer und will uns jetzt – gleich wie soeben vorher Landesrat Pörtl – Einkommensverluste in Millionenhöhe als Verhandlungserfolg präsentieren. Und das, meine sehr geehrten Damen und Herren, sind die konservativen Agrarpolitiker, mit denen wir österreichische Bauern leben oder überleben sollen.

In den ersten Pressemeldungen am Donnerstag vormittag war immer von seiten Molterers von einer vernünftigen Lösung, von verträglichen Weichenstellungen, von österreichischen Bauern als Nutznießern dieses Kompromisses die Rede. Ich darf in Erinnerung bringen, bei Getreide eine Senkung der Garantiepreise um 20 Prozent, bei Rindfleisch – und das wird als großer Erfolg verkauft – statt um 30 Prozent nur um 20 Prozent und bei Milch um 15 Prozent, wobei keiner mehr sagt, daß ursprünglich bei Milch von einer zehnprozentigen Senkung die Rede war. Die ganzen Papiere aus 1997 und 1998 beinhalten noch die 10 Prozent, jetzt sind es 15 Prozent Preissenkung. Das heißt, 150.000 österreichische Rinder- und Milchproduzenten haben zweimal einen Einkommensverlust zu verbuchen.

Ich frage, was meinen Fischler und Molterer mit verträglich, verträglich für wen? Meiner Meinung nach steckt das System dahinter, das Bauernbundsystem des Wachsens und Weichens, das so alt wie der Bauernbund selbst ist, nämlich 100 Jahre. Das wird für Österreichs Bauern zur Todesspirale.

Sehr geehrte Damen und Herren, ich sehe aber ein weiteres System dahinter, und die Meldungen in den letzten Tagen geben mir recht. Die konservativen Agrarminister haben diese Reform verpfuscht. Sie haben die Aufgaben, die ihnen die Bauern aufgetragen haben, nicht gelöst und wollen jetzt die Probleme und ihre Lösung auf die sozialdemokratischen Finanzminister und Finanzlandesräte abwälzen.

Minister Molterer ist der beste Beweis dafür, obwohl er jede Chance dafür vertan hat, daß Agrarpolitik sozial gerechter, ökologischer, wettbewerbsfähiger und auch unbürokratischer wird. Er verlangt jetzt österreichische Antworten. Nur, von wem österreichische Antworten? Von den Landwirtschaftskammern als Berufsvertretung der Bauern?

Bitte, vor sechs Tagen sind die Beschlüsse der „Agenda 2000“ vorgelegt worden, seit sechs Tagen hat niemand von der Landwirtschaftskammer als Berufsvertretung dazu etwas gehört. Vom Bauernbund haben wir die Antwort in Form eines Entschließungsantrages vorliegen. Er zeigt, daß mein Befund richtig war. Allein die Überschrift „Umsetzung der Ergebnisse der ‚Agenda-2000‘-Verhandlungen“ bewirken bei mir, daß sich die Haare aufstellen. Es müßte heißen: „Versuch einer Reparatur“, das wäre noch in etwa das richtige. In einer Reihe von Punkten, die sich wie ein Brief ans Christkind lesen, versucht man alles, an Alibimaßnahmen für die Bauern hineinzubringen. Auch die FPÖ hat einen Entschließungsantrag eingebracht. Nur, daß die ÖVP jetzt von der FPÖ abschreiben muß, damit sie auch etwas hat, also: das verstehe ich nicht mehr. (Präsident Abg. Dipl.-Ing. Vesko: „Wer hat abgeschrieben?“) Die Punkte ähneln sich beziehungsweise sind komplett die gleichen. Meine sehr geehrten Damen und Herren von der ÖVP und von der FPÖ, wir machen dieses Spiel, dieses Hinauflizitieren, nicht mit. Wer bietet mehr, wie auf einem türkischen Bazar, wieder Versprechungen für Bauern, die schon längst erfüllten hätten werden können, auch von dir, Herr Landesrat Pörtl. (Landesrat Pörtl: „Das ist der Finanzminister?“) Du bist ja nicht erst seit gestern Landesrat, und ein Teil der Forderungen, die in eurem Papier stehen, sind uralte, aber nie budgetiert worden von dir. (Beifall bei der SPÖ.)

Bei Punkten, wie zum Beispiel landesspezifische Marketingmaßnahmen, frage ich mich schon, warum jeder Bauer für jedes Produkt AMA-Beiträge bezahlt und dann dieser immens teure Apparat nicht in der Lage ist, Werbung zu machen für Bauern, auch landesspezifische Werbung zu machen für die Bauern. Was mich erschüttert, ist – ich glaube schon, daß der Herr Landesrat dahinten zum Seufzen kommt, weil es ist halt ein bißchen schwer, hier zuzuhorchen –, daß man noch immer bereit ist, von Grund auf die Agrarpolitik zu ändern. Wie schlimm muß es denn noch kommen? Immer mehr Programme, immer mehr Förderungen, Maßnahmen, für die jedesmal wieder Anträge, Formulare und natürlich auch Kontrollen und Kontrolloren notwendig sind. Ich denke hier zum Beispiel nur an das ÖPUL-Programm, das gerade in Arbeit ist. Von einem der Vorstandsdirektoren der AMA wurde gesagt, daß dieses ÖPUL-Programm in der vorliegenden Form unkontrollierbar ist, es würde – und jetzt gerechnet ohne Kontrolloren – 60 bis 80 EDV-Spezialisten und Sachbearbeiter mehr brauchen. Allein die Erstellung des neuen EDV-Programms inklusive Personal würde 4 Milliarden Schilling kosten. 4 Milliarden Schilling mehr, um die Bauern zu kontrollieren. Wir Sozialdemokraten bleiben bei unseren Forderungen, von denen wir überzeugt sind, daß sie den Bauern und dem ländlichen Raum mehr bringen als dieses Gießkannenprinzip. Arbeitsplätze im ländlichen Raum schaffen und erhalten ist unsere Devise. Mehr als 70 Prozent der österreichischen Bauern wirtschaftet im Nebenerwerb. Durch arbeitseinsatzbezogene Förderungen würde der Arbeitsplatz Bauernhöfe erhalten bleiben, egal, ob der Mann oder die Frau der Betriebsführer ist, oder wie es auf Vollerwerbsbetrieben eben ist, daß sie beide Betriebsführer sind. (Landesrat Dipl.-Ing. Paierl: „Die sogenannten Staatsagrariern!“) Wo ist denn dann der Unterschied zwischen jetzt und euren

Staatsagrariern? (Landesrat Dipl.-Ing. Paierl: „In der Uniform!“) Immer noch mehr Förderung und immer noch mehr Abhängigkeit, und das würde einen Staatsagrariern daraus machen? Das ist ja lächerlich! (Beifall bei der SPÖ.) Ist es besser, wenn die Bauern über jedes Futzerl Grund, das sie haben, daß sie hinausgehen müssen auf den Acker mit dem Maßband, damit sie ja nicht zum Schluß einen Quadratmeter zuviel umackern, weil dann müssen sie die Förderungen zurückzahlen, ja ist denn das alles besser? Ist es besser, wenn man die Bauern erfaßt vom Hollerbuschen bis zur Hauskatze, und dann paßt es noch immer nicht und dann braucht man immer noch welche Kontrolloren und einen Kontrollor, der den Kontrollor kontrolliert. Zum Teufel hinein noch einmal! (Beifall bei der SPÖ.) Das kann ja doch nicht wahr sein! Und dann sagt der Landesrat Paierl – (Landesrat Dipl.-Ing. Paierl: „Noch ein agrarischer Arbeitsinspektor!“)

Die Ausweitung von der sozialen Staffelung mit einem Sockelbetrag für die Kleinen und mit Obergrenzen für die Großbetriebe sind auf jeden Fall einzuführen. Genauso sollten echte ökologische Auflagen – und da meine ich keine Alibiauflagen – im Zusammenhang mit der Erlangung von Agrarsubventionen verbunden sein. Unsinnige gesetzliche Hindernisse, wie zum Beispiel in der Gewerbeordnung, sollten abgeschafft werden, und auch hier wäre ein Betätigungsfeld für die Kammer, wo sich immer wieder die Wirtschaft durchsetzt und immer der Bauer den kürzeren zieht. Bauern, die Ideen haben, die Kenntnisse haben in den verschiedensten Sparten und die Möglichkeiten für ein Einkommen abseits von den ausgetretenen Pfaden der Landwirtschaft sehen, sollten nicht behindert, sondern gefördert werden. Bauern sollen nicht nur wie in der Vergangenheit Produktionsgemeinschaften gründen, so wie es bis jetzt der Fall war, und ich denke da gerade wieder an die Situation am Schweinemarkt, wie sie vor ein paar Wochen war, sondern Verarbeitungsgemeinschaften mit dem Ziel, das natürlich eine Vision ist und für die Bauern natürlich eine Nummer zu groß ist, bei dem uns die Öffentlichkeit in ihrem eigenen Interesse helfen muß, eine Nahrungsmittelindustrie aufzubauen. Österreich braucht Flaggschiffe, wie zum Beispiel in anderen Ländern Nestle oder Unilever, oder Parmalat. Nur, daran hat man noch nie gedacht.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir sind überzeugt davon, daß unsere Vorschläge, deren Hauptaugenmerk auf der Schaffung beziehungsweise Erhaltung von Arbeitsplätzen im ländlichen Raum liegt, sowohl politische Legitimation als auch gesellschaftliche Akzeptanz haben und auch bei den WTO-Verhandlungen, die uns noch ins Haus stehen und die so leicht vergessen werden und deren Prüfung sich auch die „Agenda 2000“ noch unterziehen wird. Ich bin überzeugt davon, daß sie auch dort Akzeptanz erhalten.

Ich stelle daher einen Entschließungsantrag, betreffend Maßnahmen zur Bekämpfung des Bauernsterbens, der Abgeordneten Kaufmann und Huber.

Die Versäumnisse im Rahmen der Verhandlungen zur „Agenda 2000“, die Landwirtschaftsminister Molterer gemeinsam mit Kommissar Fischler – und jetzt müßte man dazuschreiben „und Landesrat Pörtl“ – als Erfolg darstellen, werden letztendlich auf

den Schultern der Bauern ausgetragen. Es ist zu befürchten, daß das Versagen der ÖVP-Fachminister das Bauernsterben nochmals beschleunigen wird. Damit die internationalen und hausgemachten Fehler nicht wiederholt und verstärkt werden, sind nationale Maßnahmen zu ergreifen. Es kann aber nicht sein, daß unter dem Motto „mehr Geld für weniger Reformen“ dieses politische Versagen auf die Finanzminister abgewälzt wird. Der Wegfall einer Modulation macht es den Konsumenten unmöglich, eine Akzeptanz für die Weiterführung der bisherigen Subventionspolitik zu entwickeln. Zudem treten wir für ein Abgehen von dem System, Großbetriebe höher zu fördern, ein. Weiters ist der derzeitige Stand nicht geeignet, die europäischen Verhandler in eine geeignete Position zu bringen, um aus den Verhandlungen mit der WTO erfolgreich hervorzugehen.

Es wird daher der Antrag gestellt, der Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, an die Bundesregierung mit dem Ersuchen heranzutreten, erstens ehestens für die Einführung eines Sockelbetrages zu sorgen, zweitens eine Deckelung für hohe Subventionsbezieher einzuführen, mit dem Ziel, Fördergerechtigkeit herbeizuführen, drittens als Maß der Förderungen den Arbeitsinsatz, und nicht wie bisher Hektar und Stück heranzuziehen, viertens gesetzliche Hindernisse, die den Bauern Chancen auf ein Einkommen bieten, zu entfernen (zum Beispiel Gewerbeordnung). Danke schön! (Beifall bei der SPÖ. - 17.20 Uhr.)

Präsident: Nun erteile ich dem Herrn Landesrat Dipl.-Ing. Schmid das Wort.

Landesrat Dipl.-Ing. Schmid (17.20 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, werde Kollegen aus der Regierung, Hohes Haus!

Tatsächliche Berichtigung. Der Herr Abgeordnete Riebenbauer hat - in zwei Punkten berichtige ich ihn, wahrscheinlich gäbe es wesentlich mehr zu berichtigen - die Behauptung aufgestellt, daß die Freiheitlichen dem Antrag bezüglich der Hofübernehmer immer die Absage erteilt haben.

Die Freiheitlichen, ich zitiere ihn. Herr Kollege, es werden mehr Freiheitliche in der Regierung werden, das können Sie dann berichtigen. Diese Aussage ist unrichtig. Das Stück war bis jetzt viermal in der Regierung: 21. Dezember, 11. Jänner, 25. Jänner, 15. März. Wurde einmal vom Kollegen Ressel als Auflage deklariert und dann dreimal vom Kollegen Ressel zurückgestellt. Es wurde nie zur Abstimmung gebracht. Redet mit eurem Landesrat, wir hätten diesem Stück die Zustimmung erteilt, ad eins.

Ad zwei, haben Sie gesagt, daß der, wie ich hoffe, zukünftige Landeshauptmann von Kärnten im Radio abgelehnt hätte, das Agrarressort zu übernehmen. Ich habe gerade persönlich mit ihm telefoniert, diese Aussage ist ebenfalls unrichtig. Er hat in seiner Wortmeldung im Radio festgestellt, daß es Wunsch der Österreichischen Volkspartei sei, das Agrarressort und auch das Gemeinderessort zu bekommen. Er hat sich öffentlich dazu geäußert, wenn es der Wunsch der ÖVP sei, selbstverständlich.

Er läßt Ihnen auch, Herr Kollege, ausrichten, jedes Ressort in Kärnten, das uns zur Verfügung steht, wird genommen und mit Sicherheit bestens bearbeitet. Sie können sich darauf verlassen. (Beifall bei der FPÖ.)

Ich würde Sie bitten, bleibt's bei der Wahrheit. Ich beobachte bei diesen Diskussionen, das jetzt als Wortmeldung, daß unterstellt wird, so wie mein Regierungskollege Pörtl dem Landeshauptmann Haider unterstellt hat, daß er im 87er Jahr weiß ich wo was gesagt hat - das war bei der letzten Diskussion -, Haider ist erst 1989 Landeshauptmann geworden. Oder Ihre Aussagen in euren Zeitschriften, daß ich gegen die Pelletsheizung gewesen wäre. Das sind die nackten Unwahrheiten. Wieso können wir nicht am Boden der Tatsachen diese Diskussionen führen?

Ich bitte Sie darum, das zukünftig so zu halten. Ich werde meine Entgegnungen sonst immer wieder fortführen. Danke für die Aufmerksamkeit! (Beifall bei der FPÖ. - 17.23 Uhr.)

Präsident: Nunmehr erteile ich dem Herrn Abgeordneten Ing. Peinhaupt das Wort.

Abg. Ing. Peinhaupt (17.23 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Korrektur des Kollegen Riebenbauer, die dritte. Es geht um die 100.000 Schilling, Reichhold. Dieser Kostenersatz, der im Vorhinein gewährt wird, mußte deshalb, und ist auch EU-konform zurückbezahlt worden, weil der Kollege Reichhold ein halbes Jahr vorher, bevor die Periode ausgelaufen ist, sein Mandat abgegeben hat. Nur, um auch hier Unwahrheiten entgegenzuwirken. (Abg. Mag. Bleckmann: „Alles falsch!“ - Abg. Porta: „Alles falsch!“)

Ich bin mir leid, mich hier mit solchen Aussagen herumschlagen zu müssen. Im Grunde genommen bin ich traurig, daß die Diskussion und die Intention der Freiheitlichen, diese Dringliche Anfrage zu stellen, so zerredet und parteipolitisch zerhackt wurden. Ergebnis dieser Dringlichen Anfrage hätte sein müssen ein gemeinsamer Weg, auf den sich unsere Bauern draußen verlassen können. Aber jedem von euch ist wichtiger, daß er das parteipolitische Fähnchen hochhalten kann, hinausgehen zu seinen Bauern, wir haben eh, aber der Herr Finanzminister hat nicht, und so weiter und so fort.

Bei dem Zusammenhang fällt mir ein, Monika, ganz so einfach ist es natürlich nicht, wenn ich denke an die EU der 15, so muß ich doch sagen, daß zwölf dieser Länder total sozialdemokratisch regiert sind und eines halbsozialdemokratisch, das ist nämlich Österreich. Die ÖVP haben die ohnedies schon dementsprechend inhaliert.

An und für sich habe ich mir Gedanken darüber gemacht, gegen wen bringen wir diese Dringliche Anfrage überhaupt ein. Es wäre ein Wunsch, würde die Möglichkeit bestehen, direkt an den Bürger, einmal hinauszugehen und den Bürger mit dieser Anfrage zu konfrontieren und uns eine Antwort zu erwarten, wie viele Bauern brauchen wir. Wie viele Bauern brauchen wir? (Abg. Alfred Prutsch: „Das habt ihr alles gemacht!“) Tu ein bißchen zuhören, du kannst sicher noch etwas lernen, glaube mir das. (Abg. Alfred Prutsch: „Das habt alles ihr gemacht!“) Ja, das habt ihr

alles gemacht, wie viele Bauern wir brauchen. Dann sage mir du, wie viele Bauern wir brauchen. (Abg. Alfred Prutsch: „Ihr habt alle informiert, daß die Dringliche heute gestellt wird. Das ist Parteipolitik!“)

Liebe Kollegen, wenn von euch als verantwortliche Partei in Anbetracht dieses Agenda-Abschlusses keine einzige landespolitische Reaktion kommt, dann ist da wenigstens eine Partei in dem Haus, die Verantwortung über die Bauernschaft hat (Beifall bei der FPÖ.), und nicht lauter Memmige, die hinten nachgehen. Ich meine, so was ist doch ein Hohn, so etwas überhaupt festzustellen.

Herr Landesrat, ich danke dir für deine Beantwortung der Dringlichen Anfrage. Erich, in einer 40minütigen Lesung hast du ja dieses Beamtendeutsch gut über die Runde gebracht. Ich habe fast den Eindruck gehabt, du bist schon Adjutant vom Minister Molterer, der ja im Bund draußen auch Beamtensprecher ist, wenn mich nicht alles täuscht. Genauso hast du heute diese Dringliche Anfrage zur Verlesung gebracht, ohne auf die entscheidenden und heiklen Punkte einzugehen. Dort, wo es gegangen ist, wirklich Aussagen, klipp und klare Bekenntnisse für die Bauernschaft abzugeben, bist du ausgewichen in die leer Materie und in die Worthülsen eines Beamtendeutsch, und kein Bauer hat irgendwas davon.

Wenn du heute hergehst und sagst, daß es der Landwirtschaft ja sonst noch viel schlechter gegangen wäre, wie es ihr heute geht, und wir haben den Aufholbedarf ja ohnedies geschafft – außerdem hast du aufgerechnet schon die fünf Jahre, die haben wir ja eigentlich noch gar nicht, aber dein Wort in Gottes Ohr, ich hoffe, daß es nicht noch weniger werden –, so möchte ich doch einmal einen internationalen Einkommensvergleich ziehen. Kommt nicht vom Erich Pörtl, kommt nicht von mir, kommt nicht vom Minister Molterer, kommt von Eurostar.

Da steht drinnen, daß die Familienarbeitskraft in Österreich durchschnittlich mit 167.675 Schilling bemessen wurde, bei einer durchschnittlichen Hektarausstattung von 24,77 Hektar. In Bayern haben wir 251.000 Schilling landwirtschaftliches Einkommen pro Familienarbeitskraft, durchschnittliche Größe 42 Hektar. In Deutschland gesamt 267.000 Schilling pro Familienarbeitskraft, durchschnittliche Fläche 48 Hektar. Und in der Schweiz, die nicht bei der Europäischen Union ist, haben wir durchschnittlich 20,04 Hektar landwirtschaftliche Fläche und ein Einkommen je Familienarbeitskraft von 402.562 Schilling. (Präsident Abg. Dipl.-Ing. Vesko: „Das ohne Vorteile der EU!“) Ohne Vorteile der EU. Damit scheint erklärt, welche Vorteile wir in der Einkommenspolitik durch diese EU gehabt haben.

Wo geht denn diese ganze Förderungspolitik auf Grund dieses Szenarios hin? Auf ein System des Wachsens und Weichens. Der Kleine kriegt immer weniger und der Große kriegt immer mehr. Und wenn wir uns diesem System noch weiter unterwerfen, noch in verstärktem Maße, wie es die Agenda uns vorgibt, ja, dann wird der Herr Landesrat Pörtl – du vielleicht nicht mehr, Erich, aber einer deiner Nachfolger – hier stehen können und sagen, beginnen wir den Landtag einmal mit einer Trauerminute.

Diese Entwicklung, die kann nur bergab führen. (Abg. Dr. Wabl: „Bis der Haider da ist!“) Martin, ja, du hättest das wahre Wort schon gesprochen. Wir brauchen kein Aspirin für einen Krebs, wir brauchen eine Totaloperation, wir brauchen eine Systemänderung, wir brauchen Strukturänderungen. Dann werden wir zu einer vernünftigen Bauernpolitik kommen. (Beifall bei der FPÖ.)

Aber ich kann euch das Szenario noch weiter vorspielen. Es steht in dem gleichen Bericht drinnen, daß die Einkommensverluste im heurigen Jahr minus 3,8 Prozent in Österreich betragen werden, Einkommenszuwächse in Deutschland von 4 Prozent und in Schweden von 9 Prozent. Groß, größer, klein, kleiner.

Meine Damen und Herren, die Politik, die hier in Österreich gemacht wird und sich über Jahrzehnte aufgebaut hat, kommt mir vor, daß man den Bauern angeboten hat, in einen schön warmen Sack hineinzuschlüpfen, um ihm dort Geborgenheit zu geben, mittels Förderung, Betriebsberatung und so weiter und so fort. Da hat man einen Bauern nach dem anderen hineingesteckt. Wie der erste gesagt hat, Freunde, ich kriege keine Luft mehr, haben sie gesagt, macht gar nichts, Hauptsache, warm ist es. Und genauso läuft dieses System.

Meine Damen und Herren, in einem Bericht der Europäischen Union lese ich, daß einer der Gründe, warum das landwirtschaftliche Einkommen nicht gestiegen ist, sondern im Schnitt sich konstant hält und minimal nur gefallen ist, daß das so ist und dafür ausschlaggebend ist, die Kürzung der Agrarförderungen, und als zweiten Grund – man höre als zweiten Grund –, es sind zu wenig Leute aus der Landwirtschaft davongerepnt. Das heißt, man macht Bilanzen über die Einkommenspolitik der Landwirtschaft unter dieser vorgehaltenen Hand, daß man sagt, na ja, den Kuchen können wir eh ein bißchen kleiner machen, dafür machen wir die Bauern auch kleiner, aber der einzelne kriegt gleich viel.

Ich habe den Landesrat Pörtl einmal vor vier oder fünf Jahren schon gefragt, lieber Erich, wie viele Bauern willst denn du in dein Budget hineinpresse? Und genau dort sind wir heute wieder. Es haben halt nicht mehr alle Platz in dem Budgetrahmen. Und das sollt ihr bitte euch auch vor Augen halten, daß 78 Prozent des landwirtschaftlichen Einkommens förderungsabhängig sind. Die Monika hat es sehr deutlich gesagt. Jetzt durch die Agenda kriegen wir noch ein bißchen Direktzahlungen dazu. Dann sind wir zu 95 Prozent förderungsabhängig. 95 Prozent ist der freie Bauer von der Höhe der öffentlichen Haushalte abhängig. Na, wie leicht ist denn diese Bauernschaft dann zu steuern? Wenn man klipp und klar die Nadel herauszieht, dann ist er einfach nicht mehr, weil das Geld nicht da ist. Es ist höchste Zeit, daß eine Strukturänderung herbeigeführt wird. Und es ist mir schon klar, daß eine Strukturänderung nicht von heute auf morgen herbeigeführt werden kann. Aber wenn man heute immer wieder sagt, diese Verhandlungen, Agenda und so weiter, sind ja so wichtig, weil wir uns dem Weltmarktpreis aussetzen müssen. Ich sage euch nur eines, diese Agenda-Verhandlungen werden nur unter dem Druck der WTO-Verhandlungen gemacht,

um dieses Einsparungspaket am Rücken der Bauern auch sicherstellen zu können, nur deshalb! Das ist ein ganz fauler Kompromiß. Der Erich hat es in seiner Anfragebeantwortung gesagt: Milch ab 2003, aber dann dafür schneller. Ja bitte, was ist ab 2003? Da läuft die Friedensklausel über die GATT-Uruguay-Runde aus. Und 138 Minister haben sich im Mai 1998 in einer ersten WTO-Runde, in einer Ministerrunde zusammengefunden und haben einstimmig beschlossen, daß es weitere Kürzungen im Subventionsbereich der Landwirtschaft geben wird. Und da mag man es dann schon mit dem Minister Fischler halten, der sagt, die Agenda ist eine klasse Sache, kann jeder noch mehr Geld verdienen, allerdings müssen im Jahr um 2,5 Prozent weniger Bauern werden.

Liebe Freunde, wenn ich mir diese Bauernpolitik des Ex-Kommissars in Brüssel anschau, so ist mir doch eines schon sehr am Herzen. Die steirischen Bauern hat er unter Umständen noch vorgelassen bis zum Stacheldrahtzaun, weil die waren zahlos und auch der österreichische Bauernbund, aber französische Bauern, die um ihre Existenz gekämpft haben, die hat man mittels Wasserwerfern zurückgeworfen. Bauern, die um ihre Existenz gekämpft haben! Hier in Graz empfängt man Kurden mit Benzinkanistern bewaffnet in den verschiedensten Büroräumen als Gast des Landes! Ich denke, wir sollten auch hier Verantwortung über unsere Bauernschaft wahren und der Bauernschaft – (Abg. Schrittwieser: „Warst du dort dabei? Du warst nicht dabei, sonst würdest du nicht so einen Blödsinn reden!“) Ich bin nicht der Gastgeber, der du bist!

Um zurückzukommen auf die zwei Agrarvertreter der ÖVP, die ja über diese Obherrschaft der Bauern so Sorge tragen, ich darf Ihnen nur ein Bild zeigen: Ex-Minister Fischler, Minister- und Beamtensprecher Molterer und in der Mitte ein Schaf namens „Letzter Jakob“. Was soll denn dieses Bild, habe ich mir gedacht. Aber dann habe ich mir gedacht, was ist dieses Schaf, was ist der „Letzte Jakob“. Das ist doch das Opferlamm Landwirtschaft! Das Opferlamm Landwirtschaft, das sie jetzt noch mit der Sterbehilfe füttern, damit diese Bande einer Koalition gehalten werden können, um es dann entsprechend am politischen Opferaltar präsentieren zu können.

Meine Damen und Herren, ich darf schon noch auf die Wortmeldung des Kollegen Riebenbauer eingehen, der in der Sache nicht viel dazu beigetragen hat, daß es zu einer gemeinsamen Vorgangsweise kommt – Erich, ich glaube du auch nicht –, weil es geht um die parteipolitischen Verkaufsstrategien, nicht mehr um die Probleme der Bauern, das habt ihr uns ja schon öfter bewiesen. Ich denke wieder an die Vorsteuerpauschale. Ihr unterstützt diesen Antrag, legt selbst einen Antrag und lehnt das gleiche in Wien bereits viermal ab.

Wenn es um die Beschauggebühren geht, ja, der Herr Landesrat Schmid hat ja dagegengestimmt. Ja, sowieso gegen 20 Prozent! Schaut euch an, in Österreich zahlen wir 34 Schilling Beschauggebühr, in Deutschland 17 Schilling! Was soll denn das, 20 Prozent? Daß man die Bauern halt wieder ein bißchen vertröstet für die nächsten fünf Minuten, wenn ich ihnen keine

Visionen geben und nur sagen kann, richtet euch nach diesen Agrarpaketen, die drei Jahre laufen, die fünf Jahre laufen. Ich meine, das geht nicht bei diesen Möglichkeiten.

Kollege Riebenbauer, ich muß dir aber eines sagen, das, was du nicht so auf den Punkt gebracht hast: Wir sind vollkommen auf einer Front, wenn es darum geht, die Hemmnisse in der heimischen Landwirtschaft abzubauen, Bürokratie abzubauen, wenn es darum geht, der Landwirtschaft die Möglichkeit zu geben – so wie es auch der Herr Landesrat Pörtl versprochen hat –, daß der Bauer Unternehmer ist, daß man wirklich hergeht und bei der Pauschalierungsverordnung ansetzt, daß man wirklich hergeht und sagt, diese Hygieneverordnung – eine selbstgemachte Verordnung, weil in Deutschland schaut die ganz anders aus als bei uns –, daß man hier ansetzt und dem Bauern auch die Möglichkeit gibt und einräumt, daß er sich dementsprechend auch als Unternehmer betätigen darf.

Meine Damen und Herren, es geht jetzt darum im Bereich der landespolitischen Verantwortung und bundespolitischen Verantwortung, jene Rahmenbedingungen zu schaffen, die es in erster Linie ermöglichen, eine tiefgreifende Strukturreform vorzubereiten. Und hier muß man natürlich einen harten Kampf kämpfen, gegen das System des Wachsens und Weichens und einen Schritt vor den anderen setzen. Ich warne nur davor, wenn Bauernvertreter heute hergehen und einmal links steigen und einmal rechts, einmal vor und einmal zurück, so werden wir uns nicht von der Stelle rühren. Ich denke, man sollte gemeinsam in eine Richtung marschieren und gemeinsam Verantwortung übernehmen in diesem Land und diesen Druck, den wir hier machen, an den Bund weitergeben und nach Brüssel weitergeben.

Nur müssen wir uns bitte einmal klar werden in der Zielsetzung. Ich habe es zu erklären versucht. Bei nur Subventionen, Subventionen, Subventionen, werdet ihr einen sterbenden Bauern haben. Es wird keinen Bauern mehr geben, der Bauer sein will und aus Überzeugung Bauer sein will. Wir müssen das System ändern, wir müssen die Strukturen ändern, wir müssen den Bauern die Möglichkeit geben, über seine Arbeitskraft ein Einkommen zu erwirtschaften, wir müssen die Wertigkeit Bauer zurückgeben. Und wenn das gelingt, meine lieben Freunde, dann haben wir eine Strukturbereinigung, die ihresgleichen suchen läßt, und ich möchte nicht Mitverantwortung tragen, daß das auch einmal in der Steiermark Platz greift. Viele unserer Bauern draußen sind ratlos und wenden sich hilflos an die Politik und erwarten sich von der Politik ein dementsprechendes Vorgehen. Deshalb umso enttäuschender die Diskussion um die heutige Dringliche Anfrage, die mit drei Beschlußanträgen hier endet, drei Beschlußanträgen, die zum Teil einmal von der Seite und einmal von der anderen Seite mitgetragen werden, ohne daß für den Bauern draußen erkennbar ist, daß hier eine Kraft der Steiermark ein Ziel erreichen will, und das ist der Schutz und die Lebensfähigkeit unserer Landwirtschaft! Das hätte ich mir von der heutigen Diskussion als Ergebnis gewünscht. Es tut mir leid, daß das nicht der Fall ist. (Beifall bei der FPÖ. – 17.39 Uhr.)

Präsident: Als nächster Redner hat sich der Herr Abgeordnete Rieser zu Wort gemeldet. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Rieser (17.39 Uhr): Hochverehrter Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kollegen!

Nach dieser Diskussion, nach dieser Besudelung, nach diesem Anschütten, Herbert, ist es wirklich sehr schwer, auch noch eine gemeinsame Sprache zu finden. (Abg. Mag. Hartinger: „Was ist denn da Schütten, bitte? Das sind Tatsachen, haben Sie das nicht kapiert?“)

Das hat mit Tatsachen jetzt überhaupt sehr wenig zu tun, liebe Frau Mag. Hartinger. Eines muß ich schon sagen, auch wir können zitieren. Und da fragt man sich halt einmal mit der Zeit, was soll das, wenn zum Beispiel, und ich zitiere aus dem „profil“ 15. März 1999: (Abg. Schinnerl: „Das stimmt dann alles nicht!“) Ach, so? (Präsident Abg. Dipl.-Ing. Vesko: „Immer zitieren!“)

Ja, entschuldige, ich will aber daraus etwas bringen, wie man sich eigentlich von einem Jahr zum anderen wendet. Es ist heute schon gefallen, der zukünftige Kärntner Landeshauptmann, was er zum Beispiel am 2. Juli 1989 gesagt hat. Ich zitiere: „Für die heimische Landwirtschaft ist unbedingt erforderlich, daß Österreich ein Mitspracherecht hat!“ Weiter: „Zum Zweiten würden wir verlangen, daß man die derzeitige Subvention um 50 Prozent streicht!“ Das tut niemandem weh, nicht einmal der Landwirtschaft!“ Am 5. Februar 1995.

Ich zitiere weiter: „Was der Fischler administriert, geht in Richtung Weltmarktpreise. Und wenn man auch noch die degressiven Ausgleichszahlungen ausfallen läßt, dann kann man gleich noch einmal ein Drittel der österreichischen Landwirtschaft zusperrern!“ Das war am 4. September 1998, meine lieben Kolleginnen und Kollegen.

Es ist sehr schwer in dieser schwierigen Phase der Landwirtschaft, ständig parteipolitisch hinzuhaue. Was die Bauern brauchen in der jetzigen Phase (Präsident Abg. Dipl.-Ing. Vesko: „Ist eine starke ÖVP, ich weiß schon!“), ist eine geschlossene Formation, und noch etwas in diesem Zusammenhang, meine sehr verehrten Damen und Herren, nicht verunsichern. Wir müssen unseren Kolleginnen und Kollegen draußen Hoffnung geben. Es gibt viele Ansätze in dieser Agenda, und ich möchte auch auf ein paar eingehen, die uns schon berechtigen, die Chancen in diesem Zusammenhang öffnen.

Ich möchte aber auch zur Frau Kollegin Kaufmann noch etwas sagen, weil sie es auch verstanden hat, es abzulehnen, daß die Sozialdemokraten seit 1970 in diesem Land die Verantwortung mittragen und wesentlich auch alles mitzuverantworten haben. Wenn sie zu unserem Landwirtschaftsminister Molterer hinpeckt, dann muß ich schon in diesem Zusammenhang erwähnen, daß im Agrarministerrat elf Landwirtschaftsminister von der sozialdemokratischen Fraktion sitzen (Abg. Mag. Hartinger: „Ihr habt die Kompetenz. Da könnt ihr machen, was ihr wollt!“) und daß anschließend nun im Finanzministerrat 13 sozialdemokratische Finanzminister vertreten sind.

Liebe Frau Kollegin Kaufmann (Abg. Kaufmann: „Ich bin nicht lieb!“), wenn Sie sich ehrlich erinnern, was noch vor wenigen Wochen Finanzminister Edlinger gesagt hat, wie er die Rute ins Fenster gestellt hat: „Und wenn sich die Agrarminister nicht einigen, werden wir Finanzminister entscheiden. Minus 2 Prozent vom Agrarbudget, und dann frieren wir es ein. Wir stabilisieren und sind nicht mehr bereit, es zu erhöhen!“

Und noch etwas in diesem Zusammenhang, weil anscheinend manche Fraktionen so tun, als ob sie sich von der Verantwortung abmelden könnten. Gerade sie verstehen es sehr gut, wenn es darum geht, die Interessen im Landesschulrat durchzusetzen, und wenn es dann um die Bauerninteressen geht, dann sind wir vom Bauernbund die Bösen, die alles verursachen, die alles miesmachen.

So ist es nicht. Bleiben wir bei der Wahrheit. (Abg. Ing. Peinhaupt: „Vorsteuerpauschale, Bauernbundvertreter im Nationalrat, 370 Millionen im Jahr!“)

Gerade deine Fraktion, Herbert, war es in Wien (Abg. Ing. Peinhaupt: „Stimmt ja nicht!“), zum Beispiel Schweinepreisstützung. Deine Fraktion war es im Ausschuß, die nein gesagt hat. (Abg. Ing. Peinhaupt: „Stelle den Sachverhalt richtig, sonst muß ich tatsächlich berichtigen!“) Deine Fraktion war es. Wir haben das auch schriftlich.

Aber gehen wir weiter. Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir geben uns sicherlich mit dem Ergebnis, das herausgekommen ist, nicht zufrieden. Nur eines muß gesagt werden, daß Landwirtschaftsminister Molterer gut verhandelt hat, daß er Giftzähne gezogen hat in dieser Situation. (Beifall bei der ÖVP. – Abg. Schinnerl: „Da gehört ein besonderer Mut dazu!“) Nein, nein, er hat sich bemüht. Ihr wißt ja genau, was vorher in diesem Papier drinnen war. Was da drinnen gestanden ist und was sich jetzt geändert hat. Es wurde in den Verhandlungen erreicht, daß die ländliche Entwicklung als zweite Säule der EU-Agrarpolitik in Zukunft zur Verfügung steht, meine Damen und Herren.

Es wurde erreicht der Sockelbetrag für die Bergbauern. Denken wir in diesem Zusammenhang nur, wie die Diskussion auch gelaufen ist. Der Sockelbetrag wird nun gegenwärtig ausverhandelt, aber in der Grundfrage ist er in der Agenda bereits drinnen. Der Sockelbetrag ist eine Forderung, die erreicht wurde.

Es wurde in diesem Zusammenhang auch die Milchmarktordnung diskutiert. Es ist die Quote aufrecht geblieben. Wir alle wissen ganz genau, wie die Diskussion in diesem Zusammenhang auch gelaufen ist, daß die Quote auf einem seidenen Faden gehangen ist.

Und was das dann für unsere Bergbauern bedeutet hätte, brauche ich, glaube ich, wohl niemandem in diesem Raum hier zu sagen. Die Milchquote ist bis zum Jahr 2006 hinaus gesichert.

Es gibt Förderungen auch für die Kalbinnen – und der Herr Landesrat Erich Pörtl hat das in seinen Ausführungen auch schon erwähnt – und für die Mutterkühe, denn wir können Grünland nur nachhaltig bewirtschaften, wenn wir auch das Futter über den Rindermagen veredeln. Ich möchte nicht noch im Detail darauf eingehen.